

3.2014

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Gesund schrumpfen – Rückbau konstruktiv gestalten

Außerdem:

Städter werden Gemüsebauern
Ökolandbau kompensiert Eingriffe
Bioenergie als Pachtpreistreiber

dvs *

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

 Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft



Inhalt

Gesund schrumpfen – Rückbau konstruktiv gestalten

Schrumpfung ist in Deutschland kein Übergangphänomen mehr, sie wird die Entwicklung des ländlichen Raumes in vielen Teilen des Landes langfristig prägen. Um die Herausforderungen dieser unumkehrbaren Entwicklung zu bewältigen, müssen alle beteiligten Akteure bereit sein, die Schrumpfung zu akzeptieren und sich auf die notwendigen Anpassungen einzulassen.

ab Seite 10



Bild: © joelblit - istockphoto.com, GIS - fotolia.com,
Nomad_Soul - fotolia.com, ZargonDesign - istockphoto.com

Weitere Themen dieser Ausgabe



Bild: © Ackerhelden

Ackerhelden – Städter werden Gemüsebauern

Bioqualität, regionaler Anbau, die Nähe zum eigenen Lebensmittel – immer mehr Menschen interessieren sich für die Speisen, die auf ihrem Teller landen. Seit einigen Jahren boomt deshalb auch das Prinzip „Ackerscholle zur Miete“. Das Projekt Ackerhelden vernetzt Städter mit Hang zur Landwirtschaft und Landwirte, die auf Kundensuche sind.

Seite 34



Bild: © BLE, Bonn/
Foto: Dominic Menzler

Eingriffe in die Natur durch Ökolandbau ausgleichen

Im Rahmen eines Pilotprojektes wird in Niedersachsen erstmals die Umstellung auf ökologischen Landbau als produktionsintegrierte Kompensation bei Eingriffen in den Naturhaushalt anerkannt. Zukünftig soll das Modell in Niedersachsen breitere Anwendung finden.

Seite 41



Bild: © Hennig

Bioenergie: Preistreiber für landwirtschaftliche Pachtflächen?

Die Erzeugung von Biogas zur Stromproduktion hat in den letzten Jahren durch die politische Förderung erneuerbarer Energien einen regelrechten Boom erfahren. Das Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel hat nun untersucht, ob dieser Boom, wie häufig vermutet, mitverantwortlich für die Preissteigerungen am Pacht- und Bodenmarkt ist. Seite 46

Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS und dem Web
Netzwerk	06	Workshop-Reihe zum demografischen Wandel
	06	Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung
	07	Online-Befragung zum Fleischhandwerk
	07	Transferbesuch Fleischhandwerk
Rückblick	08	Tagung zur EIP Agri
Ausblick	08	Regionale Daseinsvorsorge / Euregia-Messe
	09	Workshop Lernort Bauernhof
	09	Tagung Naturschutz und die Reform der Agrarpolitik

Im Fokus

Einführung	10	Gesund schrumpfen – Rückbau konstruktiv gestalten
	12	Herausforderung für strukturschwache Städte und Dörfer
	14	Wie lässt sich Schrumpfung gestalten?
	16	Sensibilität in Politik und Bürgerschaft – Interview
Instrumente	17	Fördermöglichkeiten für Rückbau
	18	Daseinsvorsorge mit Sachlichkeit und Wissen
	20	Demografiegerechter Dorfumbau in Sachsen
	21	Hilfe, die Schule muss bleiben
	22	Interkommunale Zusammenarbeit erhält Infrastrukturen
Praxis	24	Mobilität neu denken
	26	Gemeinde sucht Arzt
	28	Rückbau rettet den Ortskern

Aus der Praxis

30	Delikatessen vom Ziegenhof
32	Herausforderung EEG-Novelle: Energiegenossenschaft Lieberhausen
34	Ackerhelden
36	WohnKulturGut Gostewitz

Forschung trifft Praxis

38	Nachhaltiges Wasser-, Stoff- und Landmanagement
----	---

Perspektiven

Politik und Gesellschaft	41	Eingriffe in die Natur durch Ökolandbau ausgleichen
	42	Flächenmanagement für Umwelt und Klima
	43	Lernforum Bürgerkommune
Bildung und Forschung	44	Beratung in der Landwirtschaft – Interview
	45	Beratung im Wandel
	46	Bioenergie: Preistreiber für landwirtschaftliche Pachtflächen?
Partner und Experten	48	Dorfpläden rücken bundesweit zusammen
	49	Mitarbeit in der Fokusgruppe der EIP-Agri – Interview
Service	50	... angelesen
	51	... angekündigt
	52	Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema Schrumpfung ist nicht neu. Viele LEADER-Regionalmanagements und -Aktionsgruppen, ILE-Regionen, die Dorfentwicklung und die Städtebauförderung, aber auch Modellvorhaben der Raumordnung und des BMEL beschäftigen sich seit Jahren mit den Auswirkungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels. Abnehmende Bevölkerungszahlen führen in immer mehr Kommunen zu geringeren Steuereinnahmen und nicht mehr ausgelasteten Infrastrukturen sowie Dienstleistungseinrichtungen.

Bei den verschiedenen Methoden zur Gestaltung von Veränderungsprozessen und einer angepassten Entwicklung der Daseinsvorsorge geht es meist darum, das Bauchgefühl der Menschen zu versachlichen und systemische Zusammenhänge kennenzulernen. Daraus können dann gemeinsame Interessen und Ziele entwickelt und Kooperationen mit anderen Menschen, Dörfern oder Regionen aufgebaut werden.

Verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge werden in der neuen ELER-Förderphase eine größere Rolle spielen. Der demografische Wandel bietet hier die Chance neben kosten-, auch energie- und ressourcensparende Konzepte für ländliche Räume zu etablieren. Nach wie vor wäre es dafür wichtig, die Aktivitäten der verschiedenen Ressorts eng zusammenzuführen und weiter an flexibleren, auf die Gestaltung von Schrumpfungprozessen ausgerichteten Standards zu arbeiten.

Trotz aller vorhandenen Förderprogramme und theoretischen Diskussionen fällt es manchen Kommunen in der Praxis immer noch schwer, die Schrumpfung zu akzeptieren und konstruktiv damit umzugehen. Dabei gibt es Lösungen, mit denen beispielsweise Infrastrukturen trotz Bevölkerungsrückgang kosteneffizienter aufrecht erhalten und neu gestaltet werden können. Solche Lösungen – etwa durch interkommunale Kooperationen – bedürfen aber eines Bewusstseinswandels, wie unsere Autoren häufig betonen. Mit diesem Fokusthema hoffen wir, dazu beizutragen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Jan Swoboda



Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 11.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Anja Rath
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P)

Redaktionelle Unterstützung:
Andrea Birrenbach

Redaktionelle Mitarbeit:
Raufeld Medien
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel. 030 6956650
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 6845-3461 und -3081
Fax 0228 68453361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personen-Gruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.



Bild: © Igor Mojzes / Fotolia

Unternehmerinnen und Initiativen gesucht

Für das Fokusthema der LandInForm-Ausgabe 4.2014 suchen wir: Projekte und Fördertöpfe zur Unterstützung der betrieblichen Existenz von Unternehmerinnen im ländlichen Raum; Kampagnen oder Aktionen, die sich gezielt an potenzielle Unternehmerinnen richten sowie Frauen, die sich eine betriebliche Existenz im ländlichen Raum aufgebaut haben.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen bis zum 14. Oktober 2014!

Telefon: 0228 6845-3081 und -3461, E-Mail: landinform@ble.de

Neue Mitarbeiterin bei der DVS



Bild: © privat

Christine Renner ist die neue Mitarbeiterin im Team der DVS. Sie hat eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung absolviert und dort erste Eindrücke in der ländlichen Strukturentwicklung gewonnen. Seit Juni unterstützt sie das Organisationsteam bei der Abwicklung der Abonnements der Zeitschrift LandInForm und in der Veranstaltungsorganisation.

Telefon: 0228 6945-3842

E-Mail: christine.renner@ble.de

Web

Von Dagmar Nitsch und Stefan Kämper

Neu im Bereich Themen ist der Punkt Vermarktung, bei dem es konkret um die Vermarktung von regionalen Erzeugnissen geht. Unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen/vermarktung sind Informationen zu Erzeugung und Vermarktung von Regionalprodukten zusammengestellt. Neben Beschreibungen möglicher Vermarktungswege und dem entsprechenden Marketing werden Regionalinitiativen und Regionalsiegel vorgestellt. Dazu finden Sie auf diesen Seiten viele weiterführende Links zum Thema.

Die Rubrik Publikationen ist jetzt neu und übersichtlicher strukturiert. Neben den Periodika LandInForm und landaktuell finden Sie Veröffentlichungen unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/publikationen geordnet nach den Bereichen ELER und LEADER, Handbücher sowie Dokumentationen. Neu ist eine Übersicht über alle auf der Website veröffentlichten Filme und Audio-Beiträge. Zu finden ist beispielsweise der kurze Erklärfilm „Was ist LEADER?“. Ebenfalls zum Ansehen und Herunterladen sind die Videoclips zur Selbstevaluierung, Beiträge von der Internationalen Grünen Woche und mehr. Neu und ebenfalls hier verlinkt ist eine Liste von Image- und Projektfilmen

aus LEADER-Regionen, genauso wie eine Sammlung von Radio- und Fernsehbeiträgen, die sich mit dem Thema Schrumpfung von Dörfern und Regionen auseinandersetzen.

Zum Hören gibt es Dokumentationen von vielen DVS-Veranstaltungen. Zu den gesammelten Verweisen gelangen Sie über die Adresse: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/video

Mit mittlerweile 630 guten Beispielen gefüllt und ebenfalls ständig aktualisiert: die Projektdatenbank unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/projekte. Wir freuen uns weiterhin über neue Beschreibungen, um möglichst viele Anregungen im Netzwerk zu veröffentlichen.

Zwitschern Sie mit uns!

Die DVS nutzt die Plattform Twitter: Wir veröffentlichen und verbreiten dort Kurzinformationen beispielsweise zu Wettbewerben, Aufrufen und Veranstaltungshinweisen. Sie können uns „folgen“ unter: www.twitter.com/dvs_land



Sagen Sie uns die Meinung!

Wie finden Sie die DVS-Medien: die Internetseiten, den Newsletter und unsere Zeitschrift LandInForm? Wir freuen uns über Ihr Feedback.



Vor Ort handeln – Workshop-Reihe zum demografischen Wandel

Ob ein kreisweites Konzept für das Management leer stehender Gebäude, Kümmerer für die soziale Daseinsvorsorge vor Ort oder Innenentwicklungslotsen, diese Beispiele haben eins gemeinsam: Sie sind genau auf die gastgebende Region der dezentralen Workshops zum demografischen Wandel zugeschnitten, die die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) gemeinsam mit Partnern anbietet.

Von Stefan Kämper

Bereits dreimal haben die dezentralen Demografie-Workshops der DVS und des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes stattgefunden: im Landkreis Wittenberg, der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt und im Landkreis Main-Spessart. Jeweils etwa 25 Personen haben dabei intensiv über das selbst gewählte Thema diskutiert. Zentral in diesem Workshop-Format ist, dass die DVS und die Gastgeber gemeinsam ein Beispiel aussuchen, das Vorbild für eine Prozess- oder Projektentwicklung in der Gastgeberregion sein könnte. Im ersten Schritt der Veranstaltung geht es darum, das vorgestellte Beispiel zu verstehen, um im zweiten Schritt Übertragbares zu identifizieren. Aus diesen Ansätzen leiten die Gastgeber in einem dritten Schritt konkrete Vereinbarungen für ihre Region ab; beispielsweise eine erste Projektskizze, einen Aktionsplan oder Ähnliches.

Ab 2014 können bundesweit kommunale Zusammenschlüsse, Landkreise und Regionen die eintägigen Veranstaltungen in ihren Regionen zu einem der drei Themen abrufen. Die Gastgeber sollten sich bereits

mit den Auswirkungen des demografischen Wandels beschäftigen und in einem der drei Themen Siedlungs- und Innenentwicklung, Nahversorgung oder beteiligungsorientierte Gestaltung vor Ort weiterkommen wollen. Interessierte Regionen melden sich bei der DVS. Wenn die Voraussetzungen stimmen, suchen wir gemeinsam ein Fallbeispiel, entwickeln das Veranstaltungsprogramm und wählen den Trainer aus. Damit die erarbeiteten Ergebnisse auch in die praktische Arbeit einfließen können, ist es wichtig, dass durchsetzungsstarke Fachleute aus der Gastgeberregion am Workshop teilnehmen.

Weitere Informationen und Dokumentation der Veranstaltungen:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop

Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung

Zweimal fanden die dreiteiligen Workshops der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) zur Formulierung von Zielen und Indikatoren für das regionale Entwicklungskonzept bereits statt. Wegen der guten Nachfrage veranstalten wir den ersten Teil der Workshop-Reihe ein drittes Mal, und zwar am 16. und 17. Oktober 2014 in Halle an der Saale.

Von Stefan Kämper

Was sind aussagekräftige und sinnvolle Ziele? Wie lässt sich messen, ob die Ziele erreicht sind? Welche Indikatoren sind angemessen? Antworten auf diese Fragen stellen eine besondere Herausforderung für regionale Entwicklungskonzepte im Rahmen der jetzt anlaufenden Förderperiode dar.

Der erste Workshop-Teil unserer Reihe greift diese Fragen auf. Teilnehmer können in Kleingruppen an Beispielen aus der Praxis intensiv an der Zielformulierung für die drei Bereiche Inhalte und Strategie, Prozess und Struktur sowie Aufgaben des Regionalmanagements arbeiten. Der Workshop baut dabei auf dem Konzept des neuen DVS-Leitfadens zur Selbstevaluierung auf. Teil zwei und drei der Workshop-Reihe, die sich mit Konzepten und Methoden der Selbstevaluierung befassen, sind für 2015 geplant.

Anmeldung und Programm des Workshops in Halle sowie die Dokumentation der bereits durchgeführten Veranstaltungen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ziele
Dort finden sich auch der Leitfaden und die Videoclips, die die Arbeitsschritte zur Erarbeitung des Leitfadens dokumentieren.



Mehr Informationen:

Stefan Kämper
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3722
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de

Online-Befragung zur Wertschöpfungskette Fleisch

Die DVS hat landwirtschaftliche Betriebe befragt, die mit einem mittelständischen Metzger zusammenarbeiten oder selbst schlachten. Ziel der Online-Befragung war, einen Überblick über die Erfolgsfaktoren, aber auch die Hemmnisse in der Wertschöpfungskette der Fleischerzeugung zu erhalten.

Von **Bettina Rocha**

Über 200 landwirtschaftliche Betriebe haben im Juni und Juli 2014 an der Online-Befragung, die die DVS im Rahmen des Projekts „Erfolgsfaktoren von Wertschöpfungsketten im Ernährungshandwerk im ländlichen Raum“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) durchgeführt hat, teilgenommen. 191 Fragebögen konnten in die Auswertung einbezogen werden. Erste Ergebnisse möchten wir an dieser Stelle vorstellen. Die endgültige vergleichende Auswertung wird voraussichtlich im Herbst 2014 auf unserer Website sowie in einem für 2015 geplanten LandInForm Spezial veröffentlicht.

Betriebliche Vielfalt

Die teilnehmenden selbst schlachtenden oder mit einem mittelständischen Metzger zusammenarbeitenden Betriebe kommen aus Baden-Württemberg (26%), Niedersachsen (25%), Bayern (10%), Rheinland-Pfalz (9%), Thüringen (8%) und Nordrhein-Westfalen (7%). Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bundesländer ohne Berlin. Die Betriebe sind überwiegend Einzelunternehmen im Haupt- und Nebenerwerb sowie GBRs, mehr als ein Viertel sind Bio-Betriebe. 110 Betriebe halten Mastrinder, Milch- oder Mutterkühe, 74 halten Schafe, 65 Schweine, 57 Geflügel und 18 Ziegen. Von 191 Befragten schlachten und verarbeiten 61 ausschließlich auf dem eigenen Betrieb. 161 Betriebe lassen ihr Vieh durch einen selbst schlachtenden Metzger im Lohn schlachten, davon vermarkten 106 Betriebe ihr Fleisch selbst, 55 lassen es durch den Metzger vermarkten. 38 Betriebe nutzen mindestens zwei Methoden.

Bürokratie und Auflagen

Zu den am häufigsten genannten Hemmnissen für ihre betriebliche Entwicklung zählt für die Befragten die aufwendige Bürokratie und die mangelnde Flexibilität der Verwaltung, insbesondere bei Bauanträgen. Auch die Auflagen etwa für die Kennzeichnung der Produkte sowie für die Hygiene bewerten viele als überhöht. Ein weiteres Hemmnis sehen sie in der Flächenknappheit (auch bei Grünland), meist in Verbindung mit zu hohen Pachtpreisen, gefolgt vom Fachkräftemangel inklusive einer zu hohen Arbeitsbelastung. Auch zu hohe Betriebsmittel- und Investitionskosten werden relativ häufig genannt, meist verbunden mit zu geringem Eigenkapital und mangelnder Liquidität der Betriebe. Seltener genannt sind das Verbraucherverhalten, etwa bezüglich der Zahlungsbereitschaft, sowie eine verzerrte Darstellung der Landwirtschaft oder Tierhaltung in den Medien. Einige Teilnehmer erwähnen eine ungerechte Subventionspolitik als Hürde für die betriebliche Entwicklung.

Positive Grundstimmung

Trotzdem schätzen über die Hälfte der Betriebe ihre Zukunftschancen als „sehr gut“ und „gut“ ein. Ein gutes Fünftel bewertet seine Zukunftschancen mit „befriedigend“, ein weiteres Fünftel erachtet

sie als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Fast die Hälfte aller Betriebe möchte ihre Fleischerzeugung in den nächsten drei Jahren so belassen, wie sie ist. Etwa 40 Prozent plant, diese auszudehnen und nur acht Prozent möchte sie reduzieren.



Bild: © contrastwerkstatt / Fotolia

Transferbesuch

Im Zuge des Strukturwandels des Ernährungshandwerks im ländlichen Raum sind viele kleinräumige Wertschöpfungsnetzwerke weggefallen. Dieser Trend ist derzeit ungebrochen. Die in Kooperation mit dem Northern Institute of Thinking angebotene Exkursion am 14. und 15. Oktober in Bayern führt zu einem selbst schlachtenden Metzger, zu einem eine mobile Schlachthanlage Schlachthof, der eine mobile Schlachthanlage betreibt sowie zur Fleischerschule in Augsburg. Sie richtet sich an landwirtschaftliche Betriebsleiter und selbst schlachtende Fleischer, ihre Berufsvertretungen und Fachberater sowie an Regionalmanager. Ziel ist ein vertiefter Einblick in derartige Wertschöpfungsnetzwerke und in die nötigen Rahmenbedingungen für den Erfolg. Nähere Infos unter:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fleischhandwerk



Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3882
E-Mail: bettina.rocha@ble.de



Innovative Ansätze in der Landwirtschaft und in Wertschöpfungsketten

Von **Bettina Rocha**

Im Rahmen der bundesweiten Auftaktveranstaltung zur Europäischen Innovationspartnerschaft für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft (EIP Agri) haben sich Vertreter aus der Forschung, Verwaltung, Beratung und von Verbänden am 24. und 25. Juni 2014 in Berlin getroffen. Auf der gemeinsamen Tagung des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume haben die Teilnehmer über die Ziele und Möglichkeiten dieses neuen Bottom-up-Ansatzes diskutiert. Dabei wurden innovative Ansätze, wie sie bereits in einigen Bundesländern in der vergangenen Förderperiode bestanden, ebenso analysiert wie die Umsetzung im Nachbarland Holland. Der zweite Tag war bestimmt von drei verschiedenen Workshops, wo die

Chancen, die die EIP Agri für Deutschland bietet, getrennt für die Pflanzen- und Tierproduktion betrachtet wurden, sowie einem weiteren, der sich mit den Möglichkeiten und Erfordernissen der Vernetzung befasste.

Die Dokumentation der Tagung, auch als Audiomittschnitt, finden Sie unter

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/dvs-archiv/2014/eip-agri/

Ausblick

Daseinsvorsorge in der Region

Regionalmanagements und Aktionsgruppen können viele Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für ihre Praxis nutzen. Wie das gelingen könnte, ist Thema einer Veranstaltung, die die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung am 28. Oktober 2014 auf der Euregia in Leipzig anbieten.



Von **Stefan Kämper**

Viele LEADER-Regionen beschäftigen sich schon länger mit den Auswirkungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels. Mit der neuen Förderperiode erweitern sich vielerorts die Projektmöglichkeiten, Themen der Daseinsvorsorge bekommen eine größere Bedeutung. Unter dem Titel „Regionale Daseinsvorsorge gestalten – Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm in der LEADER-Praxis nutzen“ werden deshalb auf der Tagung in Leipzig konkrete Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge vorgestellt und gezeigt, wie diese die LEADER-Praxis ergänzen könnten. Nach einem Überblick über das Aktionsprogramm und die dort gewonnenen Erkenntnisse wird eine LEADER-Region berichten, wie Methoden und Elemente aus dem Aktionsprogramm Struktur und Inhalte des Regionalen Entwicklungskonzepts bereichert haben. Reflektiert wird dies aus Sicht der Forschung und aus Perspektive der ländlichen Entwicklung.

regionale Antworten auf Fragen der Daseinsvorsorge handelt. Traditionell findet am Abend ein Netzwerktreffen in der Moritzbastei statt, zu dem alle Teilnehmer der Veranstaltung herzlich willkommen sind.

Information und Anmeldung unter:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia

Anmeldeschluss für die Abendveranstaltung ist der 13. Oktober 2014. Teilnehmer unserer Veranstaltung können eine ermäßigte Dauerkarte für die Euregia zum Preis von 55 Euro erwerben.

Vier Fachforen widmen sich den Themen Mobilität und öffentlicher Nahverkehr, ärztliche Versorgung, Brandschutz sowie Ehrenamt und Vereinswesen. In den Foren gibt es jeweils Diskussionsbeiträge aus Regionen, die beim Aktionsprogramm aktiv beteiligt waren, abgerundet durch fachliche Inputs der wissenschaftlichen Begleiter. Zentral ist bei den meisten Beiträgen, dass es sich um interkommunale oder



Mehr Informationen:

Stefan Kämper
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3722
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de

Der Naturschutz und die Reform der Agrarpolitik

Die Inhalte der neuen Agrarreform stehen für Deutschland fest. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) wollen deshalb auf ihrer Tagung vom 18. bis 19. November 2014 in Gotha diskutieren, wie sich die neuen Vorgaben auf den Natur- und Biodiversitätsschutz in Deutschland auswirken werden.

Von Bernd Demuth

Eine wichtige Fragestellung bei der Tagung wird sein, welchen Platz der Natur- und Biodiversitätsschutz in der Agrarpolitik besitzt und wie dieser ausgebaut werden kann. Ziel ist zudem der Austausch zu relevanten Fördermöglichkeiten in den Ländern im Rahmen des ELER. Hierfür wurden zahlreiche Experten der unterschiedlichen Ebenen – von Brüssel, über den Bund bis zu den Ländern – aus Verbänden und Verwaltungen eingeladen.

Die Tagung gliedert sich inhaltlich in drei Blöcke:

1. Berücksichtigung von Naturschutzbelangen im Rahmen der EU-Agrarreform.

2. Stellt der ELER die nötigen Naturschutzinstrumente bereit?
3. Naturschutzbelange im ELER – Welche Ansatzpunkte für Verbesserungen gibt es?

Der Workshop richtet sich an Vertreter aus Programmbehörden, Agrarverwaltungen und Agrarverbänden sowie aus Naturschutzverwaltungen und Naturschutzverbänden.

Information und Anmeldung bis zum 15. Oktober 2014 unter:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz

Bauernhöfe sind Lern- und Erlebnisorte

Das Interesse am Lernort Bauernhof ist in den vergangenen 20 Jahren in Deutschland deutlich gestiegen und die Angebote von Betrieben haben sich zunehmend professionalisiert. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) führt gemeinsam mit dem Kooperationspartner Ökomarkt Hamburg vom 3. bis 4. Dezember 2014 in Kassel einen Workshop zum Thema durch.

Von Bernd Demuth

Neben Schulbauernhöfen, die in der Regel für mehrere Tage eine Klasse empfangen, gibt es immer mehr produzierende Landwirtschaftsbetriebe, die ihre Höfe für Bildungsveranstaltungen öffnen. Zeitrahmen, Themenspektrum und Qualität der Veranstaltungen sind dabei sehr unterschiedlich. Ziel des Workshops ist es, die Förderaktivitäten für den Lernort Bauernhof in einzelnen Ländern exemplarisch darzustellen und den Blick für die Stärkung des außerschulischen Lern- und Erlebnisortes zu weiten.

Die Praxis des Lernens auf dem Bauernhof wird anhand der Präsentation von zwei Landwirtschaftsbetrieben sowie zwei pädagogisch ausgerichteten Schulbauernhöfen dargestellt. Neben der inhaltlichen und konzeptionellen Ausrichtung der Betriebe wird es dabei auch um den spezifischen Bedarf an finanzieller Förderung und struktureller Unterstützung gehen. Die finanzielle Förderung des außerschulischen Lernens ist in den Bundesländern unterschiedlich, hierzu werden Länderbeispiele vorgestellt und diskutiert. Dabei werden sowohl die ELER-Landesprogramme, die Förderung über Landesmittel als auch die Förderung durch Kultusministerien betrachtet.

Der Workshop möchte den Kontakt zwischen Vertretern der Kultus- und Landwirtschaftsbehörden herstellen, die sich in unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen mit dem Lernort Bauernhof befassen. Dabei soll für die jeweilige fachspezifische Sichtweise sensibilisiert und anschließend gemeinsam die Möglichkeiten zur Förderung des Lernens auf dem Bauernhof diskutiert werden.

Informationen und Anmeldung bis 4. November 2014 unter:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/lernort-bauernhof



Bild: © Pavel Losevsky / Fotolia



Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3477
E-Mail: jan.freese@ble.de

Gesund schrumpfen – Rückbau konstruktiv gestalten

Schrumpfung ist in Deutschland kein Übergangsphänomen mehr, sie wird die Entwicklung des ländlichen Raumes in vielen Teilen des Landes langfristig prägen. Um die Herausforderungen dieser unumkehrbaren Entwicklung zu bewältigen, müssen alle beteiligten Akteure bereit sein, die Schrumpfung zu akzeptieren und sich auf die notwendigen Anpassungen einzulassen.

Von Dieter Rink



Bild: © | Bryson / iStockphoto



Bild: © R_K_by Andreas Hermsdorf / Pixelio

Schrumpfung wurde infolge der deutschen Wiedervereinigung und der Transformation seit den 1990er-Jahren zur bestimmenden Entwicklung in Ostdeutschland. Spürbar wurde sie zuerst in den Städten: Hier setzte um 2000 die Debatte darüber ein und es wurde mit dem Stadtumbau ein wirksames Programm eingeführt. Bereits ab Mitte der 1990er-Jahre verzeichnete auch der ländliche Raum Ostdeutschlands Bevölkerungsverluste. Seine Probleme gingen jedoch durch den Fokus auf die Städte zunächst unter. Erst seit Mitte der 2000er-Jahre begannen eine Hinwendung und ein steigendes Engagement für die ländlichen Räume.

Problematische Verunsicherung

Die öffentliche Wahrnehmung und Debatte ist bislang freilich überwiegend von skandalisierenden Stichworten geprägt: Vergreisung, Aussterben, verlorenes Land oder drohende Rückkehr des Wolfes sind gängige, populistische Metaphern einer undifferenzierten und dramatisierenden Charakterisierung von Schrumpfung in den Medien. Kleinstädten und Dörfern im ländlichen Raum wird quasi jegliche Zukunftsfähigkeit abgesprochen, für kleine Gemeinden mitunter gar die Existenzfrage gestellt.

Besorgniserregend ist, dass viele der kommunalpolitischen Akteure und Entscheidungsträger der Schrumpfung und ihren Folgen mit einer gewissen Ratlosigkeit, Ohnmacht oder Hilflosigkeit gegenüberstehen. Nicht selten gelten die aus Wachstums- und Stabilitätsperioden bekannten und genutzten Strategien und Instrumente als einziger Ausweg aus einem Schrumpfungskreislauf. Probleme werden aus politischen Gründen oder wegen kommunaler Erwägungen verharmlost oder gar nicht erst thematisiert: Unnötige Verunsicherungen auf Seiten der Bürger sollen vermieden und möglichen Konflikten von vornherein vorgebaut werden. Das ist kurzsichtig.

Weitsichtiges Handeln ist gefragt

Schrumpfung sollte nicht mit der Verwaltung des Niedergangs gleichgesetzt, sondern als Neupositionierung betrachtet werden. Dies braucht neue Konzepte und Lösungsansätze sowie mutige Korrekturen der kommunalen Entwicklungsleitbilder. Im Unterschied zum etablierten Stadtumbau stehen ländliche Akteure erst am Beginn: Die politische Steuerung und die Planung von Schrumpfungsprozessen rücken nur langsam auf die Agenda. Angesichts von Szenarien, die einen mit der Schrumpfung verbundenen Kontrollverlust in den Raum stellen, hat die Politik wichtige Aufgaben in der Kommunikation. Es geht darum, den öffentlichen Diskurs zur Schrumpfung zu versachlichen und über ihre Folgen und Begleiterscheinungen zu informieren. Positive Visionen und Handlungskonzepte müssen entwickelt und relevante Akteure gewonnen werden. Letztlich sollte dieser Dialog in eine Verstetigung von geeigneten Strukturen und Formen der Bürgerbeteiligung münden. Dabei muss geklärt werden, was die ländliche Zivilgesellschaft an Aufgaben übernehmen kann und soll. Gebraucht wird ein langfristiger, koordinierter Umgang mit ländlicher Schrumpfung. Analog zum Stadtumbau sollte ein Politikfeld Dorfumbau durch die Landes- und Bundesebene etabliert werden.

Prof. Dieter Rink ist Stadtsoziologe am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig. Er hat sich im Rahmen einer Studie mit der nachhaltigen ländlichen Entwicklung unter Schrumpfungsbedingungen auseinandergesetzt. www.ufz.de

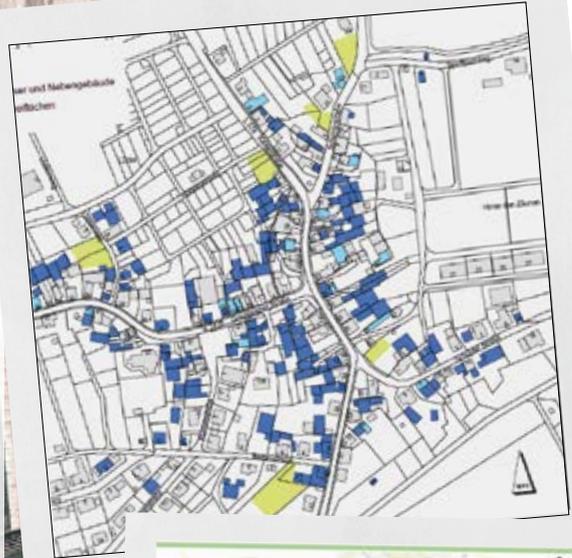


Bild: © Klärte GmbH, Weikersheim

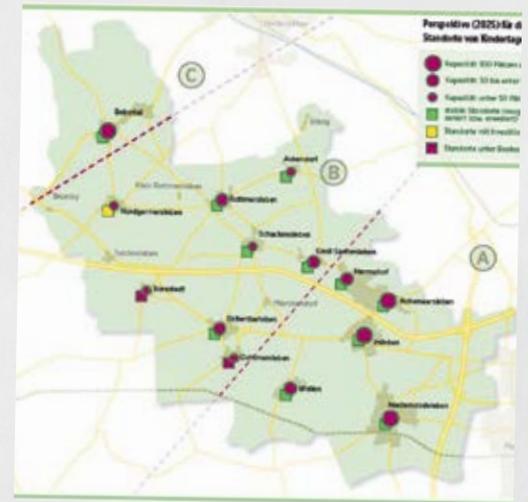


Bild: © IGKE Hohe Börde



Bild: © Rawpixel | Fotolia, Montage: graphodata



Strukturschwache Städte und Dörfer kämpfen besonders mit der Schrumpfung

Die demografische Entwicklung einer Region hängt stark von ihrer strukturellen Stärke oder Schwäche sowie ihrer Siedlungsstruktur ab. In strukturschwächeren Regionen sind die Bevölkerungsverluste sowie das Durchschnittsalter der Bevölkerung besonders hoch. Problematisch ist diese Entwicklung vor allem für peripher liegende Regionen.

Von Steffen Maretzke

Die demografische Entwicklung gestaltet sich vor allem dort günstiger, wo die Einwohner eine hohe Kaufkraft besitzen, die Arbeitslosigkeit niedrig und die Bruttowertschöpfung überdurchschnittlich hoch ist. In diesen strukturstärkeren Regionen sind die Geburtenraten höher und die Sterbeziffern niedriger als im Bundesdurchschnitt, was als direktes Ergebnis von Wanderungsgewinnen in der Vergangenheit gewertet werden kann. In den ostdeutschen Regionen (ohne Berlin) sind diese Wechselwirkungen besonders stark ausgeprägt. Hier sind es vor allem die strukturschwachen Regionen mit einer niedrigen Kaufkraft, die die stärksten Bevölkerungsverluste und die höchste Intensität demografischer Alterung aufweisen, insbesondere im Ergebnis kontinuierlicher Binnenwanderungsverluste.

Der Osten ist am stärksten betroffen

Die Schrumpfungsräume liegen seit Anfang der 1990er-Jahre vor allem in Ostdeutschland. Höhere Sterbe- als Geburtenziffern sowie Wanderungsverluste sind hier bereits seit Langem Realität, entsprechend finden sich hier auch die Extremwerte demografischer Schrumpfungsprozesse. So verringerte sich die Bevölkerungszahl der sehr strukturschwachen Raumordnungsregionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Oberlausitz-Niederschlesien, Halle/Saale und Mecklenburgische Seenplatte von 1990 bis 2009 um mehr als 12 Prozent. Auch in den westdeutschen Regionen sichert das Geburtenniveau den Ersatz der Elterngeneration schon lange nicht mehr: Die daraus resultierenden Bevölkerungsverluste wurden jedoch bislang in vielen Regionen durch anhaltende Binnen- oder Außenwanderungsgewinne meist mehr als kompensiert. Zum einen direkt durch die zugewander-

ten Personen, zum anderen indirekt über die Geburten der zugewanderten Frauen. Im Ergebnis gab es in nur wenigen westdeutschen Regionen in diesem Zeitraum Bevölkerungsverluste, und dies auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Dabei traf es auch im Westen vor allem strukturschwächere Regionen wie das Ruhrgebiet oder das Saarland. Regionen wie das Emsland, Bonn, Ingolstadt, Hamburg-Umland-Süd oder Oldenburg konnten hingegen sogar Wachstumsraten von über 15 Prozent verzeichnen.

Die Schrumpfungsprozesse treffen sowohl städtische als auch ländliche Regionen. So war von 1990 bis 2011 in 25,3 Prozent der Gemeinden im städtischen und 48,7 Prozent der Gemeinden im ländlichen Raum die Bevölkerungszahl rückläufig. Bei den peripher gelegenen oder strukturschwachen Gemeinden lag dieser Anteil sogar über 80 Prozent. Auch der Ost-West-Unterschied ist deutlich: Während 78,4 Prozent der ostdeutschen Gemeinden von 1990 bis 2011 Bevölkerungsverluste aufwiesen, waren es in den alten Ländern 28,8 Prozent.

Deutschlands Bevölkerung schrumpft weiter

Langfristig können die Effekte des niedrigen Geburtenniveaus immer weniger kompensiert werden. Die aktuelle, zensusbereinigte Bevölkerungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) von 2009 bis 2030 lässt erwarten, dass die Schrumpfungsprozesse bis 2030 immer mehr Regionen erfassen. Von 1990 bis 2011 wiesen nur 4.656, also 41,2 Prozent aller Gemeinden, einen Bevölkerungsrückgang auf. Im Zeitraum 2011–2030 werden es voraus-

sichtlich 7.859 (69,6 Prozent) sein. In den alten Ländern wird sich der Anteil der „Schrumpfungsgemeinden“ bis 2030 auf 61 Prozent erhöhen, in den neuen Ländern auf 95,5 Prozent. Auch künftig werden die peripher gelegenen oder strukturschwächeren Regionen besonders betroffen sein, sodass sich die regionalen Muster des demografischen Wandels von Vergangenheit und Zukunft sehr ähnlich sind. In den städtischen Räumen wird sich der Anteil der Schrumpfungsgemeinden auf 52,2 Prozent erhöhen, in den ländlichen Räumen auf 77,7 Prozent. Während die ostdeutschen Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Mecklenburgische Seenplatte, Oberlausitz-Niederschlesien und Altmark bis 2030 Bevölkerungsverluste von mindestens 22 Prozent zu erwarten haben, wird die Bevölkerungszahl der westdeutschen Regionen Südlicher Oberrhein, Ingolstadt, Oberland und München mindestens um vier Prozent weiter steigen.

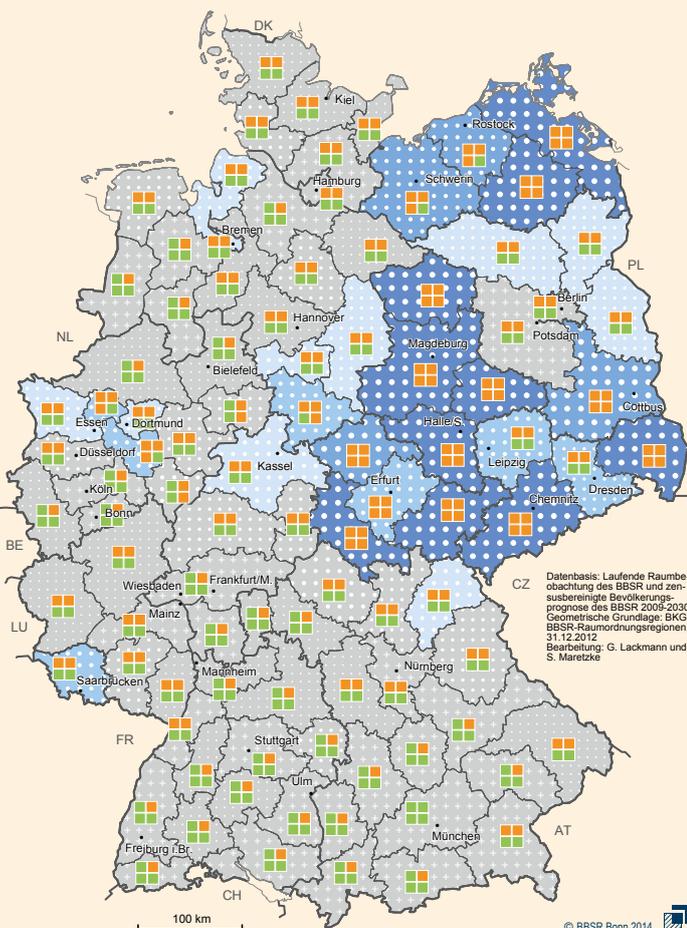
Herausforderung Daseinsvorsorge

Für strukturschwache Städte und Dörfer sind demografische Schrumpfs- und Alterungsprozesse besonders problematisch. Während sich die Städte vor allem um die Zuwanderer aus dem Ausland und um eine Optimierung der infrastrukturellen Standorte zu kümmern haben, ist auf dem Lande die Absicherung einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge die große Herausforderung. So fällt es den Kommunen gerade in strukturschwachen, peripher gelegenen oder gering verdichteten Regi-

onen immer schwerer, den Betrieb wichtiger Infrastrukturen, wie zum Beispiel Kindertagesstätten, Grundschulen, ÖPNV, Feuerwehren und Rettungsdiensten, abzusichern. Viele kommunale und unternehmerische Aktivitäten lassen sich aufgrund des begrenzten Bevölkerungspotenzials kaum noch rentabel betreiben, sodass das bestehende Infrastruktursystem immer löchriger wird. Weil sich diese Kommunen aufgrund finanzieller Engpässe immer mehr auf ihre Pflichtaufgaben zurückziehen müssen, fällt es ihnen auch immer schwerer, das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen dauerhaft zu sichern.

Schrumpfung abzeptieren und konstruktiv gestalten

Vor allem die peripher gelegenen und strukturschwachen Schrumpfungskommunen im ländlichen Raum können diese Herausforderungen kaum noch alleine meistern. Deswegen sollten sie ihre begrenzten Potenziale zum Beispiel im Rahmen interkommunaler Kooperationen stärker bündeln und gemeindeübergreifende Lösungsansätze entwickeln. Im Idealfall stützen sie sich dabei auf Entwicklungskonzepte, die von den beteiligten Kommunen gemeinsam und in Kenntnis der demografischen Strukturen und Trends erarbeitet wurden. Dabei sollten sie die Lösung ihrer demografischen Probleme nicht in Wandergewinnen, sondern in der Akzeptanz unausweichlicher Schrumpfsprozesse sehen. Weil ihre latenten Defizite und Schwächen nicht kurzfristig verschwinden, bleibt es für sie schon eine Herausforderung, den Standort für die Einheimischen so attraktiv zu gestalten, dass es sich für diese lohnt zu bleiben. Gemeinsam mit ihren Einwohnern sollten sie den notwendigen Anpassungsprozess aktiv gestalten, was zum Beispiel den Rückbau von Infrastrukturen oder die Konzentration unterschiedlichster Serviceangebote in multifunktionalen Einrichtungen einschließt. Bund und Länder sollten sie dabei gemeinsam und ressortübergreifend unterstützen.



Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 1990 bis 2009 (in %)	Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2009 bis 2030 (in %)	Einfluss der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum ...
■ bis unter -15,0	■ bis unter -15,0	1990- 2009- 2009 2030
■ -15,0 bis unter -9,0	■ -15,0 bis unter -9,0	Natürlicher Saldo
■ -9,0 bis unter -4,5	■ -9,0 bis unter -4,5	Wanderungssaldo
■ -4,5 bis unter 0,0	■ -4,5 bis unter 0,0	Dabei bedeuten die Farben ...
■ 0,0 und mehr	■ 0,0 und mehr	■ Wanderungsgewinn bzw. Geburtenüberschuss
		■ Wanderungsverlust bzw. Sterbteüberschuss

Wie zeitgemäß sind gleichwertige Lebensverhältnisse?

Laut Artikel 72 des Grundgesetzes hat der Bund bei konkurrierenden Gesetzgebungen das Gesetzgebungsrecht, wenn dies zur Herstellung bundesweit gleichwertiger Lebensverhältnisse notwendig ist. Was „gleichwertig“ bedeutet und wie zeitgemäß dieser Anspruch ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Zwei Statements:

„Als Maßstab für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, die vor allem in strukturschwachen peripheren Lagen gefährdet sind, brauchen wir Mindeststandards für vergleichbare Raumkonstellationen. Bund und Länder sollten diese gemeinsam definieren.“ (Klaus Einig (BBSR), Projektleiter im MORO „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“)

„Anstatt an der Worthölse von der Gleichwertigkeit festzuhalten, muss die Politik den Menschen in schrumpfenden Regionen erstens Klarheit über die zu erwartenden Daseinsbedingungen geben und zweitens die Freiheit, technische und soziale Innovationen ohne Blockade durch Bürokratie und Gesetze umzusetzen.“ (Manuel Slupina, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung)



Mehr Informationen:

Dr. Steffen Maretzke
 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR
 Referat I I „Raumentwicklung“
 Telefon: 0228 99401-2326
 E-Mail: steffen.maretzke@bbr.bund.de

Wie lässt sich Schrumpfung gestalten?

Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung und Geburtendefizit – ein Prozess, der oft als „Schrumpfung“ bezeichnet wird – ist vielerorts alles andere als neu. Wie es gelingen kann, sich dieser Tatsache zu stellen, neue Instrumente der Gestaltung und Steuerung zu entwickeln und gemeinsam an einem Strang zu ziehen, beleuchtet der folgende Beitrag.

Von Annett Steinführer, Patrick Kütter, Moritz Kirchesch und Steffen Ortwein

2014 ist ein Jahr, in dem die überregionale Presse wieder einmal alarmierende Meldungen verkündet: Von „Problemdörfern“ und „Siechtum“, gar von „sterbenden Städten“ in Hessen, Vorpommern oder Niedersachsen ist die Rede. Nun finden sich Klagen über die sogenannte Landflucht bereits in früheren Jahrzehnten. Relativ neu an der aktuellen Debatte ist, dass sie Veränderungen ländlicher Räume verstärkt auf den einen, scheinbar eindimensionalen und eindeutigen Prozess des demografischen Wandels zurückführt. Tatsächlich handelt es sich bei der Schrumpfung um vielschichtige und vor allem ökonomische Veränderungsprozesse, die vor Ort oft gar nicht oder nur begrenzt beeinflussbar sind. Außerdem setzt sich erst allmählich die Erkenntnis durch, dass Bevölkerungsrückgang kein ostdeutsches Spezialproblem im Zuge der Wiedervereinigung ist, sondern längst als Kehrseite des Wachstums strukturstarker Metropolen in ganz Deutschland angekommen ist. In vielen Regionen bedeutet dies die Rückkehr eines aus den 1970er- und 1980er-Jahren bekannten Problems.

Warum ist Schrumpfung ein Problem?

Schrumpfung bedeutet zuallererst ein Weniger: ein Weniger an Menschen, an kommunalen Einnahmen, an Auslastung der öffentlichen Einrichtungen. Zugleich geht mit ihr vielerorts ein Zuviel einher: ein Zuviel an Infrastruktur, Kosten und zurück zu legenden Entfernungen. Ein Abschied von Liebgewordenem ist somit gefordert, und dieser Um- und Rückbau kostet viel Geld. Die Verantwortlichen stoßen in der Praxis auf zahlreiche Hemmnisse und Widerstände: begrenzte finan-

zielle Mittel und Steuerungsmöglichkeiten, restriktive Standards und andere rechtliche Rahmenbedingungen, ungeeignete Förderkonditionen und Abwicklungsbürokratie, unzureichendes Wissen über Zusammenhänge, unsichere Prognosen, politischen Druck und Bürgerproteste oder Lethargie. Auch die Vielschichtigkeit des Schrumpfens erschwert das Handeln: Wenn die Zahl der Kinder im Ort drastisch abnimmt, sind nicht nur Kindergärten und Schulen nicht mehr ausgelastet. Es ist auch ein Hinweis auf einen allgemeinen Bevölkerungsrückgang mit entsprechenden Auswirkungen: Wohngebäude stehen leer, technische Infrastrukturen sind unausgelastet, der öffentliche Nahverkehr ist ausgedünnt und das Erscheinungsbild des Ortes leidet ebenfalls.

Was kann überhaupt getan werden?

Wer regionale Schrumpfung gestalten will, braucht neue Ansätze und Instrumente, aber auch eine intensive Koordination auf regionaler Ebene und einen Dialog mit der Bevölkerung vor Ort. Ohne einen Verständigungsprozess über Prioritätensetzungen, Abstimmungen mit Nachbargemeinden, die kritische Prüfung von Investitionen vor dem Hintergrund mittelfristiger Auslastung und langfristiger Folgekosten wird es nicht gehen. Eine regionale Koordination der Siedlungsentwicklung ist unabdingbar – das haben Bundesländer wie Sachsen-Anhalt und Hessen bereits erkannt und fordern integrierte Konzepte als Förderbedingung ein. Ähnlich wird dies im Stadtbau gehandhabt, allerdings mit einer Förderkulisse, die dann tatsächlich auch Abrisse und Umbauten in großem Stil ermöglicht.



Bild: © PhotographyByMK / fotolia



Bild: © eobrazy_pl / fotolia

Eine weitere Möglichkeit ist es, bestimmte Standards abhängig von Raummerkmalen, zum Beispiel Bevölkerungsdichte oder Altersstruktur, zu formulieren und zu handhaben. In Schrumpfungregionen sollten Ausnahmen für die Gemeindegebiete der am stärksten betroffenen Kommunen zugelassen werden. So könnten für Kernbereiche der Grundversorgung einzelne rechtliche Standards, etwa bauliche Anforderungen, Naturschutz- oder Umweltauflagen, abgesenkt werden, um Versorgungsleistungen überhaupt aufrechterhalten zu können.

Wer ist verantwortlich für die Gestaltung von Schrumpfung?

Allen Diskussionen um den Rückzug des Staates zum Trotz erfordert die Gestaltung von Schrumpfung ein Mehr an staatlicher Koordination und Moderation auf allen Ebenen. Das bedeutet auch veränderte Rollen für etablierte Akteure – sei es die des Bürgermeisters, der Landrätin oder der Regionalplanung. Erste Dorfmanager bemühen sich als „Kümmerer“, dass die kleinste räumliche Bezugseinheit in den Abstimmungen nicht gänzlich verloren geht. Auf Ebene von Ländern und Bund ist eine bessere und sektorübergreifende Abstimmung von Förderprogrammen der ländlichen Entwicklung und des Städtebaus erforderlich.

Ein weiterer Akteur gehört unbedingt dazu: Ohne die Bevölkerung vor Ort geht es nicht. Immer wieder werden Ängste geäußert, dass den Bürgern die Wahrheit nicht zugemutet werden könne. Doch lehrt die Erfahrung aus langjährigen Schrumpfungregionen, dass die Bevölkerung die Entwicklungen in ihren Dörfern und Gemeinden sehr genau beobachtet, ja, dass sie oftmals viel weiter ist als die Politik und sehr wohl mit Verlusterfahrungen umgehen kann. Ehrlichkeit und Transparenz im Umgang miteinander sind unumgänglich. Beides kann von langjährigen Schrumpfungregionen gelernt werden.

So einfach sterben Dörfer nicht

Salopp gesagt: Würden Dörfer wirklich sterben, dann wäre es ja vergleichsweise einfach. Die Warnungen vor einer vermeintlichen demografischen Katastrophe verstellen den Blick auf das Wesentliche: Die wirkliche Herausforderung der Schrumpfung ist die Gestaltung des Weniger – und die damit verbundenen weiteren Wege, die Versorgung Hochbetagter in der Fläche und die Aufrechterhaltung von Grundversorgung und Lebensqualität. All dies verlangt Handeln unter Unsicherheit. Denn die Zukunft der Bevölkerungsentwicklung bleibt unvorhersehbar. Demografie ist, darauf hat der Soziologe Rainer Mackensen schon im Jahr 2000 hingewiesen, zuallererst eine historische

Wissenschaft – sie leitet ihr Wissen aus vergangenen Entwicklungen ab. Deshalb wissen wir eben nicht, wie viele Menschen in welcher Alters- und Sozialstruktur 2020, 2030 oder 2050 in einer bestimmten Region oder einem konkreten Dorf leben werden. Dafür sind moderne Gesellschaften zu komplex und global zu intensiv vernetzt. Diese Argumentation soll keinesfalls einem „Weiter wie bisher“ Vorschub leisten. Vielmehr will sie für das räumliche und zeitliche Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum sensibilisieren, das eine strategische und aktive Prozessgestaltung erforderlich macht. Diese Herausforderungen müssen in schrumpfenden ländlichen Regionen heute konkret benannt und ab morgen gestaltet werden.

Standards flexibilisieren = Experimente wagen

Von Lutz Scherling

Verbindliche Vorgaben für die Gestaltung der Daseinsvorsorge – von minimalen Schülerzahlen über Hilfefristen im Rettungswesen bis zu baulichen Anforderungen für Kindertagesstätten oder Altenheime – werden in Form unterschiedlicher Standards auf EU-, Bundes- und Landesebene festgelegt. Der normative Charakter soll die flächendeckend hohe Versorgungsqualität und gleichwertige Entwicklungschancen in den verschiedenen Regionen sicherstellen. Die Vorgaben wurden allerdings vielfach unter Wachstumsbedingungen definiert und sind bis heute vom Wachstumsgedanken geprägt. Schrumpfung als Chance für eine neue Qualität der Daseinsvorsorge zu betrachten, fällt Verantwortlichen auf allen Ebenen schwer. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben bereits vor Jahren Standarderprobungsgesetze erlassen. Sie ermöglichen Kommunen, von landesrechtlichen Normen abzuweichen, sofern nicht höherrangiges Recht entgegensteht und der Zweck der Norm dennoch erfüllt wird. Die Effekte dieser Erprobungsgesetze sind leider ernüchternd: Nur in Einzelfällen wurden Ausnahmen beantragt. Zu den Gründen dafür zählen fehlende Kenntnis der Abweichungsmöglichkeit, die Sorge, in Verwaltungsverfahren Fehler zu begehen sowie langwierige Antragsverfahren bei den normgebenden Ministerien. Standarderprobung zielt auf Bürokratieabbau und Kosteneffizienz der kommunalen Ebene – eine zweifellos richtige Grundidee. Mehr kommunale Spielräume zur Ermöglichung von Daseinsvorsorge und räumliche Differenzierung von Standards stehen bisher noch nicht im Fokus. Die Diskussion darüber hat jedoch begonnen.

Zum Weiterlesen:

Küpper, P., Steinführer, A., Ortwein, S. und Kirchesch, M. (2013): Regionale Schrumpfung gestalten: Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen (Johann Heinrich von Thünen-Institut, 57 Seiten, siehe Rezension Seite 50).



Mehr Informationen:

Dr. Annett Steinführer und Dr. Patrick Küpper
 Institut für Ländliche Räume
 Johann Heinrich von Thünen-Institut
 Telefon: 0531 596-5225 und -5227
 E-Mail: annett.steinfuehrer@ti.bund.de
 und patrick.kuepper@ti.bund.de
 www.ti.bund.de/lr





Bild © privat

Timm Fuchs ist Beigeordneter für Kommunalwirtschaft, Energiewirtschaft, Wirtschaft, Regionalpolitik und Verkehr beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.

„Um zu erkennen, dass man betroffen ist, ist Sensibilität in der Politik und Bürgerschaft erforderlich.“

Viele ländliche Gemeinden befinden sich in einer desolaten Haushaltssituation. Mit wenig Geld müssen sie trotzdem etwa die kommunale Daseinsvorsorge sicherstellen. Immer mehr Gemeinden stehen dabei vor der Aufgabe, zu groß gewordene Infrastrukturen zurückzubauen. Es gilt, Strategien für das Kleinerwerden zu finden. LandInForm hat Timm Fuchs vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gefragt, welche Schwierigkeiten kommunale Vertreter hierbei bewältigen müssen.

Herr Fuchs, setzen sich kommunale Entscheidungsträger erst dann öffentlich mit der Schrumpfung auseinander, wenn es dafür fast schon zu spät ist?

Wir beobachten, dass vielerorts erst nach einigem Zögern angefangen wird, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Schrumpfung zu verwalten erscheint zunächst ein wenig imagewirksames Unterfangen. Es bedarf viel Überzeugungsarbeit, damit Probleme anerkannt und angegangen werden. Zudem verlaufen Schrumpfungsprozesse unterschiedlich schnell. Es gibt aber auch viele Gemeinden, die frühzeitig angefangen haben, Strategien zu entwickeln. Zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach im Nordosten Bayerns: Dort arbeiten neun Gemeinden schon seit 1996 zusammen.

Welche Rolle spielt dabei die Finanzsituation der Kommune?

Bei Gemeinden, die nur noch Schulden verwalten und alle Ressourcen in die Erledigung von Pflichtaufgaben stecken müssen, kann man fast nicht mehr von Selbstverwaltung reden. Derart gebunden ist es schwer, Schrumpfung aktiv zu gestalten. Rückbau und dessen Planung kosten nun einmal Geld. Allerdings ist Geld auch nicht alles. Mit Kooperationen kann man weit kommen, besonders, wenn man die verfügbaren finanziellen Mittel bündelt. Rendsburg und seine Umlandgemeinden haben beispielsweise eine gemeinsame Gebietsentwicklungsplanung und einen Investitionsfonds entwickelt – der Ansatz berücksichtigt die knappen finanziellen Ressourcen.

Welche Faktoren erschweren einen konstruktiven Rückbau?

Funktionsverluste von Gebäuden und Strukturen sind schwer aufzufangen. Wichtiger als Geld ist oft, den Menschen eine Perspektive aufzuzeigen – vor allem bei Immobilienbesitzern. Für betroffene Eigentümer steht neben dem materiellen auch ein immaterieller Wertverlust, eine Lebensleistung auf dem Spiel. Wir brauchen Dorfneuerordnungsprozesse, wie wir Jahrzehnte Flurneuordnungen hatten. Denkmalschutz muss sich an moderne Wohn- und Arbeitsbedürfnisse anpassen. Planungsvorschriften müssen flexibilisiert werden.

Welche Gestaltungsspielräume können Kommunen sich schaffen?

Bewährt hat sich die interkommunale Kooperation: Beispielsweise braucht nicht jeder ein eigenes Gewerbegebiet, wenn in der Nachbarschaft eine besser geeignete Fläche vorhanden ist. Voraussetzung ist ein Konsens über die Verteilung von Vorteilen und Lasten. Diesen zu erreichen ist oftmals schwierig, in immer mehr Regionen aber die einzige Chance, um Unternehmen und Arbeitnehmern eine Perspektive zu bieten.

Zudem können ländliche Gemeinden einen Vorteil ausspielen: ihren traditionell stärkeren Zusammenhalt! Über Vereine und Verbände wie Feuerwehren, Sportvereine und Landfrauen können Ältere in das soziale Leben eingebunden und die jüngere Generation durch ehrenamtliche Hilfe der Älteren entlastet werden.

Wie kann Bürgerbeteiligung hier funktionieren?

Wichtig ist, Transparenz herzustellen und ein gemeinsames Bewusstsein für den Wandel zu schaffen! Die Bürger müssen wissen, wie es um ihre örtliche Gemeinschaft steht. Im LEADER-Projekt „DIE Chance für das Dorf“ haben sich 125 Dörfer in vier Verbandsgemeinden zusammengefunden, um Leerstandskataster aufzubauen und fortzuschreiben. Dass während der Projektlaufzeit von 2011 bis 2014 150 Leerstände neu hinzukamen, hat Wertverluste sichtbar gemacht, aber ebenso zur Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung und den Eigentümern beigetragen.

Förderprogramme für derartige Maßnahmen sind sinnvoll und dringend geboten: Damit lassen sich zudem Rückbaumaßnahmen leichter finanzieren und Baulücken aktivieren, indem sie zu einem geringeren als dem erhofften Preis an den Markt kommen können.

**Vielen Dank für das Interview!
Das Gespräch führte Anja Rath.**



Mit Konzept geförderter Rückbau

Auf der Suche nach Fördermöglichkeiten zur Gestaltung von Schrumpfungsprozessen, insbesondere von konkreten Rückbauprojekten, gelangt man rasch in einen Dschungel föderaler Richtlinien unterschiedlicher Ressorts. Doch die Mühe kann sich lohnen: Es gibt bewährte Instrumente, die beispielsweise Abriss fördern – unter gewissen Voraussetzungen.

Von Anja Rath

Die Städtebauförderung von Bund und Ländern konzentriert sich laut der rahmengebenden Verwaltungsvereinbarung „auf städtische und ländliche Räume mit erhöhten strukturellen Schwierigkeiten“. Von sieben Programmen unterstützen insbesondere die zwei Stadtumbau-Programme Ost- und West-Kommunen darin, „sich frühzeitig auf Strukturveränderungen, vor allem in Demografie und Wirtschaft und auf die damit verbundenen städtebaulichen Auswirkungen, einzustellen.“ Gemeinden, die im Städtebauprogramm aufgenommen sind und ein räumlich abgegrenztes Fördergebiet festgelegt haben, können beispielsweise eine Förderung für die Anpassung von Infrastrukturen, den Rückbau leer stehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude und im Stadtumbau Ost für Umzugskosten erhalten. Es gibt Ausnahmen: Der Abriss von Denkmälern wird nicht bezuschusst. Und: Für die bloße Beseitigung eines lokal als Schandfleck empfundenen Gebäudes ist keine Förderung zu kriegen – es sei denn, sie ist Teil einer überörtlichen Gesamtmaßnahme inklusive schlüssigem Nachnutzungskonzept.

Städtebauförderung oder Dorfentwicklung?

Die Voraussetzung für eine Städtebauförderung ist ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK oder INSEK), dessen Erarbeitung und Fortschreibung selbst förderfähig ist. Das gilt auch für das 2010 initiierte Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“. Dieses legt einen speziellen Fokus auf die interkommunale Zusammenarbeit ländlicher Gemeinden – ein Ansatz, der erfolgreich Ressourcen bündeln kann (siehe dazu Seite 22 und 23). Eine weitere Möglichkeit für eine Rückbauförderung kann die Dorfentwicklung sein. Hessen schlägt beispielsweise im Entwurf seiner Richtlinie zur Förderung der ländlichen Entwicklung den neuen Fördertatbestand „Städtebaulich vertraglicher Rückbau“ vor. Fördervoraussetzung ist ein Integriertes kommunales Entwicklungskonzept (IKEK) oder ein Dorfentwicklungskonzept (DEK), das die gesamtkommunale Ebene im Blick hat. Auch andere Länder ermöglichen auf Grundlage eines Gesamtkonzepts den Rückbau im Dorf. Laut Rahmenplan der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ – dem nationalen Finanzierungsinstrument der Dorfentwicklung – sind Ortschaften bis maximal 10 000 Einwohnern förderfähig. Einige Länder legen niedrigere Grenzen fest. Wo sowohl Städtebauförderung als auch Dorfentwicklung möglich sind, bedarf es der ressortübergreifenden Abstimmung.

Länderspezifische Werkzeugkästen

Die Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch innerörtliche Entwicklung steht im Vordergrund zweier Modellprogramme – MELanIE im Saarland und MELAP PLUS in Baden-Württemberg –



Bild: © BirgitMundtOsternwicz / forolia

in deren Rahmen auch Rückbau in ländlichen Orten gefördert wurde (siehe Seiten 28-29). Thüringen hat im Rahmen der Richtlinie „Förderung der Revitalisierung von Brachflächen“ bis dieses Jahr Um- und Rückbau über den EFRE gefördert. Ab 2015 soll dies über die Maßnahme „Basisdienstleistungen – Revitalisierung von Brachflächen“ im ländlichen Entwicklungsprogramm und gefördert durch ELER-Gelder möglich sein. Sachsen will LEADER-Regionen darin bestärken, sich mit Dorfum- und -rückbau auseinanderzusetzen (siehe Seite 20). Planungsgrundlage ist die LEADER-Entwicklungsstrategie (LES).

Erst das Konzept, dann die Mittel

ISEK, IKEK, LES und DEK sind nicht miteinander vergleichbar. Aber: Sie können und sollen Maßnahmen und Mittel bündeln. Das Ausschöpfen möglicher Finanzierungsquellen sollte allerdings nicht den Blick auf die Ziele und Problemlösungen versperren, denn Schrumpfungsprozesse wirken langfristig und überörtlich – eine wirksame Rückbaugestaltung muss dies auch sein.



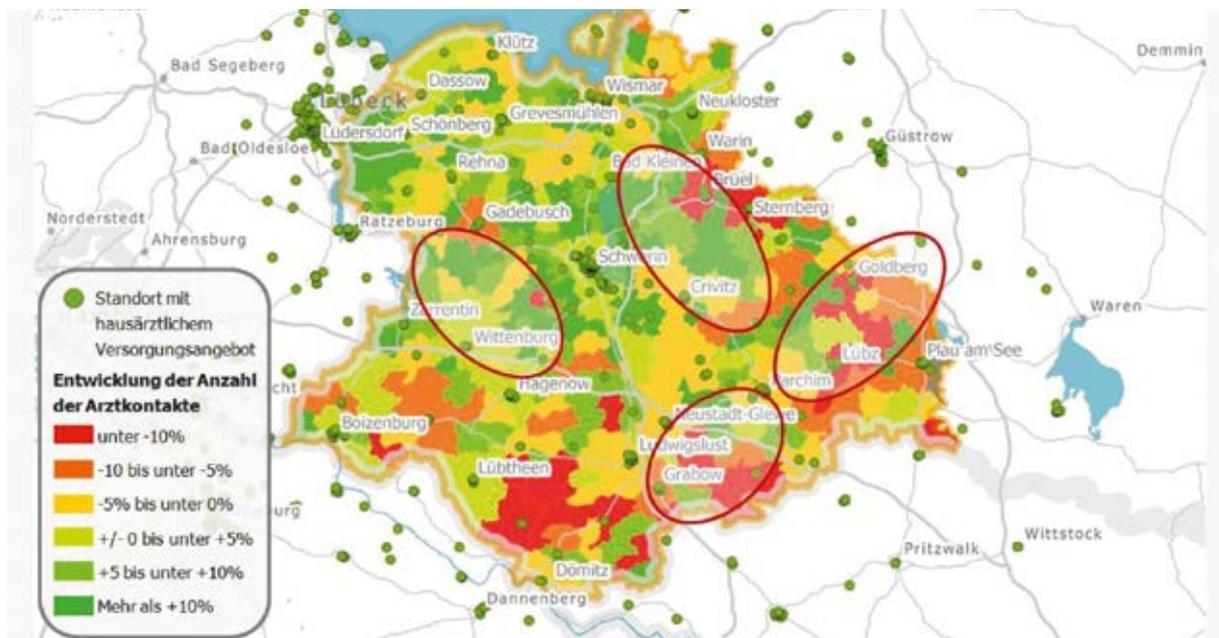
Mehr Informationen:

Ergänzende Informationen zu Förderansätzen sowie eine Linkliste zu verschiedenen Förderprogrammen haben wir im Internet zusammengestellt: www.land-inform.de

Daseinsvorsorge mit Sachlichkeit und Wissen planen

Modelle zur Sicherung einer kleinteiligen Versorgung in Dörfern und kleinen Gemeinden haben sich bewährt. Dennoch werden lokale Einzellösungen den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die soziale und technische Infrastruktur nicht mehr gerecht. Es gilt, die Daseinsvorsorge als ein Ganzes zu betrachten, langfristig zu denken und Freiräume für neue, experimentelle Lösungen jenseits überkommener Vorgaben zu ermöglichen.

Von Peter Dehne und Johann Kaether



Szenario zur räumlichen Verteilung des hausärztlichen Versorgungsbedarfes. Die Entwicklung der Anzahl der Arztkontakte 2010 – 2030 in der Modellregion Westmecklenburg als Quotenmodellsschätzung (besonders schlechte Erreichbarkeiten in den ellipsenförmig umrandeten Bereichen)

Seit 2005 erproben ausgewählte Regionen und Landkreise im Rahmen von Modellvorhaben der Raumordnung des heutigen Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, wie ein Umbau und eine Neuausrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge konzipiert und umgesetzt werden können. Ging es in den ersten Modellregionen noch um regionalplanerische Handlungsansätze, so hat sich daraus in einem gegenseitigen Lernprozess ein methodischer Rahmen für eine regionale Planung entwickelt. Wissenschaftlich begleitet von der Hochschule Neubrandenburg wenden 21 ländliche Regionen seit 2012 diese „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge an. Im Kern ist sie ein moderierter Diskussions- und Planungsprozess, den Städte, Gemeinden und Landkreise initiieren. Ziel ist es, sich systematisch mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Bereiche der Daseinsvorsorge auseinanderzusetzen, Anpassungsstrategien für einzelne Infrastrukturbereiche zu entwickeln und deren Akzeptanz und Umsetzung politisch und organisatorisch sicherzustellen. Dabei setzt die Regionalstrategie insbesondere auf die interkommunale sowie die fach- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit in thematischen Arbeitsgruppen (siehe Abb. 1).

Schrumpfung thematisieren, ohne zu problematisieren

Eine Anpassung der Daseinsvorsorge an neue Bevölkerungsstrukturen bedeutet immer Veränderungen, Reduzierungen von Angeboten, Kooperationen oder Schließungen von Standorten. Regionen und Gemeinden müssen sich die Frage stellen, was sie in der Zukunft wirklich brauchen: Was soll an welchem Standort zukünftig angeboten werden? Wie sollen die Erreichbarkeit organisiert und notwendige Angebote für die Fläche wie Pflege, Gesundheitsversorgung und Brandschutz sichergestellt werden? Diese Fragen klären thematische Arbeitsgruppen: Die Beteiligten müssen vom gefühlten Wissen, was der demografische Wandel für die Versorgung der Region bedeuten könnte, zu einer gemeinsamen Wissensbasis kommen, von der aus sie sachlich miteinander diskutieren können. Dies geschieht durch visualisierte Zukunftsszenarien, die Bevölkerungsverteilung, Infrastrukturstandorte und deren Erreichbarkeiten jetzt und für die Zukunft darstellen (siehe Abb. 2 und 3).

Spielfeld fördert den Disburs

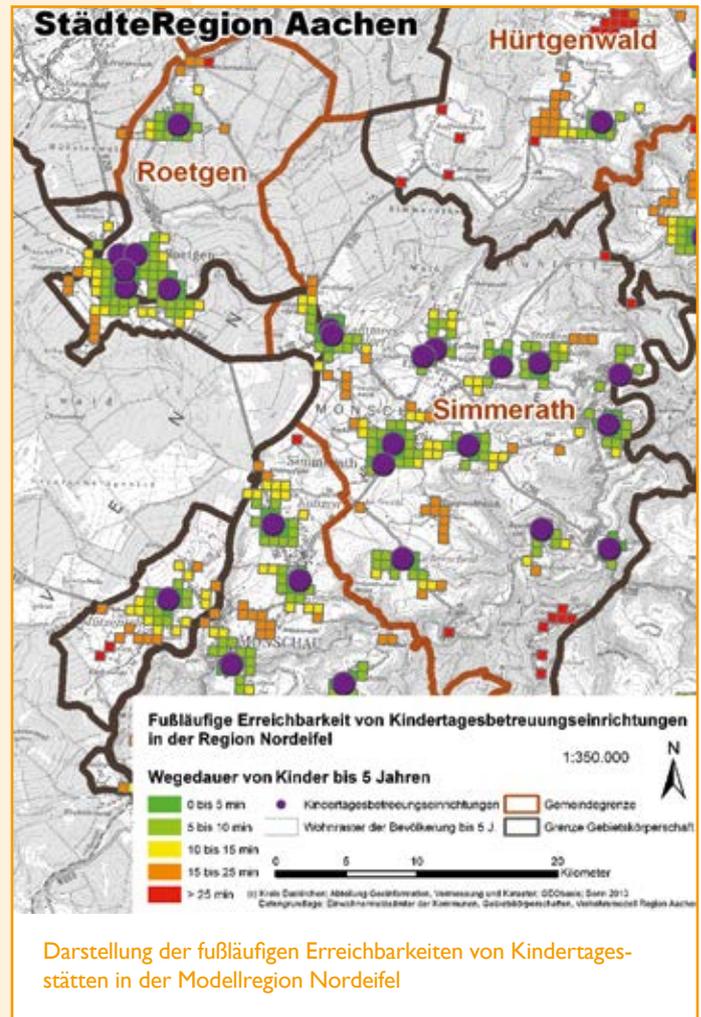
Dazu werden Daten zur Bevölkerungsentwicklung mit Geoinformationen kombiniert. Je kleinteiliger die Bevölkerungsschätzung ist, desto besser bildet sie die räumliche Vielfalt, die strukturellen Unterschiede und die differenzierte Bevölkerungsverteilung innerhalb des Untersuchungsraumes ab: das Ausdünnen der Bevölkerungsdichte im Raum, die Einwohnerzunahme in den Kleinstädten, die zunehmende Überalterung in dörflichen Teilregionen. Durch die Integration von Entfernungen und Reisezeiten innerhalb der Region wird die Erreichbarkeit vorhandener oder zukünftiger Standorte der Daseinsvorsorge sichtbar. Wie auf einem Spielfeld können diese Bereiche simuliert werden: veränderte Wege und Entfernungen, wenn ein Standort geschlossen oder eine bestimmte Leistung dort nicht mehr angeboten wird; die Auslastung von Schulen bei maximalen Fahrzeiten; die ÖPNV-Erreichbarkeiten von Arztpraxen, die Einsatzzeiten der Feuerwehr unter bestimmten Randbedingungen oder die Nutzerzahlen von kulturellen Angeboten. Nimmt man Änderungen an den Stellschrauben vor, so ergeben sich neue Bilder und Szenarien. Diese Versachlichung und Veranschaulichung führt zu einer konstruktiven Diskussion über Lösungsstrategien und konkrete Projekte. „Es bleibt festzuhalten, dass die Modellrechnungen, sowohl die Erreichbarkeitsanalysen als auch die Bevölkerungsvorausrechnungen, insbesondere die Visualisierung dieser Ergebnisse, einen erheblichen Mehrwert darstellen und die Sachverhalte kurz, prägnant und übersichtlich dargestellt werden können“, fasst Frederic Wentz als Regionalkoordinator aus der Nordeifel seine Erfahrungen mit dem Prozess zusammen.

Kreativer Dialog und wechselseitiges Lernen

Klare und transparente Strukturen für Prozessplanung und -steuerung sowie für die Entscheidungen sind wichtig, damit die verschiedenen Beteiligten mit ihren Interessen und ihrer Motivation aktiv teilnehmen, die Rollen klar verteilt sind und die Ergebnisse von möglichst vielen akzeptiert werden. Empfehlenswert sind Organisationselemente wie Lenkungsgruppe, Geschäftsstelle, Beirat, thematische Arbeitsgruppen und Bürgerwerkstätten. Fachplaner, Politiker, Träger und Verantwortliche der Daseinsvorsorge arbeiten fachübergreifend an regionalen Handlungsfeldern. Gutachter sind für die Zuarbeit wie Bevölkerungsprognose, Erreichbarkeitsmodellierung, Szenarien, qualitative Bedarfsanalysen und Kostenberechnungen zuständig. Die fach- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit hat einen wichtigen Nebeneffekt: „Überhaupt nicht zu überschätzen ist dabei der Gewinn, der durch fachübergreifende Zusammenarbeit entstand und zu dauerhaft bedeutsamen Netzwerken führte. Oft haben die Fachakteure das erste Mal so zusammengearbeitet“, sagt Tanja Blankenburg vom Regionalen Planungsverband aus der Modellregion Westmecklenburg. Die Regie übernehmen die regionalen Vertreter: Sie müssen kommunizieren, was sie unter welchen Parametern berechnet und dargestellt haben wollen. Und sie müssen die Diskussion führen und die Grundlagen für Weichenstellungen und politische Entscheidungen schaffen. Gegebenenfalls ist auch eine externe Moderation hilfreich.

Ein offener, informeller Prozess

Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge soll kein weiteres Planwerk neben den gesetzlich vorgeschriebenen und stark reglementierten sein, wie dem Schulentwicklungsplan, dem Nahverkehrsplan oder dem Jugendhilfeplan. Vielmehr soll sie Möglichkeiten und Freiräume für Neues und regional Notwendiges schaffen: längeres gemeinsames Lernen oder flexiblere Standards bei den Mindestschülerzahlen, das Festlegen der für eine räumlich ausgewogene Versorgung wichtigen Arztstandorte oder Lösungsvergleiche für den flächenhaften Brandschutz. Manchmal gilt es auch, zunächst ein Problem überhaupt zu erkennen und darauf aufmerksam zu machen. Zudem müssen nicht alle Bereiche auf einmal bearbeitet werden. Sinnvoll ist es, ausgewählte Themen je nach finanziellen, personellen und zeitlichen Möglichkeiten schrittweise zu bearbeiten. Ziel sollte es sein, in jedem behandelten Themenfeld mindestens einen



Darstellung der fußläufigen Erreichbarkeiten von Kindertagesstätten in der Modellregion Nordeifel

Quelle: Kreis Euskirchen und ISB, RWTH Aachen, Auszug aus: StädteRegion Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen (Hrsg.): Regionalstrategie Daseinsvorsorge Region Nordeifel, November 2013

Schritt weiterzukommen. So ist die Regionalstrategie Daseinsvorsorge gute fachliche Regionalentwicklung: An ihrem Ende steht ein integriertes regionales Entwicklungskonzept und damit eine Grundlage für Projektanträge und Förderung.

Beschlussgrundlage für regionales Handeln

Die 21 Modellregionen haben Ende 2013 ihre Strategiediskussion abgeschlossen und die Analysen, regionsspezifischen Lösungsansätze, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zu den Daseinsvorsorgebereichen in Strategie- und Politikpapieren und sachlichen Berichten zusammengefasst. Fast alle Regionen, Landkreise und beteiligten Städte und Gemeinden haben ihre Regionalstrategie Daseinsvorsorge politisch verabschiedet. Auf dieser Grundlage werden, gefördert vom BMVI und einigen Bundesländern, jetzt Pilotprojekte umgesetzt.



Mehr Informationen:

Peter Dehne, Johann Kaether, Anja Neubauer
 Hochschule Neubrandenburg
 Telefon: 0395-56934703
 E-Mail: daseinsvorsorge@hs-nb.de
 www.regionale-daseinsvorsorge.de

Auf Wandel vorbereitet – Dorfumbau in Sachsen

In den ländlichen Räumen des Freistaates Sachsen sind die Auswirkungen des demografischen Wandels sehr deutlich: Von 1990 bis heute stieg das Durchschnittsalter um fast zehn auf 46,4 Jahre an. Und ländliche Siedlungen verloren durchschnittlich 20 Prozent ihrer Einwohner. Mit einem neuen Informationsangebot unterstützt das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft ländliche Akteure dabei, demografiegerechte Entwicklungsstrategien zu entwerfen.

Von Angela Kunz und Christian Rößler

Im Rahmen einer Veranstaltung zur medizinischen Versorgung bezeichnete die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz Christine Clauß die Sachsen als „Alterspioniere in Deutschland“. Prognosen gehen von einer Fortsetzung der demografischen Entwicklungen im Freistaat aus. Insbesondere ländliche Regionen müssen ihre Siedlungs- und Infrastrukturen den Schrumpfungsprozessen anpassen. Ihnen steht eine breite Palette von bewährten Instrumenten zur Verfügung: Umnutzung und Rückbau leer stehender Gebäude, multifunktionale und barrierefreie Gestaltung öffentlicher Plätze oder auch die bedarfsgerechte Dimensionierung von Straßen und Infrastruktur. Eine der großen Herausforderungen des Umbaus ist es, im Zuge des quantitativen Rückbaus und der strukturellen Neuordnung die Qualität der typischen Siedlungsstrukturen zu verbessern und baukulturelle Werte zu bewahren.

Kosten sparen – Funktion erhalten

Wie ein demografiegerechter Dorfumbau aussehen kann, zeigt die Ortsverbindungsstraße zwischen den Dörfern Gahlenz und Görbersdorf. Die in den 70er-Jahren gebaute Straße hat trotz geringer Verkehrsfrequenz regionale Bedeutung: Sie ist wichtig für den Schülerverkehr, für Pendler und wird von landwirtschaftlichen Fahrzeugen genutzt. Mangels eines tragfähigen Unterbaus war sie in den letzten Jahren chronisch reparaturbedürftig. Im Rahmen der Eingemeindung von Gahlenz zur Stadt Oederan wurde der Verbindungsweg instand gesetzt: einspurig, mit zusätzlichen Ausweichstellen versehen und mit einer auf die hohen Lastannahmen für Landmaschinen dimensionier-

ten Trag- und Deckschicht. Zu dieser wirtschaftlichen und flächensparenden Lösung führten Gespräche mit potenziellen Nutzern. Der Straßenrückbau ist eines der Projektbeispiele, die als Steckbriefe in dem neuen sächsischen Internetangebot vorgestellt werden: neben Maßnahmen bei Straßen und Plätzen auch Projekte an Gebäuden sowie zum Umbau der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur.

Dorfumbau braucht ortsspezifische Lösungen

Erstellt hat das Internetangebot „Demografiegerechter Dorfumbau“ das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft. Das Angebot soll sensibilisieren und Anregungen geben, wie ein demografiegerechter Dorfumbau mit Erfolg gestaltet werden kann. Es richtet sich an die lokalen Akteure, die in ländlichen Gemeinden oder auf der Ebene der LEADER-Gebiete tätig sind. Neben den beispielhaften Projektlösungen werden Hintergrundinformationen und Instrumente vorgestellt, beispielsweise ein Musterleistungsbild für einen Dorfumbauplan. Mit dessen Hilfe können Prozesse dargestellt werden, denn ein demografiegerechter Umbau ländlicher Siedlungen verlangt ein hohes Maß an Planung und Kooperation zwischen lokalen Akteuren. Die ländlichen Regionen in Sachsen sollen zukünftig selbst darüber entscheiden können, für welche Projekte sie wie viel Geld zur Verfügung stellen wollen. Als Grundlage ihrer Entscheidung dient die LEADER-Entwicklungsstrategie – der Dorfumbaubedarf kann darin verankert werden.

Demografiegerechter Umbau im privaten Bereich: Modernes Wohnen durch Umnutzung einer Scheune nach dem „Haus im Haus Prinzip“.



Mehr Informationen:

Dr. Angela Kunz
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
Telefon: 0351 26122310
E-Mail: angela.kunz@smul.sachsen.de
www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/dorfumbau



Hilfe, die Schule muss bleiben

Schließt die Schule, stirbt der Ort. Aus dieser Sorge heraus kämpfen Kommunen teils erbittert um ihre Grundschulen. Laut nationalem Bildungsbericht 2014 beträgt der Einzugsbereich einer Grundschule in dünn besiedelten Gegenden im Durchschnitt inzwischen 47 Quadratkilometer gegenüber 5 Quadratkilometern in der Großstadt. Ein Plädoyer für mehr Flexibilität.

Von Mira Futász

Betroffen von den Schließungen sind insbesondere Grundschulen. In Sachsen-Anhalt sind Sechs- bis Zehnjährige vor allem im Winter bis zu anderthalb Stunden unterwegs, bis sie in der Schule ankommen. Zwar ist es Konsens, den Rückzug der Schule auf dem Lande aufzuhalten, es sind aber häufig gegensätzliche Interessen auszugleichen.

Schuldenbremse versus Schulerhalt

Während die Kommunen für den Erhalt der Schulhäuser und die Schülerbeförderung verantwortlich sind, müssen die Bundesländer den Schulbetrieb personell und inhaltlich absichern. Meist gibt das Land im Schulgesetz je nach Schulart Mindestschülerzahlen für Klassen und für Schulen vor. Weiterhin weist es dem Schulbetrieb Lehrerstunden zu, auf deren Basis es Lehrkräfte bereitstellen und bezahlen muss. Je kleiner die Schule, desto größer die Kosten für das Land, denn damit die Schulabschlüsse anerkannt werden, muss das Curriculum gesichert sein. Schulschließungen – insbesondere von kleinen Schulen – haben deshalb finanzpolitisch positive Effekte: Sie entlasten den Landeshaushalt, der in wenigen Jahren der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse genügen muss. Thüringen ist hier einen Schritt weiter: Es hat die Schülermindestzahlen nicht im Schulgesetz verankert, sie werden vom Kultusministerium und kommunalen Verbänden zum jeweils neuen Schuljahr empfohlen. Ein Sockelmodell weist einer Schule je nach Schulart pro Klasse – kombiniert mit einem Faktor pro Schüler – Lehrerstunden zu. „Wichtig ist das klare Bekenntnis der Politik, dass Schulen auf dem Lande gewollt sind und dann auch Geld kosten“, sagt Rolf Busch, Vorsitzender des Thüringer Lehrerverbandes. „Das Sockelmodell darf nicht untergraben werden.“

Lehrermangel ist ein großes Problem

Es ist aber auch der Mangel an Lehrern, der in den meisten Bundesländern den Schulerhalt auf dem Lande erschwert. Für die kommenden zwei Schuljahre dürfen Grundschulen in Sachsen-Anhalt noch mit 60 (ausnahmsweise 52) Schülern und Eingangsklassen ab 15 Schülern geführt werden, ab 2017 steigt die Mindestschülerzahl dann auf 80. Helmut Pastrik, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt dazu: „Der Lehrermangel soll mit Schulschließungen abgedeckt werden.“

Bei drohender Schulschließung halten Bürgermeister und Eltern oft nach freien Trägern Ausschau, für die keine Mindestschülerzahl gilt. In manchen Landkreisen Sachsen-Anhalts wird erwogen, Lehrer kommunal anzustellen, um sie an die örtliche Schule zu binden. Der Lehrermangel auf dem Lande wird aber nicht behoben, in dem der Status der Lehrer, die jetzt Landesbeschäftigte sind, abgesenkt wird.

Sinnvolle Lösungen auf dem Lande

Notwendig ist vielmehr eine engere Zusammenarbeit der Kommunen. Es dürfe kein Problem sein, so Jens Weichert, Vorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes, Kinder auch im benachbarten Schulbezirk anzumelden, wenn dadurch eine Schule überleben könne. „Alle Verantwortlichen müssen sich an einen Tisch setzen“, sagt Helmut Pastrik. „Schulverbände sind ein Schritt hin zu Bildungsregionen.“ Nordrhein-Westfalen präferiert solche Schulverbände bereits. VBE-Landesvorsitzender Udo Beckmann wirbt für flexible Lösungen vor Ort. „Wünschenswert sind kleine eigenständige Schulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht. Bei Dependancen muss aber ein zweiter Konrektor her.“ Bundesweit werden kleine Grundschulen nämlich von nur einer Person geleitet, der bei voller Unterrichtsverpflichtung keine Leitungsstunden zustehen. Deshalb sind die Stellen schwer zu besetzen. Auch das gefährdet den Bestand der Schule. Doch auch auf dem Land haben Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf gute Schulen, die erreichbar sind.



Mehr Informationen:

Mira Futász
Verband Bildung und Erziehung e.V.
Telefon: 030 7261966-17
E-Mail: presse@vbe.de
www.vbe.de

Interkommunale Zusammenarbeit erhält Infrastrukturen

Steigende Infrastrukturkosten je Einwohner stellen schrumpfende Kommunen vor große Herausforderungen. Die interkommunale Zusammenarbeit kann diese Probleme entschärfen. Das Bundesland Hessen nimmt hier eine Vorreiterrolle ein und blickt auf eine langjährige Förderpolitik in diesem Bereich zurück.

Von Claus Spandau

Im Bundesland Hessen hat die interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) eine lange Tradition. Rechtliche Grundlage hierfür ist das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit in Hessen in seiner Ursprungsfassung vom Dezember 1969. Dabei hat sie sich über Jahrzehnte hinweg nahezu ausschließlich auf die Abwasserbeseitigung und -reinigung, die Trinkwasserversorgung, die Unterhaltung von Wasserläufen sowie die Überwachung des fließenden Verkehrs beschränkt. In anderen Bereichen spielte die IKZ bis weit in das neue Jahrtausend hinein kaum eine Rolle.

Kommunen unter Druck

Durch den demografischen Wandel, die Krise der Staats- und insbesondere der Kommunalfinanzen sowie die gegenseitige Konkurrenz der Regionen zueinander kamen – deutlich verstärkt in den letzten rund zehn Jahren – auf die Kommunen neue Herausforderungen zu: Ihre Haushalte befinden sich spätestens seit den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts nicht mehr in der Balance. Die Ausgaben überstiegen in dieser Zeit die Einnahmen teilweise deutlich – nur wenige Kommunen hatten noch ausgeglichene Haushalte. Diese Tendenz hat sich seit Beginn dieses Jahrtausends verschärft, die Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 hat die Verschuldung der Kommunen in nie gekannte Höhen geführt. Zudem hat der demografische Wandel insbesondere die Kommunen in ländlichen Räumen vor gravierende, stetig zunehmende Probleme gestellt.

Dabei stehen viele Kommunen erst am Beginn dieser Probleme: Eine abnehmende Bevölkerung – insbesondere der jüngeren Generation – bedeutet für die betroffenen Kommunen sinkende Einnahmen. Die direkten wie indirekten Steuereinnahmen durch ihre Bürger sinken durch abnehmende Anteile an den Lohn- und Einkommenssteuern, zudem bedeuten weniger Einwohner geringere Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich sowie sinkende Grundsteuereinnahmen.

Das Infrastruktur-Dilemma

Gleichzeitig müssen diese Kommunen aber eine Infrastruktur aufrechterhalten, die in den zurückliegenden Jahrzehnten für eine deutlich größere Einwohnerzahl und häufig sogar auf einen Zuwachs an Einwohnern ausgelegt war. Dieses betrifft Einrichtungen der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung sowie Bürgerhäuser, Kindergärten oder Schwimmbäder. Besonders schwierig macht den Prozess, dass sich Infrastruktureinrichtungen einerseits nur sehr selten zurückbauen lassen und andererseits sehr hohe fixe Kosten in Form von Abschreibungen sowie Kapitalkosten verursachen. Folglich werden bei stark abnehmender Bevölkerung Kommunen zwangsläufig nicht mehr alle Dienstleistungsangebote aufrechterhalten können. Hier bietet die Kooperation mit anderen Kommunen Potenziale zum Gegensteuern.

- Ob Breitbandausbau oder ärztliche Versorgung – in Hessen gibt es viele erfolgreiche Beispiele für interkommunale Kooperationen zur Aufrechterhaltung oder Neugestaltung von Infrastruktur.



Bild: © Tom-Hanisich / Fotolia



Hessen als Vorreiter

Durch die IKZ können Kommunen im demografischen Wandel Infrastrukturen und Dienstleistungsangebote wirtschaftlich effizienter weiterführen, ihren Verwaltungsaufwand reduzieren sowie die Auslastung beziehungsweise Leistung der Verwaltungen verbessern. Im Jahre 2004 trat deshalb ein erstes Förderprogramm des Landes Hessen in Kraft, welches mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt war und die Bezeichnung „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Bildung von gemeinsamen kommunalen Dienstleistungszentren“ bekam.

Dieses bundesweit einmalige Förderprogramm wurde 2008 und 2011 umfassend und sehr kommunalfreundlich novelliert. In den zurückliegenden Jahren waren vorrangig die Kernbereiche der Kommunalverwaltungen, wie das Haushalts- und Kassenwesen, die Standesämter, die Personalangelegenheiten, das Ordnungswesen oder die Bauverwaltung und die Bauhöfe, Gegenstand von Kooperationen.

Vielfältige Kooperationsmöglichkeiten

In jüngster Zeit kooperieren die Kommunen auch bei Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien wie Solarparks oder Windkraftanlagen. Im Sommer 2014 wurde im Landkreis Marburg-Biedenkopf zudem erstmals ein regionales Gesundheitszentrum zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum gefördert. Ein weiteres wird in Kürze im Odenwaldkreis folgen. Seit wenigen Jahren kooperieren viele Ortsteile innerhalb einer Gemeinde durch die Zusammenlegung von Ortsteil-Feuerwehren. Damit werden der finanzielle Druck durch unzureichende, veraltete Feuerwehrgerätehäuser und die zu geringe Anzahl von Einsatzkräften kompensiert.

Auch die Versorgung der Bevölkerung mit schnellen Internetverbindungen des NGA-Standards wird gefördert. Diese erfolgt in Nordhessen sogar in einem Cluster, das fünf Landkreise und ihre Kommunen umfasst. In der Regel werden besondere Gesellschaften gegründet, die die Breitbandversorgung umsetzen sollen, sei es über einen ausschließlichen finanziellen Beitrag des Landkreises oder der beteiligten Kommunen wie auch über Mischfinanzierungsmodelle von Kreis und Kommunen.

Die hessische Landesregierung fördert alle diese Maßnahmen, in der Regel mit bis zu 100 000 Euro je Einzelprojekt. Das Förderprogramm der IKZ benennt dabei ganz ausdrücklich Kooperationen zur Bewältigung des demografischen Wandels als förderfähig. Die Kommunen nehmen diese Fördermöglichkeit immer stärker in Anspruch: Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2014 wurden rund 1,7 Millionen Euro für IKZ-Projekte bewilligt.

Mit Widerständen rechnen

Die Vorteile interkommunaler Zusammenarbeit sind bei allen Akteuren, insbesondere den Kommunalpolitikern, völlig unumstritten. Kosteneinsparungen sowie Qualitätssteigerungen der Dienstleistungen sind für jedermann erstrebenswert. Erst bei näherer Befassung stoßen die Politiker auf vermeintliche Probleme und Hemmnisse. Anders geartete Interessen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen führen häufig zu kontroversen Diskussionen in den Kommunen. Kommunalpolitiker befürchten häufig, Zuständigkeiten abgeben zu müssen. Und das berühmte Kirchturmdenken, alle kommunalen Dienstleistungsangebote müssten vor Ort in der eigenen Verwaltung vorgehalten werden, sorgt für deutliche Vorbehalte. Verwaltungsmitarbeiter befürchten hingegen Veränderungen bei bisherigen Abläufen und Organisationsformen, haben aber auch grundsätzliche Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Es ist deshalb für den IKZ-Verantwortlichen wichtig, sich bereits vor Beginn des Prozesses auf diese Widerstände vorzubereiten und sich mit Elan, dem nötigen hohen Zeitkontingent und einer breiten Unterstützung aus Bürgerschaft, Politik und Mitarbeitern dem Aufbau der IKZ zu widmen.

Das Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit

Das Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ) wurde im November 2009 durch das Hessische Innenministerium und den Hessischen Städte- und Gemeindebund, den Hessischen Städtetag und den Hessischen Landkreistag gegründet. Das mit Landesmitteln ausgestattete KIKZ ist gegenwärtig organisatorisch an die Kommunalabteilung des Innenministeriums angegliedert. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

- die strategische und inhaltliche Arbeit zur IKZ in Hessen,
- die Beratung hessischer Kommunen in allen Fragen der IKZ,
- die Organisation von Fachtagungen für Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter sowie von Informationsveranstaltungen insbesondere zur Einbindung der Bürger und der kommunalpolitischen Gremien,
- die Bereitstellung von Informationsmaterial über Grundlagen und Möglichkeiten der IKZ und
- die Erstellung von Broschüren, Leitfäden und Publikationen.

Das Kompetenzzentrum sieht sich als Partner und Dienstleister der Kommunen und möchte diese auf ihrem Weg zur IKZ mit Rat und Tat begleiten. Dabei nutzt und vermittelt es auch Erfahrungen und Vorarbeiten anderer Kommunen. Alle Leistungen des KIKZ sind für die Kommunen kostenfrei.



Mehr Informationen:

Claus Spandau
Geschäftsführer des Kompetenzzentrums
für Interkommunale Zusammenarbeit
Telefon: 0152 29555590 oder 0611 353-1529
E-Mail: c.spandau@ikz-hessen.de
www.ikz-hessen.de



Mobilität neu denken



Bild: © Kompetenzzentrum ländliche Mobilität Wismar



Bild: © Kompetenzzentrum ländliche Mobilität Wismar

↑ Mit der inmod-card können Elektrofahräder an den inmod-Boxen (siehe Bild rechts) entliehen und wieder eingestellt werden.

Das Projekt „inmod“ des Kompetenzzentrums ländliche Mobilität in Wismar will in verschiedenen Modellregionen in Mecklenburg-Vorpommern den von Schrumpfungsprozessen gezeichneten ländlichen Raum revitalisieren. Hoch getaktete Linienverkehre werden dafür auf den Magistralen mit individuellen Zubringerdiensten aus den jeweiligen Gemeinden kombiniert.

Von Solvejg Jenssen, Caterina Kaup und Henry Lewerentz

Der demografische Wandel schreitet im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns in besonderer Schärfe voran: Aufgrund von Geburtenrückgängen und negativen Wanderungssalden sinken seit Jahren die Bevölkerungszahlen. Gleichzeitig zeigen sich starke Überalterungseffekte in der Bevölkerungsstruktur. Die Folge und der Anfang einer Abwärtsspirale sind die Schließung von Infrastruktureinrichtungen sowie deren Konzentration auf die zentralen Orte.

Mobilität bedeutet Lebensqualität

Der herkömmliche öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kann nicht mehr kostendeckend betrieben werden. Das Liniennetz wird ausgedünnt, Haltestellen werden gestrichen und die Taktungszeiten reduziert. Selbst der bislang regelmäßig verkehrende Schülerverkehr ist durch die sich verändernde Altersstruktur infrage gestellt. Die Wege zum Arbeitsort oder zu Freizeit- und Kultureinrichtungen werden länger, während die Anbindung durch den ÖPNV schlechter wird. Schließlich sind die Bewohner für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vom motorisierten Individualverkehr abhängig, denn der ÖPNV stellt in seiner aktuellen Form keine attraktive Alternative mehr dar. Gelingt es, in diesem durch vielschichtige Schrumpfungsprozesse geschwächten ländlichen Raum intelligente und flexible Mobilitätskonzepte umzusetzen, können für die verbliebene Bevölkerung nachhaltig tragfähige Lebensbedingungen geschaffen werden.

Mehr Flexibilität ist gefragt

Dies gelingt nur, wenn überholte und nicht mehr anwendbare Mobilitätsformen überwunden werden. Eine Abkehr vom Linienverkehr ist in vielen Regionen seit Jahren gängige Praxis und kann eine Chance zur Revitalisierung des ländlichen Raums sein. Gefragt sind Mobilitätskonzepte, die allen Beteiligten größtmögliche Flexibilität bieten und im Flächenverkehr Bestand haben können. Wichtig ist vor allem, dass sie die Erreichbarkeit der zentralen Orte gewährleisten. Insbesondere die peripheren und häufig strukturschwachen ländlichen Regionen weisen auf Gemeindeebene ganz unterschiedliche Bedürfnisse auf, an denen sich die Umsetzung eines konkurrenzfähigen ÖPNV im Einzelfall orientieren muss. So hat beispielsweise jede Gemeinde eine andere Infrastruktur, Bevölkerungszusammensetzung oder Durchschnittseinkommen.



Bild: © Kompetenzzentrum ländliche Mobilität Wismar

Das System: schnelle Busse und individuelle Zubringer

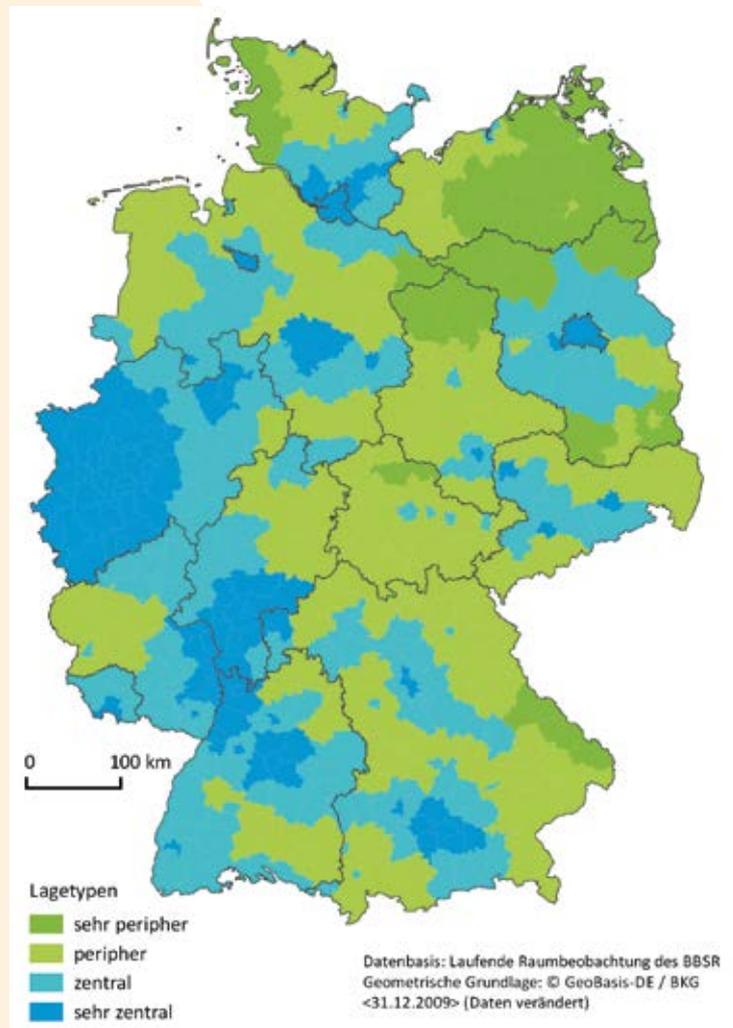
Seit dem Sommer 2012 testet das Forschungsprojekt „inmod“ in vier Projektregionen in Mecklenburg-Vorpommern die praktische Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte. inmod definiert eine neue Philosophie des ÖPNV und postuliert ein multimodales und dezentrales System für den strukturschwachen ländlichen Raum. Es setzt sich zusammen aus schnellem Busverkehr und integrierten Zubringern. In den Untersuchungsgebieten wurden auf der kürzesten Strecke zwischen Grund- oder Mittelzentren Buslinien neu aufgebaut beziehungsweise die Taktung einer bestehenden Linie weiter verstärkt. Zudem fahren die im Rahmen des Projektes eingesetzten Elektro- und Hybridbusse nicht mehr in die abgelegenen Ortschaften, dadurch werden sie effizienter, zeit- und kostensparend und schonen die Umwelt. Um Bewohner und Besucher der peripheren Orte im Umkreis von bis zu acht Kilometern an den Bus anzubinden, wurden Elektrofahrradgaragen (inmod-Boxen) in den Orten und an den Bushaltestellen aufgestellt. Fahrgäste können mittels einer persönlichen inmod-card ein Elektrofahrrad (Pedelec) entnehmen und damit zur nächsten Bushaltestelle fahren. Dort stellen sie das Rad bis zur Rückfahrt in eine inmod-Box und fahren mit dem Bus weiter. Die Sicherung in Einstellboxen ist jedoch aufwendig und kostenintensiv und die Nutzung nicht barrierefrei. Alternative Beispiele für Zubringer reichen vom Carsharing über Bürgerbus- und private Mitnahmesysteme bis hin zu Anrufbussen und Sammeltaxen. Die Praxis in den Projektregionen zeigt, dass sich der Zuspruch der Nutzer mit der Laufzeit des Projektes erhöht. Wichtig für die Steigerung der Anwenderzahlen sind neben der Information und Motivation der potenziellen Nutzer die Verlässlichkeit des Angebots und die öffentliche Sichtbarkeit.

Gesetzeslage bremst Umsetzung in der Praxis

Das inmod-Prinzip kombiniert eine in herkömmlicher ÖPNV-Aufgabenträgerschaft betriebene Linienbedienung und einen Zubringerdienst in Organisationsgewalt der jeweiligen Gemeinde. Diese Kombination birgt aber einige rechtliche Schwierigkeiten. Ziel ist es, nicht nur den Linienbetrieb, sondern auch die Zubringerdienste als ÖPNV gemäß § 8 Abs. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) zu definieren. Nur so können ein einheitliches Ticketsystem entwickelt und die Zubringerdienste über Mittel des Aufgabenträgers – in Mecklenburg-Vorpommern sind dies die Landkreise – kofinanziert werden. Bei Bürgerbussen, die einen regelmäßigen Fahrplan aufweisen, festgelegte Strecken befahren und keine zeitlichen und örtlichen Änderungen aufgrund von Fahrgastwünschen zulassen, ist das problemlos möglich. Anders ist es bei flexiblen Bedienformen wie Anrufbus und Sammeltaxi. Hier sind Haltestellen und Abfahrtszeiten variabel, was der strengen Definition des Linienverkehrs im ÖPNV nicht genügt. Einen Ausweg kann der § 2 Abs. 6 PBefG bieten, der Verkehre als ÖPNV genehmigungsfähig erklärt, die zwar nicht alle, aber die wesentlichen in § 8 Abs. 1 PBefG geforderten Merkmale des Linienverkehrs erfüllen. Es handelt sich hierbei jedoch um eine Ausnahmeregelung, deren Anwendung im Ermessen der Genehmigungsbehörde liegt und damit keine Rechts- und Planungssicherheit für die Beteiligten bietet. Vielerorts wird diese Ausnahmeregelung bereits auf flexible Bedienformen angewandt. Viele Verkehrsformen weichen jedoch in ihren Merkmalen so stark von den geforderten ab, dass sie unter den bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht als ÖPNV umsetzbar sind. Bei privaten Mitnahmesystemen, Carsharing- sowie Fahrrad- und Pedelecverleihstationen sind beispielsweise verlässliche Fahrzeiten und die Bindung an eine feste Fahrtroute kaum zu realisieren und unvereinbar mit der gewollten Flexibilität dieser Bedienformen. Im Rahmen von „inmod“ sind diese Zubringer nur deshalb als ÖPNV umsetzbar, weil es sich hier um ein Modellprojekt handelt.

Für eine nachhaltige und zukunftsweisende Mobilität im strukturschwachen ländlichen Raum ist somit langfristig eine Neugestaltung der begrifflichen und systemischen Voraussetzungen im ÖPNV uner-

lässlich. Beispielsweise müsste der Typenzwang gelockert werden, nach dem bisher nur die Personenbeförderung mit Straßenbahnen, Oberleitungsbusen oder Kraftfahrzeugen als Linienverkehr gilt.



Quelle: Klärle GmbH, Weikersheim

Das Projekt „inmod“

Das Forschungsprojekt wird im Rahmen der Modellregionen Elektromobilität vom 01.11.2011 bis 31.03.2015 durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern gefördert. Die Modellregionen Elektromobilität werden von der Nationalen Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) koordiniert. Initiiert und umgesetzt wurde das Projekt durch das Kompetenzzentrum ländliche Mobilität an der Hochschule Wismar mit Unterstützung von lokalen Partnern. Ziel des Projektes ist die Untersuchung von Modellen, die in der Lage sind, den in ländlichen Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen kaum mehr existenten ÖPNV zu revitalisieren.



Mehr Informationen:

Caterina Kaup
Hochschule Wismar
Kompetenzzentrum ländliche Mobilität
Telefon: 03841 3031858
E-Mail: caterina.kaup@hs-wismar.de





Gemeinde sucht Arzt

Das einst so dichte Netz an Hausarztpraxen auf dem Land wird lückenhafter. In den schleswig-holsteinischen Gemeinden Büsum und Lunden sollen deshalb erstmals jüngere Hausärzte in gemeindeeigenen Praxen als Angestellte ohne eigenes wirtschaftliches Risiko und im Team mit weiteren Hausärzten arbeiten können. Dieses Modell ist bundesweit ohne Vorbild.

Von Delf Kröger

Nicht nur immer weniger jüngere Ärzte wollen aufs Land, sie scheuen auch zunehmend das Risiko einer eigenen Praxis. Lieber arbeiten sie als angestellter Arzt, zunehmend auch in Teilzeit. Außerdem wünschen sie sich die gemeinsame Arbeit mit Kollegen. Hier passen Angebot und Nachfrage nicht zusammen: Üblicherweise suchen Dörfer einen Arzt für eine klassische Einzelpraxis.

Neues Modell soll junge Ärzte locken

Nachwuchsmediziner werden gerade im ländlichen Raum händeringend gesucht, denn insbesondere hier gehen in den nächsten Jahren viele Ärzte in den Ruhestand. Immerhin 45 Prozent der in Dithmarschen aktiven Hausärzte sind bereits 60 Jahre oder älter. Die Gemeinden Büsum und Lunden in Dithmarschen wollen deshalb dem ärztlichen Nachwuchs mit neuen Angeboten die Entscheidung für das Leben und Arbeiten auf dem Land erleichtern. Sie sollen künftig in gemeindeeigenen Praxen angestellt werden. Damit können sie ohne eigenes wirtschaftliches Risiko und im Team mit weiteren Hausärzten arbeiten. Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) unterstützt diese Pilotprojekte.

Die Kommunen nutzen dabei eine gesetzliche Regelung, die erst 2012 mit dem Versorgungsstrukturgesetz geschaffen wurde. Sie räumt Gemeinden ein, „mit Zustimmung der Kassenärztlichen Vereinigung in begründeten Ausnahmefällen eigene Einrichtungen zur unmittelbaren

medizinischen Versorgung der Versicherten“ zu betreiben. Mit der Initiative aus Dithmarschen wird dieser Paragraph 105 des Sozialgesetzbuches V erstmals mit Leben erfüllt.

Die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung

Die Gemeinden werden Betreiber der neuen Einrichtungen sein und auch das wirtschaftliche Risiko des Praxisbetriebs tragen. Die KVSH wird die Projekte aber finanziell unterstützen. Vorgesehen ist eine För-



derung der Gemeinden bei der Planung der künftigen Eigeneinrichtungen, aber auch bei der Umsetzung der Planungen. Jeder Förderzusage wird eine Einzelfallprüfung vorausgehen.

Neben den Gemeinden und der KVSH sind auch die Westküstenkliniken (WKK) und die Ärztegenossenschaft Nord mit an Bord. Die Ärztegenossenschaft bietet den Gemeinden, wenn sie es wünschen, eine Unterstützung bei all den praktischen und organisatorischen Fragen an, die es bei der Vorbereitung einer kommunalen Arztpraxis zu klären gilt: vom Personalmanagement bis zur Hilfe bei der Gestaltung von Arbeitsverträgen.

Eine besondere Rolle spielen die WKK: Dank des Engagements der Klinik gibt es in Dithmarschen, was in ländlichen Regionen vielfach fehlt: junge Ärztinnen und Ärzte mit dem Berufsziel Hausarzt. Elf Nachwuchsärzte absolvieren derzeit im Krankenhaus und in Dithmarscher Praxen ihre Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin. Die Gemeindepraxen sollen auch ein Beitrag sein, dem hausärztlichen Nachwuchs, der sich für eine Weiterbildung an der Nordsee entschieden hat, nach der Facharztprüfung eine Perspektive in der Region zu bieten.

Verhältnis von Freiberuflichkeit und Gemeindepraxen

Werden künftig landesweit Landarztpraxen zugunsten von gemeindeeigenen Hausarztzentren verschwinden? Für die KVSH steht dies nicht auf der Tagesordnung. Im Gegenteil: Vorrang haben immer freiberufliche Lösungen aus der Mitte der Ärzteschaft. Ein Blick auf die sich wandelnde ambulante Versorgung in Schleswig-Holstein zeigt, wie an vielen Orten Ärzte engagiert die Versorgung mitgestalten: Sie gründen medizinische Versorgungszentren (MVZ), sie bilden überörtliche Berufsausübungsgemeinschaften oder sie eröffnen Zweigpraxen. Auch in den freiberuflichen Praxen und von Ärzten gegründeten MVZ arbeiten zudem immer mehr Ärzte im Angestelltenverhältnis. Und auch die Einzelpraxis kann nach wie vor das Modell sein, das den eigenen Vorstellungen von der Ausübung des Arztberufs am besten entspricht.

Insofern gilt für jede künftige Gemeindepraxis, was im Gesetz formuliert ist: Sie ist ein Weg in „begründeten Ausnahmefällen“, in denen ohne diese Alternative die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in einer Kommune akut gefährdet wäre. Nach Schätzungen der KVSH ist das Modell allenfalls an acht bis neun Standorten im Land eine Option.

Weg zurück in die Selbstständigkeit bleibt offen

Ein weiterer Punkt war für die KVSH in den Gesprächen mit den Gemeinden wichtig: Wer sich für eine Mitarbeit in einer Gemeindepraxis

entscheidet, behält dauerhaft die Option, in die Freiberuflichkeit zu wechseln. Dies ist eine Bedingung der KVSH gewesen, ohne die es kein positives Votum zu den geplanten kommunalen Eigeneinrichtungen gegeben hätte.

Start in zwei Jahren angestrebt

Erste formale Hürden hat das Vorhaben im Februar und März genommen. Die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung der KVSH haben mit großer Mehrheit zugestimmt, finanzielle Fördermöglichkeiten in ihr Sicherstellungsstatut aufzunehmen. Und auch die Gemeinden haben ihre Hausaufgaben gemacht: Die Gemeindevertretungen in Büsum und Linden gaben grünes Licht, in konkrete Planungen einzusteigen. Den Beschlüssen folgen die Mühen der Ebene: Businesspläne und Machbarkeitsstudien sowie die Klärung etlicher rechtlicher Einzelfragen werden in den nächsten Monaten auf der Tagesordnung stehen. Beispielsweise geht es um die Fragen, welche baulichen Lösungen gebraucht werden und unter welchen Bedingungen die Ärzte auf ihre kassenärztliche Zulassung zum Zwecke der Anstellung verzichten. Erst wenn diese Arbeit beendet ist, wird es für die Kommunen zum Schwur kommen. Dann müssen sie eine endgültige Entscheidung treffen, ob sie eine hausärztliche Eigeneinrichtung gründen wollen. Geht alles glatt, könnten in spätestens zwei Jahren die ersten Patienten in den neuen Gemeindepraxen behandelt werden.

Die Fördermöglichkeiten der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein

Die KVSH sieht je Eigeneinrichtung folgende Unterstützungen für Gemeinden vor:

- bis zu 30 000 Euro für die Ausführungsplanung,
- bis zu 40 000 Euro pro in der Eigeneinrichtung geplanter Arztstelle.

Darüber hinaus stehen allen Gemeindepraxen-Projekten weitere Mittel in Höhe von 250 000 Euro aus einem Fonds zur Verfügung. Diesen Fond hat die KVSH eingerichtet, um Kommunen bei der Planung von Eigeneinrichtungen zu unterstützen.

Des Weiteren fördert die KVSH mit bis zu 40 000 Euro Ärzte, die zwar selbstständig bleiben wollen, ihre Praxis aber in eine geplante kommunale Eigeneinrichtung verlegen und mit dieser eine Praxisgemeinschaft bilden. Voraussetzung ist dafür zunächst eine bestehende Eigeneinrichtung, an der Ärzte angestellt sind.

Die KVSH reserviert 30 000 Euro pro Arztstelle, die in der Eigeneinrichtung als Angestelltenstellen vorhanden sind. Diese Mittel stehen für die Förderung von Ärzten aus kommunalen Eigeneinrichtungen zur Verfügung, die sich im Laufe der Zeit dafür entscheiden, aus der Anstellung in eine selbstständige Tätigkeit im Rahmen der Zulassung wechseln zu wollen und womöglich die Eigeneinrichtung übernehmen möchten. Hierdurch soll die Umwandlung von Anstellungen in Zulassungen beziehungsweise die Freiberuflichkeit gefördert werden. Die KVSH wird ihre Zustimmung zum Betrieb einer Eigeneinrichtung regelmäßig damit verknüpfen, dass die Gemeinde der Umwandlung auf Wunsch des angestellten Arztes zustimmt.

Mehr Informationen:

Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein
 Telefon: 04551 8830
 E-Mail: service@kvsh.de



Rückbau rettet den Ortskern



Bild: © Klärle GmbH, Weikersheim



Bild: © Klärle GmbH, Weikersheim

^ Freifläche im Ortskern von Heckfeld vor (links) und nach (rechts) der Gestaltung im Rahmen des Modellprojektes MELAP PLUS.

Der demografische Wandel und die wirtschaftliche Attraktivität der Ballungsräume führen zu starken Veränderungen in den Dörfern, auch in wirtschaftlich starken Regionen wie Baden-Württemberg. Das Modellprojekt MELAP PLUS in Heckfeld zeigt, wie trotz schlechter Bausubstanz, sehr viel Leerstand und mangelhafter Infrastruktur ein für alle Generationen lebenswerter Ortskern entstehen kann.

Von Martina Klärle, Ute Langendörfer und Cornelia Pfeuffer

Der vom Statistischen Bundesamt bundesweit prognostizierte Einwohnerrückgang von circa 14 Prozent bis 2060 sowie die prozentuale Zunahme der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung werden die kleinen Orte besonders hart treffen. Heute schon haben vor allem die Dörfer mit weniger als 1000 Einwohnern mit leer stehenden, oftmals baufälligen Häusern in den Ortskernen zu kämpfen. Wenn gebaut wird, dann lieber auf der „grünen Wiese“, denn da gibt es genügend Platz und ein Neubau ist billiger als die Sanierung alter Häuser, so die Meinung vieler Bauwilliger. Häufig werden die Dörfer durch Neubaugebiete überprägt. Die gewachsenen Strukturen – Wegführungen, Parzellierungen und Landschaftsbezüge – werden zerstört. Nicht nur die Begrenztheit der Ressource Boden zwingt also zum Handeln. Die Dorfkerne müssen belebt und gestärkt werden. Dafür ist es wichtig, anhand von guten Beispielen zu zeigen, wie attraktiv die Wahrung der Baukultur im Ortskern sein kann.

Der Ort Heckfeld in MELAP PLUS

Auch in Heckfeld hat die Einwohnerzahl seit der Jahrtausendwende stetig abgenommen. Der Ortsteil von Lauda-Königshofen liegt im Main-Tauber-Kreis, dem nördlichsten Landkreis Baden-Württembergs. Es ist einer der 13 Modellorte im Rahmen des Modellprojektes MELAP PLUS (siehe Kasten). Die Ausgangssituation in Heckfeld war schwierig: Im historischen Ortskern sowie in den zwischen 1970 und 1990 entstandenen Neubaugebieten leben weniger als 500 Einwohner.

Im extrem dicht bebauten Ortskern befinden sich viele leer stehende Gebäude, oft mit schlechter Bausubstanz, hinzu kommen mangelnde Infrastruktur und kaum Freiräume. Deshalb haben die Stadtverwaltung Lauda-Königshofen und die Klärle Gesellschaft für Landmanagement und Umwelt mbH im Rahmen von MELAP PLUS die Förderrichtlinien für Heckfeld – basierend auf der aktuellen Richtlinie des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum – weiterentwickelt und auf den Modellort zugeschnitten.

Förderfähig sind nur Maßnahmen innerhalb der historischen Ortslage. So kann auch der Abbruch von Gebäuden gefördert werden, wenn die entstehende Freifläche entweder zu einer Verbesserung des Wohnumfelds führt oder eine Wohnimmobilie auf dieser Fläche neu gebaut wird. Kommunale Maßnahmen können mit bis zu 80 Prozent bezuschusst werden. Für ein Wohnbauvorhaben, zum Beispiel die Umnutzung einer Scheune, ist ein einmaliger Zuschuss von bis zu 54.000 Euro möglich.

Neue Freiräume erhöhen Lebensqualität im Ort

Durch die breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit und eine frühzeitige Einbindung der Bürger konnten in Heckfeld 16 über den Ort verteilte Projekte angestoßen werden. Diese umfassen eine große Bandbreite an Innenentwicklungsmaßnahmen: Umnutzung, Sanierung, Rückbau mit Freiflächengestaltung, Modernisierung und Neubau nach Abbruch. Dabei kam dem Rückbau in Heckfeld im Vergleich zu anderen MELAP-



Das Modellprojekt MELAP PLUS

Das „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials“ (MELAP PLUS) ist ein Modellvorhaben des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) zur Stärkung der Innenentwicklung von Gemeinden im ländlichen Raum. MELAP PLUS setzt im Förderzeitraum 2010 bis 2015 den erfolgreichen Ansatz von MELAP (2003 bis 2008) fort. Es wird im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) vom MLR umgesetzt. Das ELR zählt zu den wichtigsten Instrumenten des Landes, um die integrierte Strukturentwicklung der Gemeinden insgesamt zu unterstützen. Aus 47 Bewerbern wurden 14 Modellprojekte in 13 Modellorten ausgewählt, um am Projekt teilzunehmen.

Die Modellorte sollen im Förderzeitraum Strategien entwickeln, um

- den Ortskern durch Leerstands- und Brachflächenmanagement qualitativ zu verbessern und zu beleben,
- durch Rückbau, Bodenordnung und gestalterische Maßnahmen Freiräume zu schaffen,
- die Bausubstanz durch Umnutzung, Umbau und Modernisierung aufzuwerten,
- die Identifikation der Bewohner mit ihrem Ort und die Bindung junger Familien zu stärken.

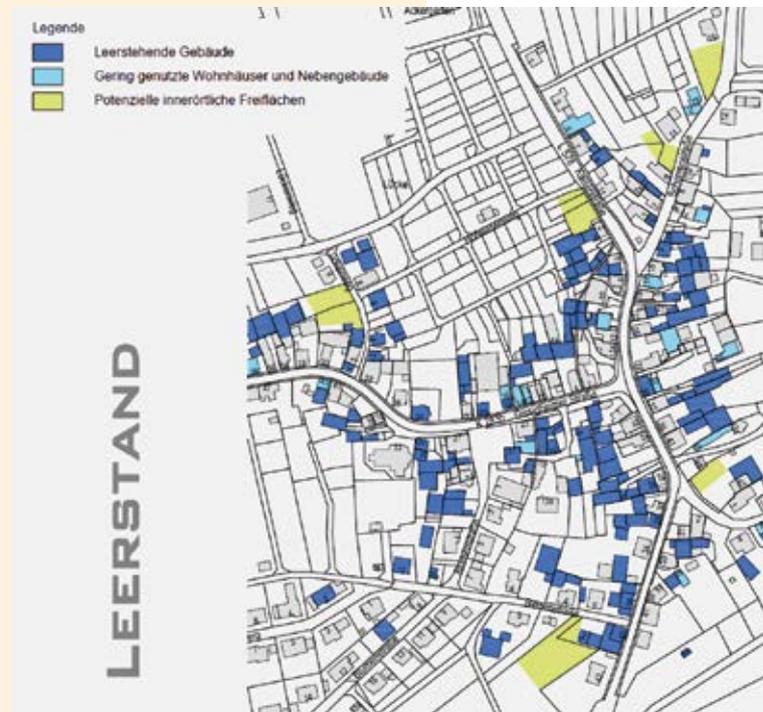
Auf der Videoplattform www.youtube.com zeigt ein etwa siebenminütiger Film das Projekt.

<http://youtu.be/B-cZk-VPMIE>

Modellprojekten eine besondere Rolle zu: 30 Prozent der geförderten Projekte waren Rückbaumaßnahmen mit Freiflächengestaltung, die im Ortskern neue Freiräume schufen. Besonders die junge Generation hat sich offensichtlich angesprochen gefühlt: 12 der 16 Maßnahmen haben junge Menschen umgesetzt, die sich der Gemeinde verbunden fühlen, aber einen Wegzug in Erwägung gezogen hatten beziehungsweise nach einem Wegzug sogar zurückgekehrt waren. Neben den privaten Baumaßnahmen werden auch öffentliche Maßnahmen unterstützt. So hat beispielsweise die Lebenshilfe des Main-Tauber-Kreises die Möglichkeit genutzt, eine leer stehende landwirtschaftliche Hofstelle in ein Multifunktionshaus umzubauen, eine Begegnungsstätte für Menschen mit Behinderung. Der Zusammenhalt und das bürgerliche Engagement werden besonders gut in der Ortsmitte sichtbar: Ein attraktiver Kommunikationsplatz für Jung und Alt konnte hier gemeinsam gestaltet werden. Die Stadtverwaltung und die Klärle GmbH haben die Einzelmaßnahmen intensiv betreut.

Erfolg durch Beteiligung und Flexibilität

Entscheidend für den Erfolg von MELAP PLUS in Heckfeld waren die frühe Einbindung der Bürger mit vielen Einzelgesprächen, die flexible Auslegung der Förderinhalte und der intensiv begleitete Planungsprozess. So konnte vor allem auch durch Rückbaumaßnahmen eine für alle Generationen neue Lebensqualität im Ortskern erreicht werden. Das vielseitige bürgerschaftliche Engagement überzeugte auch den baden-württembergischen Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde bei seinem Besuch im Sommer 2012: „Das wirklich Spannende ist, dass hier ein ganzer Ort dieses Projekt mit lebt. Man sieht, das ist nicht nur ein Einzelprojekt, sondern ein Projekt, das eine ganze Dorfgemeinschaft trägt.“ Der Erfolg des Modellprojektes im Ortsteil Heckfeld strahlt aus: Die Stadt Lauda-Königshofen hat nun auch für die anderen Stadtteile Fördergelder für Innenentwicklungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.



Mehr Informationen:

Prof. Dr. Martina Klärle

Cornelia Pfeuffer

Klärle Gesellschaft für Landmanagement und Umwelt mbH

Telefon: 07934 992880

E-Mail: klaerle@klaerle.de, pfeuffer@klaerle.de

www.melap-plus.de





Delikatessen vom Ziegenhof

Der Ziegenhof Scholl im fränkischen Leutershausen vermarktet Käse und Zickleinfleisch über den eigenen Hofladen. Dunja und Till Scholl stellen die Wertschätzung gegenüber ihren Tieren und das Denken in möglichst geschlossenen, regionalen Kreisläufen ins Zentrum ihres Handelns.

Von Bettina Rocha

„Käse ohne Fleisch geht nicht, das gehört zusammen“, erklärt Dunja Scholl. „Wenn ich das eine erzeuge, muss ich mir auch über das andere Gedanken machen.“ Melkt man Tiere, kann man Milchprodukte herstellen. Damit Tiere Milch geben, müssen sie Junge bekommen. Für den Verbleib der männlichen Tiere, aber auch der weiblichen, die für die Nachzucht nicht benötigt werden, haben Dunja und Till Scholl einen Weg gewählt, der für sie ethisch vertretbar ist und gleichzeitig zum Betriebseinkommen beiträgt. Etwa zwei Drittel des Umsatzes stammen aus dem Verkauf des Ziegenkäses, etwa ein Viertel aus dem Verkauf des Zickleinfleisches. Fleisch und Käse werden zu 80 bis 90 Prozent über den Hofladen vermarktet. Im Sortiment sind auch kleine Mengen Eier von eigenen Freilandhühnern und Honig von eigenen Bienen. Ergänzt wird das Angebot durch Ziegenfelle sowie Schnaps aus eigenen Früchten und Secco aus der Region.

Am Anfang war die Freude an der Landwirtschaft

Der Betrieb Scholl ist ein Nebenerwerbsbetrieb, Till Scholl arbeitet Vollzeit außerhalb, seine Frau stemmt den größten Teil der Arbeiten auf dem Hof. Sie hat eine landwirtschaftliche Ausbildung, doch keiner von beiden ist durch Erbe zum Hofnachfolger geworden. Dunja Scholl hat schon zuvor mit Freunden einen Ziegenhof betrieben, bis die beiden 2006 geheiratet und mit fünf Milchziegen und zwei Jungtieren ihren eigenen Betrieb aufgezogen haben. „Landwirtschaftliche Tätigkeiten und vor allem das Arbeiten mit Tieren hat uns schon immer Spaß

gemacht. Die Haltung von Milchziegen ermöglicht uns, eine breite Palette an hochwertigen Lebensmitteln zu erzeugen, auf die unsere Kunden und wir selbst Wert legen“, erklärt der Quereinsteiger Till Scholl. „Durch das Interesse von Freunden und Bekannten am Ziegenkäse und durch die ersten Hausschlachtungen sind wir in die Arbeit als selbstvermarktende Bauern hineingewachsen.“ Heute zieht der Nebenerwerbsbetrieb, der mittlerweile zwischen 18 und 20 Ziegen melkt, Kunden an, die nicht nur Ziegenkäse und Ziegenfleisch mögen, sondern auch die muttergebundene Aufzucht der Schlachtzicklein im Betrieb zu schätzen wissen.

Muttergebundene Aufzucht

Die Ziegen werden im August vom Bock belegt, im darauffolgenden Januar lammen sie ab. Die Ziegenlämmer sind zwei Monate lang ununterbrochen bei der Mutter und trinken bei ihr. Anders als die Nachzucht der meisten anderen Milchtiere erhalten sie keinen Milchaustauscher statt der Vollmilch, die die Mutter gibt. Das bedeutet, dass Dunja Scholl während dieser Zeit auch keine Milch fürs Käsen zur Verfügung steht. Nach dieser zweimonatigen Phase sind die Zicklein dann nur noch tagsüber mit ihrer Mutter auf der Weide. Nachts werden sie von den Müttern getrennt, sodass die Morgenmilch zum Käsen zur Verfügung steht. Die jungen Ziegenböcke werden mit drei bis vier Monaten aufgrund der einsetzenden Geschlechtsreife von den



weiblichen Tieren getrennt. Ab dann leben sie mit Böcki, dem Bock der Herde, in einer Männer-WG zusammen. Böcki ist ein Burenbock und hat vor vier Jahren seinen Vorgänger, einen Bock der Rasse „Bunte Deutsche Edelziege“, abgelöst. Die Burenziege gilt als typische Fleischrasse. Deren Einkreuzung in die Herde der Milchziegen bewirkt einen höheren Muskelfleischanteil und ein höheres Schlachtgewicht bei den Lämmern.

Der letzte Weg

Das Wohlbefinden ihrer Tiere liegt den Scholls nicht nur bei der Aufzucht der Lämmer am Herzen, auch über ihren letzten Gang zum Metzger haben sie sich Gedanken gemacht. Im Alter von zweieinhalb bis sechs Monaten werden die Tiere geschlachtet – je nachdem, ob die Kunden ein größeres oder kleineres Schlachttier wünschen. Zum 15 Kilometer entfernten handwerklich arbeitenden Metzger bringen Till und Dunja Scholl ihre Tiere selbst. Meist sind es nur fünf Tiere, die zusammen dorthingebacht werden. „Es ist nah und wir können bei der Tötung dabei sein. Durch die vertrauten Personen wird der Stress für die Tiere deutlich geringer“, erklärt Till Scholl. Der Bruder des Metzgers ist Landwirt. Gemeinsam haben sie auf seinem Hof ein Schlachthaus eingerichtet. Dort schlachten sie für mehrere Bauern in der Umgebung.

„In Deutschland gibt es nahezu keine vernünftige Struktur für die Aufzucht und Vermarktung der Ziegenlämmer. Dennoch kommt es für uns nicht infrage, unsere Kitze zur Mast in weit entfernte Mastbetriebe zu schicken, damit wir uns nur auf die Milch- und Käseproduktion konzentrieren können. Das fände ich unverantwortlich gegenüber unseren Tieren und nicht ökologisch“, so Dunja Scholl.

Fleisch für besondere Anlässe

„Ziegenfleisch zu essen hat in Deutschland keine Tradition“, sagt Till Scholl. „Die Leute, die bei uns kaufen, haben es oftmals durch uns kennengelernt, aber es bleibt eine Delikatesse, kein Fleisch, das regelmäßig auf den Teller kommt. In den südeuropäischen Ländern ist das anders.“ Die Kunden des Ziegenhofs Scholl möchten wissen, woher das Fleisch und der Käse kommen, die sie essen. „Für sie ist der regionale Bezug und die Tatsache, dass sie uns kennen und wissen, wie Haltung und Schlachtung ablaufen, viel wichtiger als bio – was wir

nicht sind“, ergänzt Dunja Scholl. Der Verkauf des Fleisches geht ab Hof. Die zerlegten Tiere kommen drei bis fünf Tage nach der Schlachtung zurück auf den Betrieb, wo die Kunden ihr vorbestelltes Fleisch abholen. Gastronomen wünschen meist ältere und damit größere Zicklein als Privatpersonen.

Klein bleiben – warum nicht?

Der Nebenerwerbsbetrieb Scholl trägt sich, doch wachsen kann der Bauernhof Scholl nicht so einfach. Und im Grunde genommen möchten Dunja und Till Scholl das auch nicht. Der umgebaute alte Kuhstall dient heute den Milchziegen als Domizil. Seine Größe gibt die maximale Größe der Milchziegenherde vor. Die Produktion auszudehnen würde bedeuten, in einen Stallneubau investieren zu müssen. Eine Investition, die sich aus den Erträgen des Nebenerwerbsbetriebes nicht stemmen lässt, ohne eine übermäßige Kreditbelastung nach sich zu ziehen.

Die Flächenknappheit in der Region ist ein weiterer begrenzender Faktor. Zurzeit umfasst der Betrieb sechs Hektar landwirtschaftliche Fläche. Weitere Flächen in der näheren Umgebung zu pachten, ist schwierig. Die Flächenausstattung wäre nicht nur mit Blick auf eine Betriebserweiterung von Bedeutung: Weil die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe hauptsächlich über die Fläche geht, kleine Betriebe also weniger Fördergelder als flächenstarke erhalten, müssen die Scholls auch hier genau abwägen. Die derzeitige Investitionsförderung ist für einen Betrieb ihrer Größe wenig attraktiv, da der zu investierende Mindestbetrag zu hoch ist.

Ab und an beweiden die Scholls mit ihrer Herde Restflächen in der Umgebung – das ist, sofern die Flächen gut erreichbar sind, in ihren Augen eine sinnvolle Verwertung des Aufwuchses. Wäre der Betrieb ein Biobetrieb, könnte er solche nicht bio-zertifizierten Flächen nicht nutzen. Kraftfutter kaufen die Scholls von verschiedenen Biobetrieben aus der Region zu. Dunja Scholl melkt alle Ziegen von Hand: „Für 20 Ziegen lohnt sich keine Melkanlage. Mit der wäre ich zwar schneller mit dem Melken fertig, aber dafür würde ich mehr Zeit in die Reinigung und Wartung der Anlage stecken – von dem Geld, das sie kostet, ganz abgesehen. Da melke ich lieber länger von Hand, denn das ist es, was mir wirklich Spaß macht.“ So wie der Bauernhof aufgestellt ist, sei es für sie stimmig, sagt auch Till Scholl zufrieden.

✓ Dunja und Till Scholl mit ihren Ziegen. Das Besondere an ihrer Ziegenaufzucht: Die Zicklein bleiben zwei Monate ununterbrochen bei der Mutter.



Mehr Informationen:

Dunja und Till Scholl
 Telefon: 09823 926176
 E-Mail: info@ziegenalarm.de
www.ziegenalarm.de



Das Ende der Investition – Über die Folgen der EEG-Reform

Mit der Novellierung des Erneuerbare Energiengesetzes will die Bundesregierung Gerechtigkeit in der Lastenverteilung erreichen. Wie sie aber damit die Entwicklung der Bioenergie-dörfer und damit auch die Energiewende allgemein ausbremst, zeigt dieser Beitrag an einem Beispiel aus Nordrhein-Westfalen.

Von Peter Altmann

Der Werbeslogan für die Reform des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG) könnte nicht schmissiger sein: „Wir haben etwas an der Energiewende gestrichen: Nachteile“ – so das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf seiner Homepage. Bessere Lastenverteilung, Stopp der Kostenexplosion und des ungesteuerten Ausbaus – die Vorteile der abgeschafften Nachteile klingen nach Fairness und Wohlstand. Seit 1. August 2014 ist die Novelle in Kraft und schon im Vorfeld zog sie viel Kritik auf sich: Vor allem die beschlossene Deckelung des Zubaus von Bioenergie sorgt für Ärger, denn „die derzeitigen Biomasse- beziehungsweise Biogasanlagen- und Komponentenhersteller werden erhebliche wirtschaftliche Einbußen erleiden“, so die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FnR) in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf. Die FnR fürchtet, dass die „Bereitschaft und die finanziellen Möglichkeiten zur Technologieweiterentwicklung sinken, der Technologievorsprung in Deutschland verloren geht“. Mit diesen Befürchtungen ist die FnR nicht allein: Auch für die Energiegenossenschaft Lieberhausen eG (EGL) wurde mit der Novelle vor allem eines gestrichen: Vorteile.

Energiewende – ein Dorf macht mit

Lieberhausen, ein Ortsteil im nordrhein-westfälischen Gummersbach, hat 330 Einwohner in 108 Häusern. Ein kleines Dorf, das im Herbst 1997 beschlossen hat, seine Energie aus nachwachsenden Rohstoffen zu beziehen. „Die Kommune plante damals die Sanierung des Abwasserkanals. Und im Heimatverein kamen wir auf die Idee, bei dieser Gelegenheit ein neues Energienetz zu bauen“, erinnert sich

Bernd Rosenbauer, Vorstandsvorsitzender der Energiegenossenschaft Lieberhausen eG. Wie das funktionieren könnte, wusste damals keiner der Anwesenden so recht. „Deshalb führte uns der erste Weg zu unserem regionalen Energieversorger, der stellte sich aber als zu teuer heraus.“ Selber machen war die Konsequenz – doch dazu bedurfte es der Beteiligung der Bürger. Und die waren zunächst skeptisch. Die Projektinitiatoren ließen nicht locker und besichtigten zwei Holzheizanlagen. Hier konnten sie den mitgereisten Lieberhausenern zeigen, wie über ein Verteilernetz mehrere Wohnhäuser mit Wärmeenergie aus Holz versorgt werden. Es folgte eine Machbarkeitsstudie – und die Meinung der Dorfbewohner wandelte sich: 1999 gründete sich die Energiegenossenschaft Lieberhausen.

Erfolgsrezept: Bioenergie aus der Region

Mindestens 40 Haushalte waren damals erforderlich, damit sich die Anlage rechnet – 42 Hauseigentümer sagten sofort zu. Und das, obwohl der kalkulierte Energiepreis über den Kosten für die eigene Ölheizung lag. Doch schon damals war absehbar, dass die Preise für Kohle, Öl und konventionelles Gas steigen werden. „Unsere Nachbarn haben sehr rational entschieden. Alle Beteiligten waren sich einig, dass es nicht um eine politische Debatte, sondern um die gemeinsame Zukunft unseres Dorfes ging“, sagt Rosenbauer. Seither ist es der Energiegenossenschaft Lieberhausen gelungen, das Dorf fast vollständig unter Verwendung von Holz mit Heizwärme und Warmwasser zu versorgen. Mittlerweile sind 92 der insgesamt 108 Häuser in Lieberhausen an das Nahwärmenetz angeschlossen.

Forst – Energie – Finanzen – alles nachhaltig

Die Biowärme für Lieberhausen wird aus einem Holzhackschnitzel-Heizwerk gewonnen. Das Holz stammt aus den heimischen Wäldern. Die Besorgnis einiger Bürger, für das Kraftwerk werde der Wald abgeholzt, bestätigten sich nicht: In den Wäldern der Region fällt durch die gewöhnliche Waldpflege mehr als genug Holz an. Finanziert wurde die Anlage mit einem Kredit bei der KfW-Bankengruppe und einer Förderung in Höhe von 700.000 Euro. Jedes Mitglied der Energiegenossenschaft übernahm Anteile von 90.000 Euro, für den Anschluss an das Netz waren pro Haushalt insgesamt etwa 5.500 Euro fällig. Doch die Investitionen waren schnell eingespielt: Im Durchschnitt spart ein Altbauhaushalt etwa 1.000 Euro pro Jahr an Energiekosten, sodass sich die Anlage bereits im sechsten Jahr gerechnet hat. Weitere Vorteile der Verbraucher: Sie benötigen keinen Schornstein mehr, müssen keine Gefahrstoffe mehr im Haus lagern und gewinnen einen zusätzlichen Kellerraum.

Regionale Wertschöpfung

Doch die EGL hat weitergedacht: Sie verkauft die Holzhackschnitzel. „Etwa 40 Prozent des Umsatzes werden inzwischen durch die Vermarktung von Hackschnitzeln und Kaminholz erwirtschaftet“, erklärt Rosenbauer. Dabei helfen die 2013 angeschaffte spezielle Sternsieb-anlage und der Anfang 2014 installierte Container zur Holz Trocknung mit besonders schneller, weil horizontaler Lüftung. „So produzieren wir günstig und mit besonders hoher Qualität.“ Mittlerweile bekommen die Lieberhausener Besuch von anderen interessierten Gemeinden und Interessengruppen: Der Wissenstransfer und die Vorplanungen für andere Dörfer sind zu einer weiteren Einnahmequelle für die Genossenschaft geworden.

Ein Dorf will energieautark werden

Klar – mit dieser Erfolgsgeschichte zur Wärmegewinnung hat die EGL auch den Plan, ihren gesamten Energiebedarf selbst zu produzieren. „Als nächsten Schritt hatten wir für dieses Jahr die Stromversorgung geplant. Unsere Berechnungen stehen, unsere Pläne liegen auf dem Tisch“, so Rosenbauer. Angedacht ist ein Holzvergaser – eine Technik, die Rosenbauer „nicht ganz ohne nennt“, denn immer wieder gäbe es Probleme mit der Reinigung des Holzgases. Das wird dann in ein Mini-Blockheizkraftwerk zur Stromgewinnung geschickt. „Hier ist die Materialqualität besonders wichtig und da sind wir mit unserer Sieb- und Trocknungsanlage ganz vorn dabei“, erklärt Bernd Rosenbauer. Der Aufbau ist modular geplant: Zuerst soll eine Anlage für den reinen Eigenverbrauch mit einer Leistung von 45 Kilowatt elektrisch ans Netz gehen. Etwa 200.000 Kilowattstunden könnten die Lieberhausener damit produzieren. Später folgt ein zweites Modul mit 500.000 Kilowattstunden pro Jahr, Energie zur Einspeisung ins Netz, für alle Genossenschaftsmitglieder und große Abnehmer wie ein Hotelbetrieb, eine Mehrzweckhalle und die Kirche im Dorf. Doch nun der Dämpfer: Zum einen war der Umsatz beim Holzverkauf 2014 nicht ganz so gut. Und 2015/16 kommt nun das neue EEG ins Spiel.

Das Ende der Investition

„Wir haben das Projekt Stromversorgung auf Eis gelegt“, sagt Bernd Rosenbauer klipp und klar. Noch sei das EEG nicht bei den Bürgern angekommen – keiner wisse genau, was die Novelle eigentlich im Detail bedeutet. Selbst spezialisierte Planer würden das viel zu umfassende Gesetz nicht mehr verstehen – die Ehrenamtlichen der EGL hätten schon kaum noch eine Chance, es zu durchblicken. Das größte Problem sieht Rosenbauer in der aktuellen Planungsunsicherheit: „Wenn wir jetzt mit unseren Unterlagen zur Bank gehen, dann fragen die uns doch auch, wie das in den kommenden Jahren wird. Und wir haben keine Antworten.“ Es sei ja nicht einmal sicher, ob sie

die Genehmigung der Anlage bekämen. In jedem Falle stehe nun die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Projektes neu an.

Jeder trage seinen Anteil

Grundsätzlich versteht Bernd Rosenbauer die Idee einer Beteiligung aller an der Umlage für das EEG. Doch für die Stromproduktion in Lieberhausen wird es schwer: „Etwa 18 bis 19 Cent kostet uns die Erzeugung einer Kilowattstunde, plus die 2,5 Cent Abgabe. Um gegenüber konventionellen Produzenten günstiger zu bleiben, darf der Strom heute nicht mehr als 24 Cent kosten.“ Das wird schwierig, angesichts der hohen Investitionen, die der Genossenschaft bevorstehen.



Bild: © goldbany / Fotolia



Bild: © EGL Energiegenossenschaft Lieberhausen e.G.



Mehr Informationen:

EGL Energiegenossenschaft Lieberhausen e.G.
 Bernd Rosenbauer
 Telefon: 02354 902065
 E-Mail: info@egl-lieberhausen.de
 www.egl-lieberhausen.com



Bild: © Ackerhelden



Bild: © Ackerhelden

Ackerhelden – Städter werden Gemüsebauern

Bioqualität, regionaler Anbau, die Nähe zum eigenen Lebensmittel – immer mehr Menschen interessieren sich für die Speisen, die auf ihrem Teller landen. Seit einigen Jahren boomt deshalb auch das Prinzip „Ackerscholle zur Miete“. Das Projekt Ackerhelden vernetzt Städter mit Hang zur Landwirtschaft und Landwirte, die auf Kundensuche sind.

Von Peter Altmann

„Echte Helden ackern selbst“ – mit diesem Motto wirbt ein noch junges Unternehmen aus Essen um Städter, die ihre eigene Scholle bewirtschaften wollen. Seit Ende 2012 bringen Birger Brock und Tobias Paulert in ihrem Projekt Ackerhelden Landwirte und Menschen mit Interesse an Gemüseanbau zusammen. „Schon zu Schulzeiten haben wir zusammen im Garten gestanden und uns an der Schule mit 70 neu gepflanzten Obstbäumen verewigt“, sagt Tobias Paulert. Das Thema ließ die beiden nicht los: Tobias Paulert baut seit mehreren Jahren in großem Stil Obst, Kräuter und Gemüse – darunter alte Tomatensorten – in seinem Dachgarten an. Birger Brock war seit 2006 sieben Jahre lang selbst Mieter eines Bio-Gemüseackers.

Regional, saisonal und bio

Ihre eigene Begeisterung und Erfahrung anderen zugänglich machen – das war denn auch das Motiv der beiden für ihr Projekt Ackerhelden. „Wir sehen uns da in der Tradition der Schrebergärten und der im Ruhrgebiet üblichen Gemüsegärten“, so Paulert. Hier hatten in der Hochphase des Kohleabbaus viele Bergmannsfamilien einen eigenen Gemüsegarten direkt hinter ihren Häusern. Auch bei den Ackerhelden geht es um Selbstbewirtschaftung: Die Mieter übernehmen bio-zertifizierte, mit etwa 25 verschiedenen Gemüsesorten vorbepflanzte Ackerstücke von etwa 40 Quadratmetern, die sie zwischen Mitte Mai und Ende November hegen und pflegen und von denen sie dann natürlich frisches Biogemüse ernten. „Regional und saisonal – das bringt das Prinzip dieses Anbaus schon mit sich. Besonders wichtig war uns aber der Bioanbau. Deshalb sind unsere Landwirte alle zertifiziert – und zwar nicht nur nach EU-Norm, sondern nach Richtlinien der Anbauverbände Demeter, Naturland oder Bioland“, so Tobias Paulert.

Hohe Ansprüche an Landwirte

Dieser Anspruch der Einhaltung ökologischer Anbauvorschriften sei zwingend, sagen die Ackerhelden-Initiatoren: Zum einen wollen

Menschen, die sich um ihr eigenes Gemüse kümmern, keine Herbizide, Pestizide oder mit Schwermetallen wie Cadmium belasteten synthetischen Dünger zwischen den Fingern und auf dem Teller. Zum anderen geht es gerade darum, Menschen Natur und Landwirtschaft näherzubringen, ihnen den Wert, die Arbeit und die Qualität zu vermitteln. In der Praxis bedeutet das: Jeder der zwölf Landwirte, mit denen die Ackerhelden auf dreizehn Anlagen aktuell kooperieren, ist bereits durch einen der Anbauverbände zertifiziert. „Klar können wir uns auch die Arbeit mit Landwirten vorstellen, die von konventionell auf Bioanbau umstellen wollen. Da wollen wir hin: mehr Bauern für den Ökolandbau zu begeistern“, so Paulert.

Vorerst bieten sich die Kooperationen mit den Ackerhelden vor allem für zertifizierte Landwirte an. „Natürlich spielt auch die Lage eine Rolle, stadtnah funktioniert es besser. Allerdings haben wir auch Anlagen in stark ländlich geprägtem Umfeld.“



Bild: © Ackerhelden



Bild: © Ackerhelden

Chancen für die Landwirtschaft

Ein solches Beispiel ist der Biolandhof Frohnenbruch der Familie Bird in Kamp-Lintfort. „Als wir uns im Herbst 2013 für die Ackerhelden begeisterten, gab es durchaus auf beiden Seiten Bedenken: Werden wir genügend Parzellenmieter finden?“, erklärt Klaus Bird. Zur Sicherheit verabredete man mindestens 25 Anmeldungen, um das Projekt zu starten. „Die 25 waren innerhalb eines Monats zusammen – jetzt haben wir auf etwa einem halben Hektar 50 Parzellen vermietet“, so Bird. Die aktiven Ackerhelden kommen aus Duisburg und Moers – aber auch aus den umliegenden Gemeinden. Bis zu 20 Kilometer Strecke nehmen sie auf sich, um ihre Parzellen zu bewirtschaften. Ein Erfolg für den Biolandwirt: „Unsere Region, der Niederrhein, ist sehr von der konventionellen Landwirtschaft geprägt – es gibt gerade mal ein Prozent Biobetriebe. Mit den Ackerhelden stärken wir dieses Segment.“

Doch Bird sieht auch ganz handfeste Chancen: Sein Hof ist auf die Produktion von Fleisch spezialisiert, Gemüseanbau betreibt er gar nicht. „Durch die Ackerhelden bekommen wir ein komplettes Sortiment und das stärkt auch unsere Selbstvermarktung“, so Bird. Denn Ackerhelden kaufen dann auch im hofeigenen Laden ein. Christiane Wiedeking bestätigt das, sie ist seit diesem Jahr Ackerheldin in Braunschweig: „Ja, wir gehen gerne in den Hofladen unseres Bauern. Wir ergänzen unseren Speiseplan durch Dinge, die es auf dem Acker nicht gibt: Etwa frische Eier von den Hühnern, die neben unserem Acker Auslauf haben.“

Betriebswirtschaft allein gibt nicht den Ausschlag

Welchen wirtschaftlichen Effekt die Ackerhelden für seinen Hof bedeuten, kann Landwirt Bird nicht in klaren Zahlen benennen: In Zeiten von Flächenmangel lassen sich andere Nutzungen des Bodens gegen die Vermietung nicht klar gegenüberstellen. Schließlich gehört es zu den Aufgaben des Bauern, den Boden zu bearbeiten und saattutbereit

zu machen, die von den Ackerhelden gelieferten Sämereien und Pflanzen zu setzen und die Infrastruktur wie Wasserversorgung sicherzustellen. „Dieses Projekt nur wirtschaftlich zu betrachten, macht sicher wenig Sinn. Erst das Gesamtpaket von Marketing, Kundennähe und der Vermittlung von guter Landwirtschaft an Interessierte lohnt sich“, so der überzeugte Biolandwirt.

Mit Smartphone auf dem Acker

Wie die Städter an die Beackerung gehen – auch da hatte Klaus Bird durchaus Bedenken. „Klar gab es auch den Gedanken, ob die da zwei Wochen Spaß und dann keine Lust mehr haben. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Anlage sieht top aus, die Ackerhelden sind im Schnitt zwei Mal die Woche präsent. Die nehmen das richtig ernst.“ Damit das so klappen kann, haben sich die Initiatoren des Projektes Ackerhelden auch so einige Gedanken gemacht. „Klar kann nicht jeder Mieter jeden Tag auf den Acker fahren. Wir bringen durchschnittlich zwei Stunden in der Woche im Supermarkt zu – in dieser Zeit sollte es möglich sein, das Ackerstück zu bewirtschaften“, so Tobias Paulert.

Der Mietacker vom Biolandhof Frohnenbruch zeigt, dass es funktioniert, und ist auch noch Kontaktbörse: Bärbel Bird, die Ehefrau des Landwirtes, bewirtschaftet selbst eine Parzelle und fachsimpelt mit den Mietern. Für die dauerhafte Motivation der Ackerhelden sorgt auch die umfangreiche Beratung durch die Initiatoren. „Manchmal stehen unsere Ackerhelden mit dem Smartphone auf dem Acker und lesen den Starterkit mit vielen Anleitungen, den wöchentlichen Newsletter, das monatliche digitale Kundenmagazin, die Mailings zu besonderen Anlässen oder kontaktieren unseren Kundendienst per E-Mail oder Telefon“, so Tobias Paulert. Für diesen Service, die Parzelle inklusive Samen, Pflanzen, Geräten und Wasser sind sie dann bereit, 248 Euro pro Saison zu zahlen. Ackerheldin Christiane Wiedeking jedenfalls ist vom Ergebnis der Saison begeistert: „Das selbst geerntete Gemüse steht zweifelsfrei an erster Stelle. Denn es schmeckt wunderbar!“

Ackerheld werden oder Heimat bieten

Klar will das Projekt Ackerhelden wachsen und die Kooperation von Bauern und Städtern weiter ausbauen. Interessierte Gemüseanbauer und Landwirte mit Biozertifikat können sich auf www.ackerhelden.de informieren.



Mehr Informationen:

Ackerhelden GmbH
Telefon: 0201 74943666
E-Mail: info@ackerhelden.de
www.ackerhelden.de



Gut zum Leben und Handwerkskunst Erleben

Im Landkreis Meißen, links der Elbe, liegt die sächsische Kreisstadt Riesa. Rund 30 000 Einwohner hat sie – knapp 30 davon leben in Gostewitz. Sucht man den Ort im Internet, findet man lokale Pressemeldungen. Der erste Treffer ist allerdings eine eigene Webadresse: www.gostewitz.de. Sie verlinkt zur Internetseite des WohnKulturGuts von Jan Giehrisch. „Wir wollen hier leben, den alten Hof sanieren und durch Kunst wiederbeleben“, sagt er.

Von Anja Rath

Jan Giehrisch ist Steinmetz mit einer besonderen Leidenschaft für Sonnenuhren. Als Zivildienstleistender war er 1999 von Riesa in den alten Vierseiterhof nach Gostewitz gezogen. „Aus Denkmalsicht war der Hof zwar gut erhalten“, erinnert er sich. „Gelebt haben auf ihm aber nur ein paar alte Leute in den ehemaligen Gesindehäusern.“ Der Rest des Hofes stand leer oder war mit Gerümpel zugestellt.

Zum Bleiben entschieden

Seit zehn Jahren ist Jan Giehrisch selbstständig und auf Kunsthandwerkermärkten unterwegs. Dabei nahm die Idee für ein WohnKulturGut Gestalt an: Er wollte selbst einen großen Kunsthandwerkermarkt ins Leben rufen und dadurch einen alten Hof zum Veranstaltungsort und zum eigenen Wohnraum weiterentwickeln. Um dieses Konzept zu

verwirklichen, musste sich die Familie – Jan Giehrisch war inzwischen verheiratet und zweifacher Vater – entscheiden. „Mit einem kleineren Hof wäre es einfacher, wären weniger Umbaumaßnahmen und Investitionen nötig gewesen“, erklärt er. Dann wäre aber sein Konzept nicht aufgegangen: „Weil man den Platz, den der Hof bietet, für größere Märkte auch braucht.“ 2010 kauften die Giehrischs den Hof.

Alles auf eine Karte gesetzt

„In Gostewitz lebt noch ein Kunsthandwerker, Heinz Lindner, und es war sehr befruchtend für uns beide, dass er auch einen alten Hof gekauft hat“, erzählt Jan Giehrisch. Der Steinmetz und der Keramikünstler und Ofenbauer beschlossen vor vier Jahren, gemeinsam bei der sächsischen Aktion „Kunst offen“ mitzumachen und an Pfingsten ihre beiden Höfe zu öffnen. „Alleine wären wir auf diesem Rie-



✓ Beim Kunst- und Handwerkermarkt auf dem WohnKulturGut von Jan Giehrisch mit dabei: der gostewitzer Keramikünstler und Ofenbauer Heinz Lindner





Bild: © Fly „Raif Menzel“



Bild: © arts-matione, Matthias Seiffert

senhof verloren gewesen. Wir brauchten viele, die bei dem Termin mit ausstellen“, sagt Jan Giehrisch. Er nahm Kontakt zu bekannten Kunsthandwerkern auf und es wurde ein großer Markt mit rund 5000 Besuchern, vielen Ständen und Mitmachaktionen auf dem gesamten Gelände. „Wir konnten nur die Scheune noch nicht nutzen, denn wir mussten die Bank erst überzeugen, uns das Geld für den Umbau und die Renovierung zu geben.“ Den Markt hat Jan Giehrisch finanziert, indem er seine Lebensversicherung gekündigt hat. „Es hätte auch schiefgehen und der Traum platzen können“, sagt er. „Aber wir haben uns gut vorbereitet, etwas Glück und gute Freunde gehabt, die geholfen haben.“

Ein gutes Stück weiter

Nach dem zweiten Markt gab die Sparkasse Jan Giehrisch einen Kredit und damit die Möglichkeit, die Scheune zu restaurieren. „Das war der erste riesengroße Schritt“, sagt der Steinmetz. „Jetzt haben wir eine herrliche Marktfläche für schlechtes Wetter – die Scheune ist 43 Meter lang und etwa 12 Meter breit – mit einer Strohbühne für Darbietungen.“ Dank regionaler Unterstützer ist es möglich, den Eintritt kostengünstig anzubieten. Kostenlos soll er nicht sein: „Wir wollen klarmachen, dass handgemachte Produkte und Selbermachen etwas wert sind.“ Der Markt funktioniert zudem nur, wenn die beteiligten Kunsthandwerker auch etwas einnehmen. Deshalb macht Jan Giehrisch mit Plakaten, Flyern und Pressemeldungen überregional Werbung.

Die Giehrischs haben erfolgreich Fördergelder beantragt: Die Zusage für Zuschüsse zu Restaurierung und Umnutzung der Scheune aus Mitteln für die ländliche Entwicklung war die Voraussetzung für den Bankkredit. Zu dessen Tilgung dienen Verkaufserlöse der Steinmetzarbeiten und die Einnahmen aus den Märkten: Eintrittsgelder und die Gewinne aus der Verköstigung, die die Familie mit Unterstützung von Bekannten und Freunden selbst anbietet. Die ehrenamtlichen Helfer bekommen ein Herzliches Dankeschön, Kost und Logis. „Das steht in keinem Verhältnis zu dem, was sie leisten“, weiß Jan Giehrisch. Er glaubt, dass viele ihn deshalb unterstützen, weil er die Gelder, die er einnimmt, dem Hof zugutekommen lässt.

Aus dem Dornröschenschlaf erwacht

Einnahmen bringt zudem die Einspeisevergütung für die Leistung einer Fotovoltaik-Anlage, mit der die Giehrischs das Scheunendach ausgestattet haben. Auch mit anderen Möglichkeiten, den Hof weiterzuentwickeln, setzen sie sich auseinander: „Wir hatten viele Ideen, zum Beispiel betreutes Wohnen, gemeinschaftliche Konzepte oder therapeutisches Reiten. Es war ein intensiver gedanklicher Prozess, das Für und Wider abzuwägen.“ Momentan sind sie dabei, Wohnraum zu schaffen: für die eigene Familie sowie für zwei Mieter, Freunde, die aktiv am Umbau mitwirken. Auch in ihrem 78-jährigen Nachbarn fand

die Familie einen Mitmacher. „Nachdem wir uns durch den verwilderten Garten gekämpft haben – das Grundstück ist 2000 Quadratmeter groß –, haben wir ihn über die Gartenmauer erst so richtig kennengelernt. Er hat gesehen, es passiert etwas, und sich entschieden, da packe ich an. Das hilft uns total“, sagt Jan Giehrisch.

Bei allen Umbauprojekten behält er den Hof als Veranstaltungsort im Auge. „Auf dem alten Bauernhof gibt es noch viele Stellen, wo es gammelt, rostet und das Alter sichtbar ist – da nimmt man Dinge stärker wahr“, sagt er. Den authentischen Charakter des Hofes will er bei der Sanierung erhalten. Als Nächstes steht ein Tor an – es soll handgeschmiedet sein.

Wiederbelebte und neue Partnerschaften

Inspiziert durch eine Fotoreise in die französische Parfümstadt Grasse fragte Jan Giehrisch 2012 bei der Stadt Riesa Unterstützungsmöglichkeiten für einen „französischen Markt“ an. Er aktivierte ein unerwartetes Potenzial: Ein dokumentierter Besuch in der fast vergessenen Partnerstadt Villerupt in Lothringen sowie die Ausstellung eines dortigen Künstlers wurden zum Rahmen für den ersten thematischen Kunsthandwerkermarkt. Beim diesjährigen Markt „Viva l'Italia“ war eine Vertreterin aus der italienischen Partnerstadt Lonato del Garda da – im Vorfeld lud der Bürgermeister der Partnerstadt zu einem Besuch ein. „Hier geht es weniger um die finanziellen Mittel, sondern um Übernachtungsmöglichkeiten und Kontakte zu Ansprechpartnern“, freut sich Jan Giehrisch. Der Pfingstmarkt ist eine der Attraktionen des „Künstlerdorfs Gostewitz“. Unter diesem Namen präsentiert sich der Ort im Verein ErlebnisDörfer e.V. Vor etwa einem Jahr wurde er gegründet, um die regionale Wertschöpfung von rund zehn Dörfern durch die Nutzung touristischer Potenziale zu fördern. Jan Giehrisch geht es als Mitglied vor allem darum, sich auszutauschen. „Wir können Kunsthandwerker einladen oder wir unterstützen sie, wenn sie unsere Kompetenzen brauchen.“ Im Vergleich mit anderen, die die Plattform für die eigene Vermarktung nutzen, sind das eher beschauliche Anliegen, aber es ist auch ein Stück Zukunft: „Man muss gucken, wo die Interessen liegen und wie sie sich formen.“

Fertig wird man nie ...

Zu den Angeboten des Künstlerdorfs Gostewitz gehört auch die Riesaer Sommerakademie. Vor drei Jahren, als die 1993 ins Leben gerufene Veranstaltung wegen fehlender personeller Kapazitäten einzuschlafen drohte, sind die Workshops und Seminare für Kunstinteressierte aus einem Riesaer Gymnasium aufs Land gezogen: nach Gostewitz und in das drei Kilometer entfernte Jahnishausen. Träger ist der Kulturförderverein Riesa, der die Organisation ehrenamtlich leistet. Die Kursleiter erhalten ein Honorar, Jan Giehrisch ist einer von ihnen und natürlich Mitglied im Verein. „Es wäre schade gewesen, das Projekt einschlafen zu lassen und es passte zu unserem Vorhaben, hier irgendwann Workshops zu machen“, sagt er. Rund 100 überregional angereiste Teilnehmer feierten in diesem Jahr auf seinem Hof ihren Abschluss.

Jan Giehrisch hat noch viele Ideen und Pläne: ein regionales Töpfererevent mit einem eigenen, großen Brennofen, im Herbst eine Bildhauerwoche mit Schülern aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen und dann natürlich die jährliche Hofweihnacht. „Das haben wir uns so ausgesucht und es macht Spaß.“



Mehr Informationen:

Jan Giehrisch
WohnKulturGut Gostewitz
Telefon: 03525 779970
Mobil: 0173 3712315
E-Mail: mail@wohnkulturgut.de
www.wohnkulturgut.de

Nachhaltiges Wasser-, Stoff- und Landmanagement – ein Puzzle mit vielen Teilen

Gereinigtes Abwasser wird heute in der Regel über Fließgewässer abgeleitet, was einige Schwierigkeiten verursacht. Zum einen landen die im gereinigten Abwasser noch vorhandenen Nähr- und Schadstoffe in den Fließgewässern und über kurz oder lang in Ost- und Nordsee. Zum anderen geht das Wasser dem regionalem Wasserhaushalt verloren. Im Forschungsverbund ELaN suchen Wissenschaftler und Praktiker ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösungen für diese Probleme.

Von Martina Schäfer

Während bei der Ableitung des gereinigten Abwassers in Fließgewässer Nährstoffe wie Stickstoff oder Phosphat den regionalen Stoffkreisläufen entzogen werden und zum Beispiel als Düngemittel für die Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung stehen, werden sie in Fließgewässern und Meeren angereichert – mit negativen Folgen für die Gewässerqualität. Daneben enthält gereinigtes Abwasser weitere Spurenstoffe, zum Beispiel aus Arzneimitteln oder Kosmetika, die giftig auf Gewässer-Lebewesen wirken können. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie von 2000 greift dieses Problem auf und verpflichtet alle Mitgliedsstaaten zu einer Verringerung der Nähr- und Schadstoffeinträge in Oberflächengewässer.

Gereinigtes Abwasser sinnvoll nutzen

Auch aus einem anderen Blickwinkel heraus ist es nicht nachhaltig, gereinigtes Abwasser aus der Region abzuleiten: Einige Regionen Brandenburgs sind immer häufiger mit längeren Trockenperioden konfrontiert, die sie schlechter überstehen, wenn in der Landschaft nicht ausreichend Wasser gespeichert ist. Die Ausbringung gereinigten Abwassers beispielsweise auf Moorflächen oder in Feuchtgebiete könnte dazu beitragen, diese für die Biodiversität und den Klimaschutz wertvollen Ökosysteme zu erhalten und gleichzeitig

mehr Wasser regional zu speichern. So verfügt Brandenburg über umfangreiche Feuchtgebiete und Moorflächen. Die Moorflächen sind zum großen Teil jedoch bereits stark degradiert: Circa 70 Prozent wurden tief entwässert, um eine intensivere landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen.

Gereinigtes Abwasser könnte zu Bewässerungs- und Düngezwecken auch auf andere landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen ausgebracht werden. Bisher ist es jedoch nur unter sehr eng gefassten Bedingungen erlaubt, geklärtes Abwasser in die Landschaft auszubringen, da eine Verunreinigung des Grundwassers befürchtet wird. Das Projekt ELaN beschäftigt sich vor diesem Hintergrund mit der ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Ausbringung gereinigten Abwassers in der Region Berlin-Brandenburg.

ELaN erforscht Risiken und Chancen

Zu diesem Zweck werden in zwei verschiedenen Modellgebieten – ehemaligen Rieselfeldern am Rand des Stadtgebiets Berlin und Niedermoorflächen im ländlichen Raum Brandenburgs – gereinigtes Abwasser ausgebracht und die damit verbundenen Risiken und Potenziale erforscht. Die Forschungsschwerpunkte, insbesondere zu Fragen der Abwasserbehandlung, des Gewässer- und Grundwasserschutzes,

basieren auf den Bedürfnissen der Praxis. Um die Gewässerqualität zu verbessern, sind die Berliner Wasserbetriebe bestrebt, Verfahren zu finden, die den Gehalt an Nähr- und Schadstoffen im gereinigten Abwasser weiterhin reduzieren. Die Wissenschaftler untersuchen daher, ob noch vorhandene Nähr- und Schadstoffe durch die Bodenpassage und mikrobielle Aktivitäten entfernt werden.

Bei den ehemaligen Rieselfeldflächen stellt sich die Frage, wie diese durch die frühere Nutzung hoch belasteten Flächen so gesichert werden können, dass die darunterliegenden Grundwasserleiter nicht gefährdet werden. Auf den degradierten Niedermoorflächen ist die Herausforderung, wie sich der Schutz dieser Gebiete durch ein verbessertes Wassermanagement mit einer angepassten landwirtschaftlichen Nutzung verbinden lässt. Die Wissenschaftler im Verbundprojekt ELaN untersuchen weiterhin, mit welcher Nutzung eine Wertschöpfung auf den bewässerten Flächen erzielt werden kann. So testen sie zum Beispiel den Anbau nachwachsender Rohstoffe wie Schilf oder schnell wachsende Hölzer, die energetisch oder stofflich genutzt werden können.

Praktiker beeinflussen den Forschungsverlauf

Von Anfang an wurde die Praxis intensiv am Forschungsprojekt beteiligt. Die Forschungsabteilung der Berliner Wasserbetriebe wurde als direkter Partner in den Projektantrag integriert, zudem wurde Rücksprache mit den entsprechenden Umweltverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg sowie Wasser- und Boden-, Naturschutz- und Umwelt- sowie Land- und Energiewirtschaftsverbänden gehalten. Der Stand des Projektes wird regelmäßig mit dem Praxisbeirat diskutiert, der sich aus Vertretern der Verbände und Verwaltungen zusammensetzt. Die Anregungen sind für die weitere Ausrichtung der Forschungsarbeiten und ihre Bündelung zu praxisrelevanten Ergebnissen sehr wertvoll. Neben dem Austausch zwischen Forschung und Praxis haben die Treffen auch den Mehrwert, dass hier Praxisakteure aus unterschiedlichen inhaltlichen Bereichen – Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Energiewirtschaft – und mit unterschiedlichen Funktionen – Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – miteinander ins Gespräch kommen. Für die komplexen, miteinander verbundenen Fragen eines nachhaltigen Wasser-, Stoff- und Landmanagements ist dies unerlässlich, kommt aber im Arbeitsalltag viel zu selten vor.

Gemeinsame Arbeit in Workshops

Zusätzlich finden ergänzende Workshops und Konsultationen an wichtigen Punkten des Forschungsprojekts und zu Unterthemen statt. In einem größeren Stakeholder-Workshop diskutierten im ersten Jahr circa 40 Teilnehmer das bisher inter- und transdisziplinär entwickelte Problemverständnis. Üblicherweise werden die Probleme sonst nur aus einer Perspektive beschrieben: der der Wasserwirtschaft oder der der Landwirtschaft. Ein abgestimmtes und – angesichts des komplexen Themas – umfassendes Problemverständnis ist jedoch eine wichtige Basis für die Suche nach künftigen Handlungsmöglichkeiten. Weitere Workshops fanden beispielsweise mit Landwirten statt, die in der untersuchten Niedermoorregion tätig sind. Der Austausch mit den Praxisakteuren wird jeweils dazu genutzt, die weitere Arbeit noch stärker an den Bedürfnissen der Praxis zu orientieren und vorhandenes Erfahrungswissen in die weitere Bearbeitung aufzunehmen. So haben die Berliner Stadtgüter auf Anregung der Landesbehörden etwa um wissenschaftliche Begleitung für ihren Modellversuch zum Anbau von Pappeln und Weiden auf ehemaligen Rieselfeldflächen in Wansdorf gebeten, was von ELaN in Ergänzung zum ursprünglichen Projektantrag aufgegriffen wurde.

Ergebnisse als Entscheidungshilfen aufbereitet

Derzeit konzentriert sich die Arbeit des Projektverbunds auf die Bündelung der Ergebnisse in Form von Produkten, die für die Praxisakteure gut verständlich sind und sie dabei unterstützen, die Erkenntnisse in alltägliche Arbeitsabläufe und Entscheidungen zu integrieren. Beispielsweise erarbeiten die Wissenschaftler derzeit einen Leitfaden, der Fachleuten in den Behörden oder Ingenieurbüros bei Entscheidungen oder Planungen zur Nutzung gereinigten Abwassers helfen kann. Der Leitfaden fasst die wichtigsten gesetzlichen Regelungen zur alternativen Verwendung gereinigten Abwassers in der Landschaft zusammen und gibt Hinweise für die Planung entsprechender Anlagen sowie zum Schadstoffmonitoring. Dabei geht er auf die Ergebnisse zu den ökotoxikologischen Risiken und den Risiken durch menschliche Spurenstoffe ein. Die Vertreter der Berliner und Brandenburger Behörden im ELaN-Projektbeirat haben sehr darauf gedrungen, die im Rahmen des Projektes gewonnenen Erfahrungen zur Erstellung eines solchen Leitfadens zu nutzen und somit über die Laufzeit des Projekts hinaus





➤ Bewässerungsanlage mit Schlauchtrommelregner, die auf den ehemaligen Rieselfeldern in Wansdorf zur Beregnung mit gereinigtem Abwasser eingesetzt wird. Auf diesen Flächen wird die Pflanzung von Pappeln, Weiden und Robinien für die Energiegewinnung erprobt.

➤ Inbetriebnahme der Bewässerungsanlage auf dem Rieselfeld Wansdorf.

verfügbar zu machen. Sie werden im nächsten Schritt die erste Fassung des Leitfadens gegenlesen und kommentieren. Danach ist geplant, den Leitfaden mit weiteren Vertretern aus Behörden, Verbänden und aus der Wasserwirtschaft zu diskutieren und deren Anregungen in die endgültige Fassung aufzunehmen. Der Leitfaden „Empfehlungen zur Wiederverwendung gereinigten Abwassers in der Landschaft“ wird voraussichtlich Anfang 2015 auf der Webseite des Projekts erhältlich sein.

Die Ergebnisse zur künftigen Nutzung von Niedermoorflächen werden in Form eines digitalen Entscheidungssystems gebündelt, das Landwirte bei der Suche nach alternativen Bewirtschaftungsformen unterstützen soll. Sie können hiermit anhand der Bedingungen ihrer konkreten Flächen herausfinden, welche Kulturen je nach angestrebtem Grundwasserstand angebaut werden können. Je nach Bodenqualität, dem derzeitigen Wassermanagement und eventuellen Restriktionen – etwa bei einer Lage im Landschaftsschutzgebiet – sind unterschiedliche Nutzungen denkbar, zum Beispiel der Anbau von Schwarz-Erle als Wertholz, die stoffliche oder energetische Verwertung von Schilf, extensive Weidehaltung oder der Anbau von Pappeln oder Weide als Kurzumtriebsplantagen. Für jede Bewirtschaftungsoption wird angezeigt, welche Standorte für die jeweilige Nutzung geeignet sind, was beim Anbau zu beachten ist, welche Pflanz- und Erntezeitpunkte günstig sind und welche Wertschöpfung erwartet werden kann. Die Bewässerung mit gereinigtem Abwasser kommt zum Beispiel im ländlichen Raum nur bei einem nahegelegenen Klärwerk in Frage. In den nächsten Monaten wird eine Vorversion des Entscheidungsunterstützungssystems im Rahmen einer Veranstaltung mit Landwirten getestet und die dort erhaltenen Anregungen in die endgültige Gestaltung aufgenommen. Das System wird Mitte 2015 zur Verfügung stehen und offensiv an die Zielgruppe vermittelt.

Offen sein und sich gegenseitig ernst nehmen

Gerade die Nähe zu den Praxisakteuren in verschiedenen Phasen des Projekts ELaN hat sich bewährt. So gewährleisten die Sitzungen des Praxisbeirats, dass eine feste Gruppe von Experten aus verschiedenen inhaltlichen Bereichen einen Einblick in die Projektfortschritte hat und diese regelmäßig vor dem Hintergrund ihrer Bedürfnisse und aktueller Anforderungen reflektiert. Punktuell sind zusätzlich bilaterale Rücksprachen oder kleinere Workshops mit einer homogenen Gruppe von Akteuren wie zum Beispiel den Landwirten sinnvoll, um Teilergebnisse rückzukoppeln und Anregungen für die weitere Arbeit zu erhalten. Dabei ist es wichtig, mit der Darstellung der Ergebnisse

an die Erfahrungswelt der jeweiligen Praxisakteure anzuknüpfen und Treffen so zu gestalten, dass sie möglichst leicht vereinbar mit dem jeweiligen Arbeitsalltag sind. So sollten Workshops mit Landwirten möglichst nicht in der Metropole Berlin und nicht während der Vegetationsperiode stattfinden.

Das gegenseitige Lernen voneinander erfordert Offenheit auf beiden Seiten. Seitens der Wissenschaft bedeutet dies, sich auf die jeweilige Zielgruppe einzustellen und Fragestellungen und Ergebnisse so darzustellen, dass sie allgemeinverständlich sind. Um bestimmte Zielgruppen für eine Teilnahme zu gewinnen, ist es besonders wichtig, an Multiplikatoren wie Verbandsvertreter heranzutreten, die in der jeweiligen Gruppe als Autoritäten anerkannt werden. Und schließlich werden Praxisakteure nur dann zur weiteren Teilnahme an solchen Prozessen bereit sein, wenn sie die Erfahrung machen, dass ihre Anregungen ernst genommen und im weiteren Verlauf berücksichtigt werden.

Das Forschungsprojekt ELaN

An dem Projekt ELaN – Entwicklung eines integrierten Landmanagements durch nachhaltige Wasser- und Stoffnutzung in Nordostdeutschland – sind insgesamt elf Forschungseinrichtungen und die Berliner Wasserbetriebe beteiligt. Die Partner erforschen Fragen zu den Themenbereichen Wasser- und Stoffströme, Landnutzung und sozio-ökonomische Steuerung. Der Bereich Wissensintegration moderiert den Austausch zwischen den Disziplinen und mit der Praxis und sorgt dafür, dass die Ergebnisse aus den drei thematischen Feldern zu praxisrelevanten Lösungen verknüpft werden. ELaN wird von 2010 bis 2015 mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Schwerpunkt „Nachhaltiges Landmanagement“ gefördert (<http://nachhaltiges-landmanagement.de>).



Mehr Informationen:

Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer
Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft
Telefon: 030 31426854
E-Mail: schaefer@ztg.tu-berlin.de
www.elan-bb.de



Eingriffe in die Natur durch Ökolandbau ausgleichen

Im Rahmen eines Pilotprojektes wird in Niedersachsen erstmals die Umstellung auf ökologischen Landbau als produktionsintegrierte Kompensation bei Eingriffen in den Naturhaushalt anerkannt. Zukünftig soll das Modell in Niedersachsen breitere Anwendung finden.

Von Manfred Böhling

Wer durch den Bau einer Wohnsiedlung, einer Straße oder eines Windparks Flächen versiegelt und in Natur und Landschaft eingreift, muss nach dem Bundesnaturschutzgesetz für einen Ausgleich sorgen. Bisher werden dafür oftmals Hecken angelegt, Flächen aufgeforstet oder Gewässerufer renaturiert, was aus landwirtschaftlicher Sicht zu einem weiteren Flächenverlust führt. In Niedersachsen können nun erstmalig Eingriffe in Natur und Landschaft durch den ökologischen Landbau ausgeglichen werden. Eine solche Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion nennt man produktionsintegrierte Kompensation (PIK).

Ökolandbau kombiniert mit Artenschutz

Im Rahmen eines Pilotprojektes des Kompetenzzentrums Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) stellt Landwirt Jan Hemmeke, der bereits ökologisch wirtschaftet, 2014 und 2015 weitere 16 Hektar Ackerland auf Ökolandbau um. Zusammen mit angrenzenden Ökofeldern entsteht ein 22 Hektar großes Areal, das in fünf Felder unterteilt wird. Der Bio-Landwirt bewirtschaftet es in einer fünfgliedrigen Fruchtfolge und legt dazwischen Gras-Stauden-Säume an. „Wo Feldlerchen, Rebhühner oder wie dieses Frühjahr Kiebitze in den Feldern und Grassäumen brüten, lässt Jan Hemmeke die Nutzung bis zum Ende der Brutzeit ruhen“, sagte Christian Kerperin von der Naturschutzbehörde des Landkreises Grafschaft Bentheim bei der Besichtigung der neuen Ökoflächen. Er betreut die Umsetzung fachlich gemeinsam mit Paul Uphaus, Geschäftsführer der Naturschutzstiftung Grafschaft Bentheim.

Die Flächen werden durch die ökologische Bewirtschaftung naturschutzfachlich aufgewertet, eine Voraussetzung zur Anerkennung als Kompensationsmaßnahme: Der Boden wird durch den Ökolandbau wieder lockerer und kann mehr Wasser aufnehmen, die Humusbildung wird gefördert. Auf den Äckern wachsen wieder vermehrt Wildkräuter wie Kamille, Mohn und Vergissmeinnicht. Sie bieten Lebensraum und Nahrung für Spinnen und Insekten. Die Kleintiere locken wiederum Feldvögel an, Greifvögel finden mehr Beute. Die Umstellung und die ergänzenden Pflegemaßnahmen werden dauerhaft vertraglich und grundbuchlich gesichert.

Anrechnung auf Ökokonto

Für die Einschränkungen bei der Flächenbewirtschaftung erhält der Landwirt von der Naturschutzstiftung einen finanziellen Ausgleich. „Die Aufwertung der Flächen wird nach einem speziellen Bewertungsschema in Ökopunkte umgerechnet und fließt in ein bei uns geführtes Ökokonto ein“, so die beiden Geschäftsführer der Stiftung, Hartmut Schrap und Paul Uphaus. Wer einen Eingriff verursacht, kann sich des Ökokontos bedienen und muss für entsprechende Ausgleichsmaßnahmen zahlen. „Über den Verkauf der Ökopunkte erfolgt die Refinanzierung des Gesamtprojektes“, so Schrap. Die Umstellung der Flächen wird jährlich von einer unabhängigen Öko-Kontrollstelle überprüft. Eine begleitende Untersuchung der Universität Kassel soll erkunden, wie die Aufwertung für den Naturschutz erfasst und dokumentiert werden kann. Das niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Planungsarbeiten des KÖN als Pilotprojekt gefördert.

Das KÖN in Visselhövede arbeitet seit 2010 daran, die ökologische Bewirtschaftung als produktionsintegrierte Kompensation zur Anwendung zu bringen. Betriebe, die sich dafür interessieren, unterstützt das Kompetenzzentrum als Mittler zu Naturschutzbehörden, Stiftungen und Eingriffsträgern und erarbeitet passende Kompensationsangebote. „Wo Agrarflächen knapp oder besonders fruchtbar sind, soll zukünftig öfter produktionsintegriert kompensiert werden“, sagt Dr. Bettina Friebe, die als Biologin das Pilotprojekt beim KÖN betreut.



Bild: © KÖN



Mehr Informationen:

Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH
Telefon: 04262 959300
E-Mail: info@oeko-komp.de
www.oeko-komp.de

Flächenmanagement für Umwelt und Klima

Bild: © Bild: Catolla / Fotolia

Rund 38 Prozent der gesamtdeutschen Moorflächen liegen in Niedersachsen. Diese regionale Besonderheit bedeutet für das Land eine große Verantwortung für den Klimaschutz, denn durch die landwirtschaftliche Nutzung von organischen Böden, insbesondere von Hoch- und Niedermooren, werden Treibhausgase freigesetzt. Das neue Verfahren „Flächenmanagement für Umwelt und Klima“ soll künftig dazu beitragen, organische Böden zu schützen und Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Von Martin Gottwald, Henning Isensee und Anne Lammen-Ewers

Derzeit verursachen laut des Verbundprojekts „Organische Böden“ des Thünen-Instituts die Entwässerung und Nutzung der deutschen Moore zwei bis fünf Prozent der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen. In Niedersachsen werden die Emissionen aller kohlenstoffreichen Böden auf etwa 10 Millionen Tonnen CO²-Äquivalente pro Jahr geschätzt. Rund 390 000 Hektar Hoch- und Niedermoore bedecken das Bundesland – etwa 80 Prozent dieser Flächen werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Den Fokus seiner Klimaschutzaktivitäten legt Niedersachsen deshalb auf den Erhalt von organischen Böden als natürliche Kohlenstoffspeicher. Im Juli dieses Jahres hat will die Landesregierung das neue Programm „Niedersächsische Moorlandschaften“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Für den Klimaschutz sollen Sicherungs-, Entwicklungs- und Nutzungskonzepte erstellt und in den Mooren umgesetzt werden. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hat als Grundlage die Gebietskulisse „Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten“ erarbeitet. Sie gibt einen Überblick über Verbreitung und Landnutzung und soll dazu dienen, regionale Fokusräume für Klima- und Moorschutzmaßnahmen abzugrenzen.

Altes Instrument mit neuem Einsatzgebiet

Eine wirksame Minderung von Treibhausgasemissionen lässt sich durch eine Anhebung der Wasserstände erreichen. Zwangsläufig wird dadurch die landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen deutlich oder ganz eingeschränkt. Klimaschutz auf diesem Weg geht nur in Kooperation mit der Landwirtschaft vor Ort, denn in der Regel ist die vollständige Verfügbarkeit über die Flächen erforderlich. In der EU-Förderperiode 2014 - 2020 sollen deshalb, voraussichtlich ab 2016, im Rahmen der Maßnahme „Flächenmanagement für Umwelt und Klima“ Flächen inner- und außerhalb der Mooregebiete erworben und unter Beteiligung aller Betroffenen mit den Instrumenten der Bodenordnung zugeteilt werden. Der Ausgleich soll einen nachhaltig leistungsfähigen

Naturhaushalt fördern. Außerdem soll er einen Beitrag dazu leisten, die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu sichern und zu verbessern. Mit begleitenden Maßnahmen wollen die Programmverantwortlichen die Agrarstruktur außerhalb der schützenswerten Moore weiterentwickeln und die Wirtschaftskraft stärken.

Kooperation und Kompensation

Die Ämter für regionale Landesentwicklung Niedersachsen haben auf Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes die Verantwortung für das Verfahren übernommen. Über den gesetzlichen Rahmen hinaus hat Niedersachsen gute Erfahrungen mit einer frühzeitigen Beteiligung gesammelt: Die Mitarbeiter der Ämter werden im Rahmen von Vorbereitungsphasen überprüfen, ob in potenziell geeigneten Gebieten ein Flurbereinigungsverfahren zweckmäßig ist. Die Verfahren sollen dem Ausgleich der Interessen aller Beteiligten dienen. Die Grundstückseigentümer, Pächter und sonstige Inhaber von Rechten an den Grundstücken, die Träger öffentlicher Belange, die landwirtschaftliche Berufsvertretung und die anerkannten Natur-schutzvereinigungen werden in die Planungen eingebunden. Ein großräumiger Flächentausch soll später die wertgleiche Abfindung sicherstellen. So können auch Flächen außerhalb der Zielkulisse erworben werden, um die erforderliche Kompensation bereitzustellen.



Mehr Informationen:

Martin Gottwald
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Telefon: 0511 120-2174
E-Mail: martin.gottwald@ML.Niedersachsen.de



Petra Schmettow arbeitet für finep am Lernforum Bürgerkommune.

Frau Schmettow, gibt es einen Lernbedarf zur Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum?

Ja. Als ehemalige Verwaltungsmitarbeiterin kenne ich aus dem städtischen Umfeld viele Beteiligungsstrukturen. Im ländlichen Raum funktioniert Engagement auch ohne diese Strukturen oft sehr gut. Gleichzeitig bröckelt das Bild vom heilen Dorf: Viele Orte sind schon städtisch geprägt, es gibt viele Pendelbeziehungen. Verantwortung übernehmen meist die Macher. Bürgermeister, Ortsvorsteher und Gemeinderäte müssen multiple Rollen füllen, weil sich kleine Gemeinden keinen Spezialisten leisten können. Diese Einzelpersonen brauchen Unterstützung: Sie managen viel und kennen ihre offenen Baustellen, wollen vieles noch effizienter und besser machen, fühlen sich allein und wollen mehr Aktive mit ins Boot holen oder koordinierter arbeiten.

Methodische Schulungen zur Bürgerbeteiligung gibt es viele – was ist das Besondere an Ihrem Ansatz?

Dass Aktive aus kleinen Gemeinden im ländlichen Raum zusammenkommen, die ähnliche Probleme haben und durch das voneinander Lernen sehr profitieren. Die Zielgruppen in unserem Rahmenkonzept sind politische Vertreter, Gemeinderäte, Bürger und Verwaltungsmitarbeiter. Das konzeptionelle Herzstück: Sie sollen praxisbezogen und gemeinsam lernen und dabei die Perspektive wechseln.

Wie kann man sich das konkret vorstellen?

Das Testseminar besteht aus zweimal eineinhalb Kurstagen und einem Tag mit Praxisbeispielen. Unser Einstieg ist meist, strukturiert das zu erschließen, was die Teilnehmer an Wissen und Erfahrungen mitbringen. Erst danach erfolgt ein fachlicher Input. Wichtig ist uns, stets die verschiedenen Sichtweisen transparent zu machen: Wie sieht ein Anliegen aus, wenn Sie sich in eine andere Rolle hineinversetzen? Wir unterstützen die Teilnehmer auch dabei, Ziele und Vorgehensweisen für ihre eigenen Projekte zu reflektieren, und haben ein kollegiales Coaching eingebaut. Ein inhaltliches Beispiel: Anhand eines von zehn Tipps, wie man Engagement verhindert – „Sorgen Sie immer für eine lange Tagesordnung“ –, konnten die Teilnehmer sehr gut ihren eigenen Umgang reflektieren.

„Motivierte Macher brauchen gutes Rüstzeug“

Acht europäische Organisationen haben 2013 das „Lernforum Bürgerkommune – Beteiligung und Engagement im ländlichen Raum gestalten“ gestartet. Ihre Ausgangsfrage war: Gibt es einen spezifischen Lernbedarf im ländlichen Raum bei Bürgerbeteiligung und -engagement? Drei Lead-Partner aus Tschechien, Bulgarien und Deutschland führten regionale Bedarfsanalysen durch und formulierten ein gemeinsames Rahmenkonzept. Das deutsche „forum für internationale entwicklung + planung“ (finep) hat daraus ein modulares Seminar für Baden-Württemberg entwickelt. Anfang 2014 wurde es in Kooperation mit der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg erprobt und evaluiert. finep-Mitarbeiterin Petra Schmettow schildert ihre Erfahrungen und wagt einen Ausblick.

Sind die Fortbildungskonzepte bei Ihren europäischen Partnern ähnlich?

Unser Kernanliegen ist gleich – sehr gut drückt das der englische Projekttitel aus: „Becoming a Change Agent for Rural Citizenship“. Allen Partnern geht es um Menschen, die vor Ort den Wandel vorantreiben. Danach wird es schnell länderspezifisch. Im September 2014 liegen unsere jeweiligen Evaluationsergebnisse vor und wir werden unsere gemeinsamen „lessons learnt“ zusammenfassen.

Das Projekt läuft bis 2015 – was soll mit den Ergebnissen noch geschehen?

Das Projekt wird gefördert aus dem EU-Programm Lebenslanges Lernen, bei dem die Übertragbarkeit eine wichtige Rolle spielt. Geplant ist, die Erfahrungen aus dem Projekt ab Oktober online zu veröffentlichen und Bildungsträger anzusprechen. Anfang 2015 werden Partner aus Estland und Portugal Anwendungsmöglichkeiten in ihren Ländern diskutieren.

Wollen Sie Ihr Kurskonzept auch selbst anbieten?

Unsere Erfahrungen beziehen sich auf Baden-Württemberg, wo wir uns das Seminar gut für LEADER-Regionen oder zur Vernetzung kleinerer Gemeinden vorstellen können. Das Konzept kann jeweils an den Bedarf der Teilnehmer angepasst werden. Dafür, und um es kostengünstig anbieten zu können, brauchen wir Kooperationspartner. Auch unsere bisherige Arbeit wurde zusätzlich durch die Baden-Württemberg Stiftung unterstützt.

**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.**



Mehr zum Lernforum Bürgerkommune:

www.finep.org und www.lernforum-buergerkommune.de



Bild: privat

Beate Bajorat ist die Direktorin des Verbands der Landwirtschaftskammern.

„Ganzheitliche Lösungen durch vernetzte Teams für eine nachhaltige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe“

Einen eigenen Artikel widmet die Europäische Kommission in den Verordnungsentwürfen zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) der Beratung. Hinter dem Begriff verbirgt sich in Deutschland bereits jetzt eine Fülle von Inhalten und Anbietern. Warum dennoch nur ein Teil des Angebots aus den ländlichen Entwicklungsprogrammen der Länder intensiv genutzt wird und wie sich die Beratungslandschaft entwickeln sollte, fragte LandInForm im Interview Dr. Beate Bajorat vom Verband der Landwirtschaftskammern (VLK).

Frau Dr. Bajorat, Beratung gilt bei vielen Programmgestaltern als Schlüssel zum Landwirt – funktioniert dieses Instrument auch in der Praxis?

Unternehmer fragen Beratung nach, um produktionstechnische oder betriebswirtschaftliche Fragen zu lösen. Diese Beratung dient ausschließlich betriebsindividuellen Zielen. Dadurch, dass die Berater die Betriebspotenziale kennen, können sie die Landwirte motivieren, auch Beratungsinhalte zu gesellschaftlichen Zielen in ihre Betriebsentwicklung einzubeziehen.

Werden alle Angebote nachgefragt?

Die Beratungsprodukte entstehen aus der Nachfrage sowie der Beobachtung von Veränderungen des Umfelds. Die Akzeptanz der Beratung ist größer, wenn sie von Anbietern kommt, die sich durch ein hohes fachliches Renommee auszeichnen. Zudem steigt die Nachfrage nach neuesten, neutralen Versuchsdaten. Wir beobachten, dass Produkte, die aus gesellschaftlichen Ansprüchen heraus als Angebot konzipiert wurden, wenig Resonanz finden. Fakt ist: Es muss sich am Ende für den Betrieb rechnen.

Zubünftig muss eine ELER-geförderte Beratung mindestens eine Priorität des ELER betreffen. Sie soll auch gesellschaftliche Forderungen transportieren. Was motiviert Landwirte dazu, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen?

Da sich die Verfügbarkeit und die Nutzung von Ressourcen ändern, sind die Landwirte nicht nur indirekt mit den Themen beschäftigt. Im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels benötigt die Landwirtschaft Anpassungsstrategien, die sukzessive regional entwickelt und angepasst werden. Auch beim Klimaschutz sowie weiteren gesellschaftlichen Forderungen ist die Landwirtschaft gefordert, Beiträge zu liefern. Der Landwirt ist nur ein Akteur unter vielen. Eine ELER-geförderte Beratung kann helfen, die aktiven Leistungen der Landwirtschaft darzustellen und den Dialog mit der Gesellschaft zu verbessern. Sie hat mehr Aussicht auf Nachfrage, wenn sie mit einem Zusatznutzen für die nachhaltige Betriebsentwicklung kombiniert und beispielsweise mit Inhalten zu neuen Marktanforderungen, wie Nachhaltigkeitskriterien oder Verbraucherwünschen verknüpft wird.

Braucht es neue oder andere Beratungsangebote? Wer soll sie entwickeln?

Hochkomplexe Anforderungen an die Betriebe erfordern vernetzte Beraterteams mit spezifischen fachlichen Kompetenzen, um Natur-, Boden- oder Wasserschutz unter Berücksichtigung der einzelbetrieblichen Faktoren gerecht zu werden. Die nachfrageorientierte Beratung wird an Bedeutung gewinnen, da zunehmende Anforderungen an die Produzenten als Beteiligte der Wertschöpfungskette gestellt werden. Alle Anbieter sind gefordert, ihre Beratungsprodukte weiterzuentwickeln. Auch im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft Agri als interaktivem Innovationsmodell sind Beraterteams mit komplementären Wissensgebieten und Kompetenzen gefragt. Der neue ELER bietet dazu die Förderoptionen.

Angenommen, Beratung würde ganz neu gedacht – was wären Ihre Ideen?

Im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen die Kunden. Beratung braucht nicht nur eine exzellente Reputation, sondern lebt über ein vertrauensvolles Miteinander. Anstelle eines „Alles neu, alles anders“ sehe ich eher die flexible Anpassung an die Kundenwünsche und aktuellen Bedürfnisse. Angesichts steigender Qualifikationen der Betriebsleiter und des Informationstransfers über unterschiedliche Medien wird sich Beratung stärker vernetzen sowie in Form von Teams als Prozessbegleiter agieren.

**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.**



Beratung im Wandel

Die Strukturen der Landwirtschaft und ihrer Verwaltung sowie die Anforderungen der Gesellschaft verändern sich beständig. Baden-Württemberg reagiert auf die sich wandelnden Rahmenbedingungen mit der Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Beratung.

Von Gabriel Baum, Rita Mager und Wolfgang Arnoldt

Die Beratung landwirtschaftlicher Betriebe – zu diesen zählen auch die des Garten-, Obst- und Weinbaus – stützt sich in Baden-Württemberg bisher auf die **Offizialberatung** der Landwirtschaftsämter, die **geförderte Beratung** durch Beratungsdienste (Vereine) und schließlich die **nicht geförderte Beratung**. Die Verwaltungsaufgaben der **Offizialberatung** nehmen stetig zu – entsprechend werden ihre Kapazitäten für die Beratung seit Jahren geringer. Eine Befragung der Landwirtschaftsämter im Jahre 2012 bestätigte die Situation der **Offizialberatung**. In einer repräsentativen Umfrage unter landwirtschaftlichen Betrieben gemeinsam mit der Universität Hohenheim trat zudem der zunehmende Bedarf an strategischer Entwicklungsberatung zutage.

Weiterentwicklung durch ELER

Dem gegenüber stehen die gesellschaftlichen Herausforderungen an die Landwirtschaft, auf die die Betriebe in Baden-Württemberg mit seiner vielgestaltigen Agrarstruktur sehr individuell reagieren müssen. Die Chancen einer Vielzahl von Betrieben liegen nicht alleine in der Kostenführerschaft, sondern in der Nutzung der regionalen Kaufkraft, der attraktiven Urlaubsregionen und der vielfältig strukturierten Wirtschaft. Das Land nutzt die neue Verordnung zum Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER) zur Stärkung der Fördermöglichkeiten für Beratung. Damit ist auch der Zeitrahmen vorgegeben: Bis zum Start in die neue Förderperiode im Jahr 2015 wird ein bedarfsgerechtes, kundenorientiertes, flexibles und verlässliches Beratungssystem entwickelt.

Neuland besritten: Beratungskatalog erarbeitet

In Arbeitsgruppen erarbeiteten Beratungskräfte und Fachleute aus Landesanstalten über 60 Beratungsmodule für alle Bereiche der baden-württembergischen Landwirtschaft. Der entstandene Katalog steht zum einen für Konstanz, da besonders die Beratungsdienste sich mit ihren Angeboten wiederfinden können. Zum anderen markiert er einen Aufbruch. So wurde beispielsweise die Biodiversitätsberatung als Regelangebot aufgenommen und die Energieeffizienzberatung aus dem Projektstatus in ein Regelangebot überführt. Als neues Basisangebot wird derzeit eine betriebliche Standortbestimmung erprobt. Dieser „Betriebscheck“ soll Betriebe für Beratung gewinnen und wiedergewinnen. Das Angebot eignet sich besonders für kleine und mittlere Betriebe, die ihre Entwicklungsvoraussetzungen aufarbeiten und bewerten wollen. Das Pilotangebot traf auf so große Resonanz, dass die Kapazitäten im ersten Halbjahr 2014 nicht ausreichen, um alle Interessierten zu beraten.

Die Fördersätze der einzelnen Module sind nach gesellschaftlicher Bedeutung und betrieblichem Nutzen differenziert. Einige Module wie die Biodiversitätsberatung werden zu 100 Prozent der Nettokosten gefördert, andere zu 80 oder zu 50 Prozent. Die Obergrenze liegt bei 1500 Euro pro Beratung.

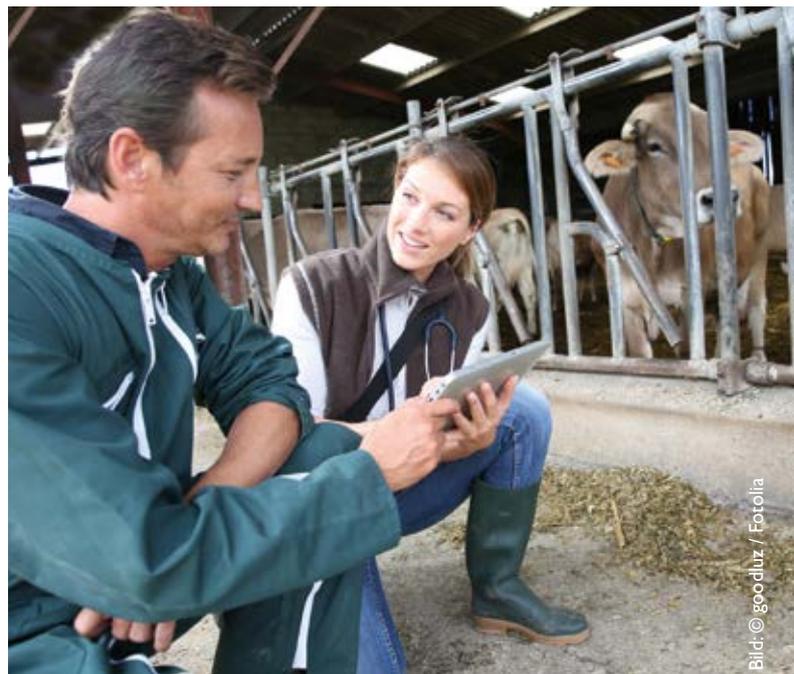


Bild: © gooduz / Fotolia

Zubünftige Aufgaben

Mit der Neuausrichtung verbunden ist die Notwendigkeit einer effizienten Koordination. Dafür müssen neue Strukturen und Netzwerke geschaffen werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung werden die Fortbildungen leisten, bei denen sich die Beratungskräfte untereinander und mit Akteuren aus der Verwaltung austauschen.

Zum Weiterlesen:

Die Ergebnisse der Befragung von Landwirten wurden im Infodienst Landwirtschaft der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume veröffentlicht.
www.lwl-bw.de

Mehr Informationen:

Gabriel Baum
Landesanstalt zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume
Telefon: 07171 917-437
E-Mail: gabriel.baum@lwl.bwl.de

Rita Mager
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Telefon: 0711 126-2304
E-Mail: rita.mager@mlr.bwl.de

Bioenergie: Preistreiber für landwirtschaftliche Pachtflächen?

Die Erzeugung von Biogas zur Stromproduktion hat in den letzten Jahren durch die politische Förderung erneuerbarer Energien einen regelrechten Boom erfahren. Das Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel hat nun untersucht, ob dieser Boom, wie häufig vermutet, mitverantwortlich für die Preissteigerungen am Pacht- und Bodenmarkt ist.

Von Solveigh Hennig

Schätzungen des Fachverbandes Biogas zufolge werden in Deutschland inzwischen knapp 8.000 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von insgesamt 3.800 Megawatt betrieben. Die Branchenzahlen zeigen, dass insbesondere nach Inkrafttreten der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2009 zahlreiche neu erbaute Biogasanlagen ans Netz gegangen sind. Vor allem in den Bundesländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in denen die Biogasdichte bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche heute besonders hoch ist, wurde die agrarstrukturelle Entwicklung auf den Äckern deutlich erkennbar durch Investitionen in Biogasanlagen und die hierfür in der Regel erforderliche Produktion von Energiemais geprägt.

EEG-Förderung: Chance oder Problem?

Verfolgt man Debatten in den Dörfern betroffener Regionen, so scheinen die Biogasproduktion und das EEG für den ländlichen Raum zugleich Chance und Problem zu sein. Denn auf der einen Seite hat die EEG-Förderung durch die attraktive und garantierte Vergütung des produzierten Stroms interessante Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, auf der anderen Seite hat der starke Ausbau in einigen Regionen aber auch spürbare Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die landwirtschaftlichen Bodenmärkte. So zumindest die Behauptung der Kritiker. Denn die hohe Flächennachfrage von Betreibern von Biogasanlagen kann Pacht- und Bodenpreise in die Höhe treiben und ist daher immer wieder Thema in Diskussionen um die regional zum Teil rasant gestiegenen Pachtpreise der vergangenen Jahre. Dieser vermutete Zusammenhang zwischen Biogasproduktion und Pachtpreisen wurde nun in einem Forschungsprojekt am Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel mit empirischen Methoden wissenschaftlich untersucht. Das Forschungsprojekt wurde durch die Landwirtschaftliche Rentenbank gefördert.

Statistische Analysen liefern Erkenntnisse

Für das Forschungsprojekt haben die Wissenschaftler landwirtschaftliche Betriebsleiter in Schleswig-Holstein befragt – eine der Hochburgen der Biogasproduktion. Dabei wurden Angaben zu 111 Pachtverträgen für Ackerland erfasst und statistisch ausgewertet. Die erhobenen Daten beziehen sich auf Verträge, die im Zeitraum zwischen 2010 und 2012 geschlossen wurden und umfassen neben Angaben zur Höhe der Pachtpreise und zur Anzahl an Biogasanlagen im Zehn-Kilometer-Umkreis auch Informationen zu weiteren potenziell pachtpreisbeeinflussenden Faktoren, wie etwa die Bodengüte (Ackerzahl) oder die regionale Viehdichte. Die Herausforderung besteht darin, den Einfluss der Biogasdichte aus dem Geflecht der anderen preisbestimmenden Einflussfaktoren zu isolieren. Dies geschah mit einer räumlich-ökonomischen Regressionsanalyse: Sie ermöglicht es, sowohl die Wirkung anderer Einflussfaktoren als auch räumliche Abhängigkeiten zwischen den Pachtpreisen benachbarter Flächen zu berücksichtigen.

Biogaserzeugung mitverantwortlich für Pachtpreissteigerungen

Die empirische Analyse belegt eindeutig, dass die Biogaserzeugung im Mittel zu einem Anstieg der Ackerpachtpreise im biogasstarken Bundesland Schleswig-Holstein geführt hat. In der Tabelle sind die Regressionsergebnisse im Detail dargestellt. Sie bilden eine Schätzung für die Pachtpreiseffekte der regionalen Biogasdichte und der übrigen untersuchten Einflussfaktoren (Variablen) ab. Die Sternchen in der Tabelle geben dabei jeweils an, ob für die jeweilige Variable ein Einfluss auf die ausgehandelten Pachtpreise statistisch nachgewiesen werden konnte. Die dargestellten Koeffizienten sind als Veränderung der Pachtpreise bei einer Zunahme der jeweiligen Variable um eine Einheit unter ansonsten gleichen Bedingungen zu interpretieren.



Bild: © Hennig

Insbesondere im Zeitraum 2009–2011 (unter Gültigkeit des EEG 2009) haben viele Landwirte in Biogasanlagen investiert.



Bild: © Hennig

In den meisten Biogasanlagen wird unter anderem Maissilage als Gärsubstrat eingesetzt. Um die Anlagen über das ganze Jahr versorgen zu können, werden bei der Maisernte im Herbst große Silos zur Lagerung angelegt.

Die Werte bedeuten konkret: Kommt eine Biogasanlage im Umkreis von zehn Kilometern hinzu, erhöht sich der Pachtpreis um rund elf Euro pro Hektar (gemäß dem Koeffizienten 11,32). Befinden sich im Zehn-Kilometer-Radius zehn Biogasanlagen, sind die Pachtpreise also rund 110 Euro pro Hektar höher als in einem Gebiet ohne Biogasanlagen (unter sonst gleichen Bedingungen). Ein ähnlich hoher Effekt wurde für die Mitverpachtung von Zahlungsansprüchen für EU-Direktzahlungen ermittelt, der im Durchschnitt auf einen Pachtpreisaufschlag von knapp 140 Euro pro Hektar geschätzt wird. Ebenfalls nachweisbar preissteigernde Effekte gehen von der Größe der Fläche, der Betriebsgröße des Pächters und der regionalen Viehdichte aus. Die Lage der Fläche in einem Naturschutzgebiet wirkt sich dagegen negativ aus: Hier ist den Schätzungen zufolge mit einem Pachtpreisabzug in Höhe von rund 135 Euro pro Hektar zu rechnen.

Geringere Vergütungssätze dämpfen die Entwicklung

Die norddeutschen Pachtpreise werden durch die Biogasförderung also nachweisbar beeinflusst. Durch die Novellierung des EEG im Jahr 2012 ist der Pachtpreisauftrieb infolge des Zubaus neuer Biogasanlagen jedoch nahezu zum Stillstand gekommen. Dies ist das Ergebnis einer Expertenbefragung, die zusätzlich zu den empirischen Analysen durchgeführt wurde. Da die Vergütungssätze für den produzierten Biogasstrom im Zuge der Novellierung deutlich reduziert wurden, kam es nach Einschätzung der Experten zu einer Ernüchterung in Bezug auf den Neubau von Biogasanlagen. Dies habe dann auch dazu beigetragen, dass die vielerorts angespannte Situation auf dem Bodenmarkt leicht entschärft werden

konnte. Allerdings reagiert der Markt sehr träge, da auch die Flächen-nachfrage von Anlagenbetreibern, die schon vor 2012 in eine Biogasanlage investiert hatten, aktuell immer noch sehr hoch ist. Die Einschätzung, dass Biogasanlagenbetreiber im Vergleich zu anderen landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen meist eine höhere Zahlungsbereitschaft für Pacht-preise besitzen, um die Versorgung der Biogasanlagen und damit die Rentabilität der Biogasanlage sicherzustellen, wurde in dieser und ähnlicher Form von fast allen befragten Experten bestätigt. Insgesamt wurde in den Gesprächen deutlich, dass der durch den massiven Zubau neuer Anlagen hervorgerufene Pachtpreisauftrieb zwar eingedämmt wurde, für eine Entschärfung der Situation an den Pacht- und Bodenmärkten wegen der immer noch hohen Flächennachfrage von Altanlagen aber nicht allein der Rückgang von Neuinvestitionen in Biogasanlagen notwendig ist.

Effekte der EEG-Novelle folgen verzögert

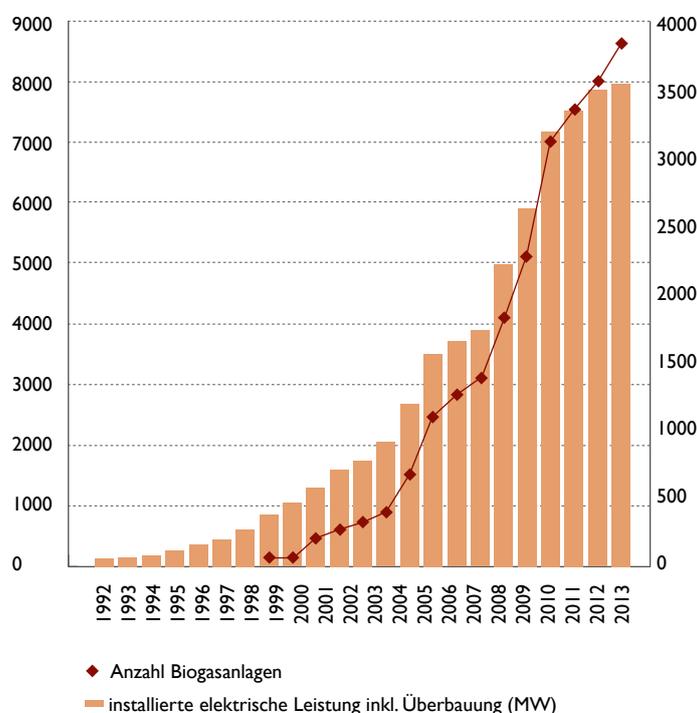
In der Gesamtschau ergibt sich somit ein recht differenziertes Bild der Wirkungen der Biogasförderung auf den schleswig-holsteinischen Pachtmarkt. Die preistreibenden Effekte hoher Biogasdichten sind nachweisbar, allerdings nicht alleinige Ursache hoher Pachtpreise. Auch hohe Viehdichten oder eine Mitverpachtung von Zahlungsansprüchen beeinflussen die Pachtpreise und verzerren die Pachtmärkte nicht weniger stark als die Biogasförderung – zumindest in der Breitenwirkung. Es sind jedoch die extremen Entwicklungen einiger Regionen, die den Zündstoff für politische Debatten liefern. Die Politik hat die Problematik erkannt und mit einer Novellierung des EEG gegengesteuert. Die Wirkung ist jedoch nicht von heute auf morgen sichtbar.

Ergebnis der statistischen Untersuchung des Einflusses der Biogaserzeugung und anderer Faktoren auf Neupachtpreise in Schleswig-Holstein

Einflussvariablen	Koeffizient	
BGA-Dichte (Anzahl Anlagen im Umkreis von 10 km)	11,32	**
Ackerzahl der gepachteten Fläche	1,38	
Größe der gepachteten Fläche (ha)	2,76	***
Zahlungsanspruch mitgepachtet (ja=1)	139,30	***
Entfernung der Pachtfläche zur Betriebsstätte (km)	1,03	
Laufzeit des Pachtvertrages (Jahre)	0,55	
Neuer Pachtvertrag für schon länger gepachtete Fläche (ja=1)	-34,90	
Fläche liegt in einem Schutzgebiet (ja=1)	-135,19	***
Betriebsgröße des Pächters (ha)	0,09	*
Viehdichte im Landkreis (GV/ha)	175,30	***
Konstante ¹	43,07	
λ (räumliche Abhängigkeit in den Residuen) ¹	0,49	

***/**/* statistisch signifikant auf dem 1 %/5 %/10 %-Signifikanzniveau
¹Die Koeffizienten für die Konstante und λ sind technische Werte, die nicht weiter interpretiert werden können.

Entwicklung der Anzahl der Biogasanlagen und der gesamten installierten elektrischen Leistung in Megawatt [MW] (Stand: 06/2014)



Mehr Informationen:

Solveigh Hennig
 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
 Institut für Agrarökonomie
 Telefon: 0431 8804402
 E-Mail: shennig@agric-econ.uni-kiel.de



Dorfläden rücken bundesweit zusammen

Erfolgreiche Dorfläden sind längst nicht mehr nur Lebensmittelhändler, sondern multifunktional: Sie bieten Apotheken-Service, beherbergen einen Post- oder Paketshop, ein Café oder eine Mehrgenerationen-Werkstatt. Zehn Jahre nach der Gründung des Dorfladen-Netzwerks werden dessen bisher lose Strukturen nun durch die Gründung einer „Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden“ gefestigt.

Von Günter Lühning



Bild: © Lühning

Die Dorflädenleiterinnen Petra Hünecke-Zarbock aus Otersen (Niedersachsen) und Sabine Lehrmann aus Johannesbrunn (Bayern).

2004 hat sich auf Initiative des im Jahre 2000 gegründeten Dorfladens Otersen im Beisein des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Hans-Heinrich Ehlen das Dorfladen-Netzwerk gegründet. Seither hat das Netzwerk viel bewegt: Die Dorfladen-Bewegung zählt inzwischen bundesweit über 200 bürgerschaftlich organisierte Dorfläden. Das Portal www.dorfladen-netzwerk.de mit inzwischen knapp 300 Seiten und Berichten haben bisher rund 110.000 Besucher als Informationsquelle genutzt. Immer wieder kommen Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Landräte in das nur 500 Einwohner zählende Dorf Otersen, um sich über das Konzept und die Erfahrungen mit dem Bürger-Dorfladen zu informieren. Das 2008 herausgegebene 200-seitige Dorfladen-Handbuch mit dem Untertitel „Eigeninitiative statt Unterversorgung“ berichtet umfassend darüber, wie Dorfläden zur Sicherung der Nahversorgung und der Lebensqualität im ländlichen Raum gegründet werden können. Flankiert wird die Arbeit des Netzwerks von Veranstaltungen und Messeauftritten.

Aus Netzwerk wird Bundesvereinigung

So präsentierten sich beispielsweise im Januar dieses Jahres erstmals zwölf Dorfläden aus drei Bundesländern unter der Leitung des Dorfladen-Netzwerkes auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Norddeutsche und süddeutsche Dorfladen-Akteure rückten dabei näher zusammen, vereinbarten, den Erfahrungsaustausch zu intensivieren und künftig noch stärker zu kooperieren. Aus dem losen Netzwerk gründet sich deshalb in diesem Jahr die „Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden“ (BmD). Sie soll Interessenvertretung der Dorfläden und Ansprechpartner für Ministerien und Kommunalverwaltungen sein. Die Bundesvereinigung wird den Erfahrungsaustausch zwischen den Läden über Veranstaltungen und Seminare fördern und die Läden betriebswirtschaftlich und anderweitig fachlich beraten und begleiten, Kooperationen mit Hochschulen anstoßen sowie Pilotprojekte zur Sicherung der Nahversorgung begleiten. Während der Internationalen Grünen Woche 2014 wurde zum Beispiel bereits mit einem Münchner Start-up die Weiterentwicklung eines Terminals zum internetbasierten Bestellpunkt vereinbart. Mit der Hochschule Rhein-Waal wird beim Zukunftsprojekt „Smart Villages“ ebenso kooperiert wie mit der Leuphana Universität Lüneburg bezüglich der Entwicklung einer Dorfladen-Dachmarke zur Förderung regionaler Produkte und



der regionalen Wertschöpfung. Zudem wird die Bundesvereinigung die Dorfläden beim Marketing unterstützen und ihnen geeignete Hauptlieferanten vermitteln. Auch die Fortschreibung des Dorfladen-Handbuches steht auf der Agenda. Die BmD wird in der Rechtsform eines Vereins gegründet, der sich aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Beiträgen von Fördermitgliedern und noch zu beantragenden Zuwendungen finanziert.

Mitglied werden können insbesondere Dorfläden, die als letzte Nahversorger in einem Dorf bürgerschaftlich oder kommunal organisiert und getragen werden. Lebensmittel-Großhändler, die Dorfläden beliefern und unterstützen sowie regionale Produzenten können Fördermitglieder werden, ebenso beratende Unternehmen, die gewisse Qualitätsstandards wie zum Beispiel die Zulassung zur KfW-Beraterbörse erfüllen. Nachdem das Gründungskonzept erstellt ist, wird in einem nächsten Schritt die Vereinssatzung festgehalten. Die endgültige Gründung des Vereins ist für die zweite Jahreshälfte geplant.



Mehr Informationen:

Günter Lühning
Vorsitzender Dorfladen Otersen w.V.
Sprecher des Dorfladen-Netzwerkes
Telefon: 04238 943750
E-Mail: guenter.luehning@gmail.com
www.dorfladen-netzwerk.de

„Fokusgruppen sind notwendig, um die europäische Agrar-, Forschungs- und Förderungspolitik weiterzuentwickeln.“

Bild: © privat

Christoph Zimmer, Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall

In den Fokusgruppen der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP) Agri der Europäischen Kommission kommen Wissenschaftler und Praktiker aus ganz Europa zu moderierten Expertenrunden zusammen, um Vorschläge zur Ausrichtung der EU-Agrarpolitik zu machen. Anfang Juli 2014 trafen sich die Teilnehmer der Fokusgruppe „Genetische Ressourcen“ bei einer ihrer Organisationen aus der Praxis. Gastgeber war die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH), deren Gründer und Vorsitzender Rudolf Bühler Mitglied der Fokusgruppe für Tiergenetische Ressourcen ist. Christoph Zimmer hat die Teilnahme der BESH in der Fokusgruppe mit angestoßen und begleitet.

Herr Zimmer, welchen Eindruck haben Sie von der Arbeit der Fokusgruppe bekommen?

Spannend waren die europäische und die inhaltliche Streuung: Forscher, die wissenschaftlich arbeiten, und Praktiker aus Verbänden und Erzeugerorganisationen, die aus der Basis kommen. Es wird konzentriert an einem Thema gearbeitet, der Kommunikationsprozess ist durch Sprachbarrieren und Wissensunterschiede anstrengend. Letztendlich war das Miteinander aber sehr konstruktiv. Zum einen brachten alle Teilnehmer einen breiten Horizont und kommunikatives Know-how mit. Zum anderen legte die professionelle Moderation Wert darauf, dass alle zu Wort kommen.

Welche Ziele hatte die Fokusgruppe und welche Ergebnisse brachten die Treffen?

Neben einer Bestandsaufnahme zu Aktivitäten im Bereich der genetischen Ressourcen ging es darum, Probleme in der Praxis zu benennen und wie man sie in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft transferieren kann. Forschungsförderung ist oft auf Forschungsinstitute ausgerichtet, die ihren Bedarf selber festlegen. Laboruntersuchungen werden beispielsweise mit zigtausend Euro unterstützt, aber dass ein Landwirt, der eine Erhebung durchführt, für seinen Arbeitsausfall eine Entschädigung von 100 Euro bekommt, ist häufig nicht vorgesehen. Es haben zwei Treffen stattgefunden, bei denen ein Grundlagenpapier sowie konkrete Vorschläge für innovative Prozesse formuliert wurden. Diese werden vom europäischen EIP Service Point veröffentlicht. So haben wir zum Beispiel den Markt als sehr wichtig für den Erhalt der genetischen Ressourcen identifiziert. Beim Verbraucher muss ein Bewusstsein erzeugt werden, damit er durch den Kauf der Produkte den Erhalt der genetischen Ressourcen unterstützen kann und deren besondere Eigenschaften ihm auch einen Nutzen bringen.

Was glauben Sie, wird die Arbeit der Fokusgruppen die praktische Umsetzung der EIP-Agri beeinflussen?

Die Ergebnisse sollen in die Förderpolitik der Europäischen Kommission einfließen – in Ausschreibungen und konkrete Projekte. Bei europäischen Förderanträgen muss man sich viele Kompetenzen erarbeiten, das ist für Mittelständler kaum machbar. Zudem frisst ein gigantischer Verwaltungsaufwand positive Effekte oft auf und nur große, europaweite Projekte haben Erfolgsaussichten. In den EIPs sehe ich eine Chance, dass kleine, lokale Initiativen mit verschiedenen Stufen einer speziellen Wertschöpfungskette und mit einem selbst verwalteten Budget unbürokratisch gute Ideen voranbringen – länderübergreifend oder auch nur innerhalb einer Region.

Planen Sie, sich im Rahmen einer Operationellen Gruppe (OG) an der Umsetzung der EIP-Agri zu beteiligen?

Ja, unbedingt! Weil wir unter anderem mit einer stufenübergreifenden Wertschöpfungskette bereits so arbeiten, wie es die OG tun sollen, fand auf Wunsch der Fokusgruppe das zweite Treffen bei der BESH statt. Die Rückmeldungen auf die von uns organisierte Exkursion waren durchweg positiv. Wir werden diese Möglichkeiten mit Sicherheit nutzen und weitere Konzepte einbringen, zum Beispiel mit traditionellen und autochthonen Gewürzsorten aus Hohenlohe und anderen Regionen der EU, inklusive internationaler Vernetzung und gemeinsamer Markterschließung.

**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führte Juliane Mante.**



Von der Redaktion für Sie angelesen

Wie viel Zukunft hat mein Dorf?

Von Stefan Kämper

Wann ist ein Dorf zukunftsfähig? Wie lässt sich das erfassen und bewerten? Welche Möglichkeiten zum Handeln gibt es? Mit diesen Fragen beschäftigen sich Dorfbewohner – spätestens dann, wenn die Einwohnerzahl zurück geht oder das Durchschnittsalter der Menschen deutlich steigt.

Die thüringische Stiftung Schloss Ettersburg hat einen methodischen Leitfaden zur „Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen“ herausgegeben. Er ist als Nutzwertanalyse und für die Praxis in Orten mit bis zu 500 Einwohnern angelegt. Zukunftsfähigkeit hängt eng mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung zusammen. Da aber die Prognose kleinräumiger Bevölkerungsentwicklung unsicher ist, werden Indikatoren herangezogen, deren Ausprägung die Entwicklung bestimmen. Zu den insgesamt 14 Merkmalen zählen die bisherige Bevölkerungsentwicklung, die Nähe zu Arbeitsplätzen und zum nächsten Zentrum. Auch verschiedene Ausstattungsmerkmale wie Kita, Schule, Laden, Breitband sowie die landschaftliche Attraktivität gehören dazu, ebenso wie die Beeinträchtigung durch den Verkehr, der bauliche Zustand und die Größe des Dorfes. Diese teils multidimensio-

nen Merkmale ergeben bewertet, gewichtet und aggregiert eine Zahl: den Wert für die Zukunftsfähigkeit eines Ortes.

Zwar liefert der Leitfaden strukturierte Informationen über Potenziale und Defizite eines Dorfes. Um allerdings die subjektiven Einflüsse in der Bewertung und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, muss die Bewertung – auch der Einzelindikatoren – vollständig transparent verlaufen. Nur dann kann auch der nötige Diskurs über die örtliche Entwicklung entstehen, an dem die Menschen vor Ort teilhaben können. Und nur dann bekommen die Akteure nicht nur eine Kennzahl, sondern können aktiv werden. Hier fehlt in der Publikation der Hinweis, wie die Aktivitäten der Menschen jenseits der Indikatoren in die Bewertung einfließen oder welche Rückwirkungen eine schlechte Bewertung auf die Motivation hat, sich einzubringen. Die Analyse mit dem Leitfaden kann eine Basis für Diskussionen sein und möglicherweise Entscheidungshilfen liefern. Den Umgang mit einem schlechten Wert müssen die Menschen vor Ort selber lernen, Strategien und konkrete Verbesserungsmöglichkeiten mit den Verantwortlichen in der Gemeinde oder der Region selbst entwickeln.



Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen - Methodischer Leitfaden, Stiftung Schloss Ettersburg (2014), 48 Seiten
freier Download auf:

www.stiftung-ettersburg.de/aktivitaeten/projekte/

Schrumpfung konstruktiv, offen und offensiv diskutieren

Von Anja Rath

Im Rahmen von drei Workshops trafen sich 2012 und 2013 Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis, um den bisherigen Diskurs zu regionalen Schrumpfungprozessen sowie Erfahrungen mit deren Gestaltung zu reflektieren und eine konstruktive Bilanz zu ziehen. Die Publikation „Regionale Schrumpfung gestalten“ fasst deren Erkenntnisse zusammen. Sie setzt die Akzeptanz von regionalen Schrumpfungprozessen voraus und formuliert dazu drei grundlegende Thesen: Schrumpfung kann und muss gestaltet werden. Es gilt, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und es sind räumliche Differenzierungen und Interaktio-

nen zu beachten und zu nutzen. Den größten Teil der Publikation nehmen neun Handlungsempfehlungen ein, die von der regionalen Siedlungsentwicklung über Kommunikations- und Abstimmungsprozesse bis zu Rahmenbedingungen für Lösungs- und Förderansätze reichen. Sie werden mit je einem ausführlichen Praxisbeispiel veranschaulicht und durch Kurzinformationen zu Förderansätzen und weiteren Beispielen ergänzt. Sowohl mit dem großen und anschaulichen inhaltlichen Spektrum als auch mit noch offenen Fragen an die Forschung regt die Publikation zur Auseinandersetzung mit Schrumpfung an.



Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen: Küpper, P., Steinführer, A., Ortwein, S. und Kirchesch, M., Johann Heinrich von Thünen-Institut und Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2013), 60 Seiten, als kostenloser Download auf www.ti.bund.de/startseite/thuenen-publikationen.html

... angekündigt

von Andrea Birrenbach und Anja Rath

Kooperation und Wertschöpfung in Kommunen – Chance oder Risiko für das Dorf?

Der Arbeitskreis Dorfwentwicklung lädt vom 12. bis 14. Oktober 2014 zum 19. Dorfsymposium nach Dipperz (Rhön) ein. Bei diesem Symposium werden verschiedene Kooperationsmodelle besprochen: interkommunale Kooperationen; Zusammenarbeit zwischen Unternehmen desselben Wirtschaftssektors; Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand, den Unternehmen und der Bürgergesellschaft sowie zwischen Bürgern in Form von Genossenschaften. Auf dem Symposium werden die Übertragungsmöglichkeiten dieser Kooperationsmodelle aus einer dorfbezogenen Perspektive analysiert und Vor- und Nachteile diskutiert. Der Austausch über kooperationsfördernde Rahmenbedingungen sowie die Rolle von Initiatoren und Moderatoren soll den Teilnehmern neuen Input für die eigene Arbeit bieten.

Mehr Informationen unter www.ak-dorfwentwicklung.de

Bürgerbeteiligung und Lernkultur: Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume!

Der Verein „Ökologische Akademie“ und Partner laden Akteure aus der Regional- und Dorfwentwicklung sowie engagierte Bürger vom 13. bis 14. November 2014 ins bayerische Bad Alexandersbad ein. Vorträge, Impulsreferate mit Diskussionsgruppen sowie Workshops sollen dazu anregen, sich mit demokratischen Modellen des Zusammenwirkens im ländlichen Raum auseinander zu setzen. Impulsgeber der sechs Workshops sind Akteure aus der Praxis, die über gute Erfahrungen, aber auch über Hemmnisse und Widersprüche berichten. Neben dem Austausch von Planung, Bildung, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern soll die Fachtagung eine Kultur der Offenheit für unkonventionelle und vorbildliche Modelle fördern.

Mehr Informationen unter www.oeko-akademie.de

DGD/BBSR-Dezembertagung 2014: Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungregionen

Der Arbeitskreis „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veranstalten gemeinsam am 4. und 5. Dezember 2014 ihre Dezembertagung in Berlin. Bei der Tagung mit dem Titel „Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungregionen“ werden Beiträge präsentiert, die die unterschiedlichen Facetten des demografischen Wandels beschreiben und konkrete Lösungsansätze aus den Kommunen zeigen. Darüber hinaus werden Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder vorgestellt, die bei der aktiven Gestaltung der Veränderungen hilfreich sein können. Zudem soll diskutiert werden, wie neue Förderprogramme und -instrumente konkret ausgestaltet und weiterentwickelt werden sollten, um den künftigen demografischen Herausforderungen besser gerecht zu werden.

Mehr Informationen unter www.dstatg.de/de/startseite/aktuelle-news/article/call-for-papers-zur-dgdbbsr-dezembertagung-2014/



Bild: © Reimer - Pixelvario / Fotolia

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.



Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn



Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

Ländliche Unternehmerinnen



Bild: © contrastwerkstatt / Fotolia

Termine

Zusammengestellt von Andrea Birrenbach

16. und 17. Oktober	Selbstevaluierung in der Regionalentwicklung – Ziele mit passenden Indikatoren aufstellen Workshop in Halle an der Saale <small>Info auf Seite 6</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ziele
28. Oktober	Regionale Daseinsvorsorge gestalten – Erfahrungen für die LEADER-Praxis Veranstaltung im Rahmen der euregia in Leipzig <small>Info auf Seite 8</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia
13. und 14. November	Bürgerbeteiligung und Lernkultur – Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume Veranstaltung in Bad Alexandersbad (Bayern) <small>Info auf Seite 51</small>	Ökologische Akademie e.V. www.oeko-akademie.de
18. und 19. November	Naturschutz und die Reform der Agrarpolitik – Bilanz, Erkenntnisse und der weitere Weg Tagung in Gotha <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz
3. und 4. Dezember	Wie kann außerschulisches Lernen auf dem Bauernhof gestärkt werden? Workshop in Kassel <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in Zusammenarbeit mit Ökomarkt Verbraucher- und Agrarberatung e.V. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/lernort-bauernhof

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

Von Mele

